

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volkstimme erscheint an jedem Wochentag abends. Verantwortlich: Albert Vautl, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlenstraße 3. Fernsprech-Nr. 6264 bis 6267. Postzeitungsliste Seite 210. Bezahlungspreis der Zeitung: Wochentlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 18 Pf., Landwärts 15 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeigen 3 Pf., Vereinskalender 1 mm Höhe 25 Pf., Restame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite lokal 75 Pf., Landwärts 90 Pf. Absatz geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33 1/2 % Aufschlag. Für Platzvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg, Postfach 122 Magdeburg

Nr. 20 Magdeburg, Dienstag den 24. Januar 1928 39. Jahrgang

Beginn der mitteldeutschen Ausperrung

Durch Anschlag bekanntgemacht

Die mitteldeutschen Metallindustriellen sind dabei, der am Sonnabend erfolgten Ankündigung der Ausperrung heute Montag die Tat folgen zu lassen. Sie geben ihren Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß sie sich mit Schluß der Montagschicht, einschließlich der Nachtschicht, als entlassen zu betrachten haben, außer Schwerfrüherbeschäftigten und Lehrlingen, die „im Rahmen der Arbeitsmöglichkeit“ weiterbeschäftigt werden sollen.

Ganz so wohl, als sie sich den Anschein geben, scheinen sich die Unternehmer bei ihren Maßnahmen nicht zu fühlen. Sie verspüren wohl ihre moralisch furchtbar schwache Position. Das ergibt schon die Art, wie der Ausperrungsbeschluss am Sonnabend zustande kam. Denn die Ausperrung wurde zunächst nur für den engeren Tarifbezirk Magdeburg beschlossen. Eine Stunde später aber war man in der „Harmonie“ der Meinung, daß man die Wägen doch noch dicker aufblasen müsse, und so beschloß man denn die Ausperrung für das ganze mitteldeutsche Gebiet. Das zeugte eher von ratlosem Hin und Her, als von zielklarer Kampfesentschlossenheit.

Wie dem auch sei, die Metallarbeiter haben den Ausperrungsbeschluss mit Gleichmut aufgenommen und werden ihm, gestützt auf ihr gutes Recht, zu begegnen wissen. Trotz der Hindernisse, die die kommunistische Partei selbst jetzt noch in offenem Kampf aufzutürmen versucht.

Die Presse

Interessant ist die Einstellung der Magdeburger Presse zu diesem schweren Wirtschaftskampf. Die deutschnationalen „Tageszeitung“ berichtet nur referierend. Die „Magdeburgerische Zeitung“ scheidet selbstverständlich treu und wieder weiter für die Industriebarone. Ueber die voraussichtliche Dauer des Streikes — warum nicht der Ausperrung? — will sie erst ein Urteil abgeben, wenn sie die Einstellung der Arbeitnehmern kennengelernt hat. Die Meinungslose hat ganz übersehen, daß die Streikbeschlüsse mit 100 Prozentigen Mehrheiten gefaßt worden sind. Glaubt sie da noch an ein Kuschen der Arbeiter?

Der „Generalanzeiger“ hat schnell umgelernt. Er will es nicht auch noch mit den Kleingewerbetreibenden verderben, wie er es schon mit den Arbeitern verbrochen hat, und spricht heute von „sehr bedauerlicher Verschärfung“ des Konflikts durch die Ausperrung. Nicht nur die unmittelbar daran Beteiligten, sondern auch Magdeburgs Kleinhandel und Gewerbe hätten in der Hauptsache die Folgen unmittelbar mit zu tragen. Späte Erkenntnis.

Wie sich das „Arbeiterblatt“ „Tribüne“ bewegt hat, ist gebührend in den Konferenzberichten gebrandmarkt, die wir an anderer Stelle bringen. Wären die Industriellen nicht von Natur aus die Undankbarkeit selbst, sie würden diesem Blättchen ihren Dank handgreiflich zum Ausdruck bringen, schon aus Angst vor dessen Pleite.

An die kämpfenden Metallarbeiter!

Kolleginnen und Kollegen!

Als sich die Einigungsverhandlungen in Berlin zerlegten hatten und noch ehe uns die Entscheidung des Reichsarbeitsministers bekannt wurde, wandten wir uns in einem Aufruf an euch, in dem wir zum Ausdruck brachten, daß nunmehr der Kampf in verschärfter Form weitergeführt werden muß. Mitten in unsern Beratungen über unsere weitere zu ergreifenden Maßnahmen auf der Bezirkskonferenz in Halle erhielten wir die Nachricht, daß der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller beschlossen habe, ab Dienstag den 24. Januar die in seinen Betrieben

nach beschäftigten Metallarbeiter auszusperrern.

Der Beschluss traf uns nicht unvorbereitet, ja wir hatten ihn erwartet und er wurde auch von der Konferenz entsprechend aufgenommen. Die Metallindustriellen, jeden sozialen Verständnisses bar, wandten sich bei den Verhandlungen vor dem Schlichter, weil angeblich untragbar, gegen jedwede Lohnerhöhung. Den Reichsarbeitsminister ersuchten sie trotzdem, den Lohnschiedspruch, der eine geringe Lohnerhöhung brachte, für verbindlich zu erklären. Als ihrem Antrag nicht Rechnung getragen wurde, faßten sie den schon erwähnten Ausperrungsbeschluss.

Kolleginnen und Kollegen, die ihr noch in Arbeit steht und nunmehr ausgesperrt werdet, nehmt die Kampfansage so auf, wie es sich für organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen geziemt! Wenn man euch hinauswirft, verlaßt kühl,

stolz erhobenen Hauptes und kampfesentschlossen die Betriebe und reißt euch ein in die Reihen der bereits kämpfenden! Auf euch,

nummehr 50 000 kämpfende Metallarbeiter,

blickt die Arbeiterschaft Deutschlands. Schlagt euch gut, die Sympathie aller ist euch gewiß! Aus dem Reiche gehen uns täglich Sympathieundgebungen zu, wobei, wenn nötig, aktive Unterstützung zugesagt wird. Wir geben unserer Freude Ausdruck über diese Zeichen der Solidarität, geben sie uns doch die Gewähr, daß die gesamte Arbeiterschaft hinter uns steht.

Die Führung dieses für die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft ungewöhnlich großen Wirtschaftskampfes liegt in den Händen des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Wiederholt haben Bezirkskonferenzen

die Einmischung Außenstehender abgelehnt.

Nunmehr macht sich auch die sogenannte Internationale Arbeiterhilfe bemerkbar und veranstaltet Sammlungen für die streikenden Metallarbeiter. Wir lehnen auch diese Einmischung und Unterstützung entschieden und dankend ab. Jede Ortsverwaltung sowie jeder Kollege ist gemäß Verbandsratsbeschlusses gehalten, Sammlungen irgendwelcher Art seitens der Internationalen Arbeiterhilfe zu unterbinden. Wir ersuchen nicht nur die Metallarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft ihre Taschen zuzuhalten und Bettelien jeglicher Art zurückzuweisen.

Die finanzielle Unterstützung jedes Verbandskollegen ist gesichert. Brauchen unsere Verwaltung für die Kollegen nach längerer Dauer des Kampfes Unterstützung über die statutarischen Hauptkassensätze hinaus sowie Gelder zur Verteilung sonstiger im Interesse des Kampfes liegender Ausgaben, so ist ihnen, wenn ihre Lokalmittel nicht ausreichen, die Hilfe aus den gefüllten Lokalkassen der Verwaltungen im Reiche gewiß. Die einzelnen Glieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind durch Solidarität miteinander verbunden. Das gibt uns die Gewißheit, daß wir als freie Gewerkschaft

unabhängig von Reich, Staat und Gemeinde

den Kampf finanziell zu führen in der Lage sind.

Metallarbeiter! Kolleginnen und Kollegen! Nach wie vor werden unberufene Elemente sich anmaßen, in die Kampfführung wie Kampfhandlung aktiv einzugreifen. Ihnen ist es nicht um die erfolgreiche Beendigung des Kampfes, sondern um ihre egoistischen Interessen zu tun. Weist sie wie bisher im Interesse eures gerechten Kampfes energisch zurück!

Taristkampf im Ruhrbergbau

Kündigungsschluss der Delegiertenkonferenz

r Bochum, 23. Januar. Eine von 700 Delegierten besetzte Revierkonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes nahm am Sonntag zu dem bevorstehenden Taristkampf im Ruhrbergbau Stellung. In einer groß angelegten Rede gab der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Gusemann, einen Ueberblick über die Lage im Ruhrbergbau. Gusemann führte u. a. aus:

„Unser Lohnvertrag läuft bis zum 30. April d. J. und kann zum 1. April zum Monatschluss gekündigt werden. Von diesem Kündigungsrecht werden wir Gebrauch machen. Wir haben vor einigen Monaten versucht, zu einer zweiseitigen Lohnerhöhung zu kommen. Der Zechenverband hat das nicht nur abgelehnt, sondern sogar die Notwendigkeit einer Lohnherabsetzung vertreten. Ein Schiedsgericht, um eine zwischentarifliche Lohnerhöhung zu erhalten, war nicht möglich.“

Vom tarifrechtlichen und gewerkschaftlichen Standpunkt aus war es uns unmöglich, gegen einen bestehenden Tarif den Kampf aufzunehmen. Wenn der Lohnvertrag am 1. April gekündigt wird, stehen wir völlig frei und unabhängig da. Das es dann in freien Verhandlungen zu einer brauchbaren Lohnvereinbarung kommt, ist bei der Kürzlichkeit der Unternehmer nicht anzunehmen. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde im Juni und Juli vorigen Jahres ein Schiedsgericht mit Prozentiger Lohnerhöhung für untragbar erklärt. Als aber die gesamte Bergarbeiter im Oktober fast restlos den Kampf aufnahm, konnte

Und nun vorwärts! Unter Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in geschlossener Front gegen die Metallindustriellen!

Halle, den 23. Januar 1928.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. W. Köhler.

Bezirkskonferenz in Halle

In der am Sonnabend in Halle abgehaltenen Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes gab der Bezirksleiter Köhler einen Bericht über den Stand der Bewegung. Er schilderte den Verhandlungsgang und stellte mit Befriedigung fest, daß die Bemühungen der Organisation, daß der Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt wird, von Erfolg gekrönt waren, so daß vollständige Kampfbereitschaft besteht.

Köhler bedauerte, leider nochmals zu der Einmischung

Schreibweise der kommunistischen Presse

in diesem Kampfe Stellung nehmen zu müssen. Er verwies dabei auf die „Rote Fahne“ und die übrige kommunistische Presse, die in großen Schlagzeilen bereits am Mittwoch, noch ehe die Verhandlungen beendet waren und der Reichsarbeitsminister sich entschieden hatte, schrieb: „Der Arbeitsminister wagt nicht, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären.“ Verschiedene andre Zitate konnte er noch anführen und betonte unter allgemeiner Zustimmung der Konferenzteilnehmer, daß daraus zu ersehen sei, daß es die Kommunisten lieber sehen, die Bewegung führt nicht zum Erfolg.

Um auch den Bestrebungen der Kommunisten in den Gemeindeparslamenten die Grundlage zu nehmen für ihre den Gewerkschaftsgrundlagen zuwiderlaufenden Anträge auf Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter und um überhaupt den Trennungsstrich vollständig zu ziehen, schlug er die an anderer Stelle abgedruckte Entschließung zur Annahme vor:

Kommunisten gegen Kommunisten.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Donath (Dessau), Paulfers (Magdeburg), Lüttich und Drescher (Halle). Die beiden ersten Kollegen unterstützten noch die Ausführung des Köhlers, während Lüttich und Drescher gegen die Entschließung Stellung nahmen, dabei aber immer und immer wieder betonten, daß sie ebenfalls den Antrag der hallischen kommunistischen Stadtverordnetenfraktion nicht gutheißten, ebenso die Schreibweise und Einmischung der kommunistischen Presse.

Drescher (der der kommunistischen Partei angehört), gab noch dem, was in der Nr. 15 des „Massenkampfs“ erschienen ist, die Erklärung ab, daß er sich nie zu dem Gefangen einer Bürokratie machen läßt. Er sagte, daß er aus innerer Ueberzeugung mit der Einleitung sowie der Führung des Kampfes und der bei der Verhandlung geübten Taktik vollständig einverstanden sei und

gar nicht besser gearbeitet werden konnte.

Die Entschließung wurde dann mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Dagegen stimmten lediglich die Kollegen Lüttich und Drescher (Halle), Voigt und Linke (Weißfels), letzterer war nicht stimmberechtigt, die übrigen anwesenden

eine Lohnerhöhung um 11,5 Prozent getragen werden. Daraus müssen die Ruhrbergleute lernen.

Zu Namen des Verbandsvorstandes und der Ruhrbezirksleitung spreche ich aus, daß die jetzt einsetzende Lohnbewegung nur dann von Erfolg sein kann, wenn die gesamte Ruhrbergarbeiterchaft hinter uns steht und mit uns bereit ist, auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, nicht zurückzuschrecken.

Ich fasse zum Schlusse zusammen: Die Löhne der Bergarbeiter müssen um ein bedeutendes heraufgesetzt werden. Auch sonstige Verbesserungen sind dringend notwendig. Die Lage im Ruhrbergbau liegt so, daß diese Forderungen erfüllt werden können.“

Hierauf nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt:

Die Konferenz hält eine bedeutende Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit für dringend erforderlich. Sie billigt ausdrücklich die bisherige Haltung der Verbandsleitung in der Lohnfrage. Sie beauftragt die Organisationsleitung, zum 30. April die Kündigung des Lohnvertrages und des Mehrarbeitsabkommens auszusprechen und sonst alle Maßnahmen zu treffen, welche zur Durchführung der Forderungen notwendig sind.

Zum Schlusse nahm die Konferenz noch eine Entschließung an, die sich außerordentlich scharf gegen die kommunistische Partei und die Schreibweise der kommunistischen Presse über die Ruhrbergarbeiterbewegung wendet. Die Annahme der Entschließung erfolgte gegen 35 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen bei mehr als 700 Delegierten. —

sechs Kommunisten stimmten für die Entschliebung.

Bei der weiteren Beratung wurden die praktischen Maßnahmen erörtert, die in Anbetracht der nunmehrigen Lage erforderlich sind. Besonders wurde auch auf die einschlagende Taktik gegenüber den Betrieben hingewiesen, die dem Verband mitteldeutscher Metallindustrieller nicht angehören, bisher aber die in Frage kommenden Lohnsätze automatisch übernommen.

Gleichmütige Aufnahme des Aussperrungsbeschlusses.

Während der Beratung erhielt die Konferenz durch Wolfs Telegraphenbureau die Mitteilung, daß der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller in Magdeburg die Aussperrung ab Dienstag nächster Woche beschlossen hat. Diese Mitteilung wurde von allen Konferenzteilnehmern mit Begeisterung aufgenommen. Da auch inzwischen der Kollege Gänke vom Vorstand eingetroffen war, nahm dieser sofort dazu Stellung und erklärte, daß der Beschluß der Metallindustriellen nicht überraschend kommt, sondern vorausgesehen war und daß der Vorstand sich von vornherein darauf eingestellt hatte.

Nachdem noch einige organisatorische Fragen erörtert wurden, schloß der Kollege Köhler unter Beifall mit der ersten Mahnung an die Kollegen, heimzukehren in ihre Verwaltungen und ihre Pflicht zu tun. Die Metallindustriellen haben, wie wir es voraussehen, die Kampffront erweitert. Der Kampf wird ein schwerer. Trotz des Streites mit der kommunistischen Partei und ihrer Presse besteht volle Einmütigkeit bei allen verantwortlichen Funktionären bezüglich der Einleitung und Führung des Kampfes sowie Verhandlungstaktik. Geben wir dies auch nach außen hin zu erkennen, so wird sich das unter den Kämpfern fruchtbringend auswirken und wesentlich zum Erfolg beitragen. Die Aussperrung schafft freie Bahn, und nun an die Arbeit! —

Eine derbe Verwarnung

(Entschliebung der Bezirkskonferenz Halle.)

Die am 18. Januar 1928 in Köthen stattgefundene Bezirkskonferenz hatte sich einmütig auf den Standpunkt der Bezirksleitung gestellt, daß der Antrag der hiesigen kommunistischen Stadtverordnetenfraktion an die Stadtverordneten-Versammlung, die Metallarbeiter finanziell zu unterstützen, den freigeistlich-fiskalischen Grundgedanken widerspricht. Nunmehr geht von der kommunistischen Partei die Karole aus, daß in allen Gemeindeparlamenten die in Halle gestellte Forderung erhoben werden soll.

Die heute in Halle stattfindende Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes protestiert dagegen und lehnt nachdrücklich jede Einmischung Außenstehender in diesem Kampfe ab.

Der in Halle gestellte Dringlichkeitsantrag ist von der Stadtverordneten-Versammlung als dringlich abgelehnt worden. Nunmehr beruft der demokratische Stadtverordnete - Vorsitzende am Montag den 23. d. M. eine Stadtverordneten-Sitzung ein, um den einzigen Tagesordnungspunkt: den Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion zu behandeln.

Die Bezirkskonferenz erblüht hierin ein Zusammenstoß der Kommunisten auf der einen und der demokratischen Stadtverordneten-Vorsitzenden und Metallindustriellen auf der anderen Seite mit dem Ziel Uneinigkeit unter den Kämpfenden zu erzeugen und um damit deren Front zu zermürben.

Die Konferenz erhebt gegenüber der kommunistischen Partei und ihrer Presse in letzter Minute ihre warnende Stimme, ihr bisheriges frevelhaftes Spiel im Interesse des schweren Kampfes der Metallarbeiter einzustellen.

Die kämpfenden Kollegen werden ersucht, sich durch nichts irritieren zu lassen! Die Bewegung liegt fest in den Händen der Organisationsleitung und die Masse der Metallarbeiter im Werk steht hinter ihnen! Die Finanzen des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind so gesund, daß er diese Art Kämpfe wie hier in Mitteldeutschland und weit darüber hinaus ohne irgendwelche anderweitige Unterstützung zu führen in der Lage ist. Sollte der Deutsche Metallarbeiterverband, was gar nicht in Frage kommt, in finanzielle Schwierigkeiten geraten, so ist ihm die Unterstützung der nationalen wie internationalen freien Gewerkschaften gewiß.

Kolleginnen und Kollegen! Die Bemühungen der Organisationsleitung, die Verbindlichkeitsklärung des erbärmlichen Eidespruches abzuwehren, waren von Erfolg. Eine neue Phase des härtesten Kampfes beginnt! Die Metallarbeiter stehen zusammen, sie kämpfen, aber betteln nicht! —

Auch Magdeburg gerüstet

Wie schon am vergangenen Sonntag waren auch gestern vormittag die Vertrauensmänner der Magdeburger Metallarbeiter versammelt, um zur gegebenen Kampfeslage Stellung zu nehmen. Es herrschte ein prächtiger Geist. Kaulfers schilderte die Schwierigkeiten der Berliner Verhandlungen, wie alles darauf angelegt werden mußte, die

von den Unternehmern verlangte Verbindlichkeitsklärung zu verhindern, und wie das schließlich gelungen ist, trotzdem die Kommunistenpresse den Unterhändlern der Metallarbeiter dauernd in die Parade fuhr.

Kaulfers gab anschließend den Bericht von der am Sonnabend stattgefundenen Bezirkskonferenz in Halle. Das allgemeine Abwinken der Konferenz, selbst der sechs Kommunisten, von dem schädlichen Treiben der kommunistischen Partei und Presse, löste tiefste Bewegung bei den Vertrauensmännern aus.

Mit etwa 400 gegen sechs Stimmen wurde diese Entschliebung angenommen:

Die am Sonntag den 22. Januar im „Konzerthaus“ tagende Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gibt ihrer Entrüstung Ausdruck über die verlogene, sich für die Streitenden schädigend auswirkende Schreibweise der kommunistischen Presse. Einberufung von Versammlungen durch Unberufene bedeutet Arbeiterverrat, die Akteure sind auszugliedern.

Einmütig stehen die Funktionäre hinter der maßgebenden Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und begrüßen die bisherigen richtigen Maßnahmen.

Von den vielen Beispielen verhegender und verlogener Schreibweise des hiesigen Kommunistenblattes, die Kaulfers anführte, sei nur das eine herausgegriffen: Unter der Überschrift „Wie Kaulfers den Kampf führt“ wird unverföhren das Märchen aufgetischt, in der Fabrik von Pumpenpulze seien Nichtplatteln aus einem betriebliehen Betrieb angekommen. Die Streikarbeit wird verweigert und der Betriebsrat bekommt den Auftrag, sich mit Kaulfers in Verbindung zu setzen. Dieser winkt ab. „Sie müssen die Verhandlungen abwarten.“ Also aufgeräumt mit solcher Führung, meint die „Tribüne“ dazu.

Und doch ist die ganze Sache von Anfang bis zu Ende erlogen. Weder Kaulfers noch die Arbeiter noch der Betriebsrat haben von dieser Nichtplattengeschichte die geringste Ahnung. Der Betriebsrat protestierte in der Vertrauensmännerversammlung über solche unverhämte Verlogenheit.

Der Schluß der Vertrauensmännerversammlung war Fragen streiftchnischer Art gewidmet. Der bisherige Wortführer der Kommunisten hatte es vorgezogen, überhaupt nicht zu erscheinen.

Reudell provoziert den Reichstag

Der Bloß der Besitzbürger im Reichstag erlebt keine frohe Stunde mehr. Er gerät immer tiefer in die Tinte. Ein Red folgt dem andern. Und die Risse zwischen den Blockteilen werden immer breiter.

Die Sonnabend-Sitzung begann mit einer neuen Belastung und mit einer neuen Blamage. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Müller (Franken) stellte dem Haupte der Kappisten Reudell in einer neuen Glanzrolle vor. Dieser Schredensknabe des Bürgerblocks ist am Freitag als Vertreter der Reichsregierung nach Stettin zum Pommerischen Bund der Großgrundbesitzer gefahren. Hat seine Standesgenossen dort mit brüderlicher Wärme begrüßt, die Hilfe der Reichsregierung gegen ihre Räte in Aussicht gestellt und dabei den Reichstag lächerlich zu machen sich bemüht. Müller zielt das Zentralorgan der Großagrarien, die „Deutsche Tageszeitung“, und fragt den Reichskanzler, was er zu diesem neuen Streich seines Schredenskindes zu sagen hat. Im Augenblick, wo diese Frage in den lebhaft bewegten Saal schallt, betritt Marx die Estrade. Er hört nur die Frage, weiß nichts vom Inhalt. Sein Gesicht legt sich in väterlich besorgte Falten, die da sagen: „Mein Gott, was hat der Junge nun schon wieder angerichtet?“

Der Finanzminister Köhler unterrichtet flüsternd seine Parteifreund und Regierungschef. Köpfschütteln und ein unwilliger Wink an Reudell, als dieser erscheint, ihn draußen zu unterrichten.

Diesmal stellt sich Marx aber nicht wie am 6. Februar vorigen Jahres schützend vor das Sorgenkind. Reudell muß selbst seine Sache führen. Natürlich ist der Bericht seine Zentralorgans nicht genau. Was aber genau ist, was er wirklich gesagt hat, vermeidet er mitzuteilen. Er tut so wie wenn er das nach 24 Stunden nicht mehr weiß. Er steht wieder nicht zu seinen Worten, sondern versucht, durch Dementationen über die Not der Großagrarien sich aus der selbst gedrehten Schlinge zu winden. Das wird ihm den Beifall seiner engern Berufsgenossen und der übrigen Monarchisten, Kappisten und Putzschiffen eintragen, aber für den Rechtsblock und seine politischen Aussichten ist sein Auftreten eine neue Erschwerung. Der Zentrumsvorsitzender Guérard hatte ausdrücklich den Beginn seiner Ausführungen sich zu der sozialdemokratischen Forderung nach Aufklärung bekannt, und das Zentrum war von dem Reudellschen Gieranz genau so unbefriedigt wie die Sozialdemokratie.

Der Sturm gegen Reudell wäre noch weiter ärger geworden, wenn zur Stunde der Müller'schen Anfrage schon bekannt geworden wäre, was sich das Schredenskind sonst noch vor und in Stettin geleistet hat. Erstens hat er dort den Deutschen Lehrerbereinigungen ungerade und maßlos wegen seiner Stellung zur Bekennnisschule angegriffen und zweitens und hauptsächlich hat er seinen Finger gerührt, um die preussische Regierung in ihrem Verlangen zu unterstützen, den Pommerischen Landbund zu veranlassen, auf seiner Tagung die schwarz-rotgoldene Fahne zu zeigen. Der preussische Innenminister, der Sozialdemokrat Orzeszinski, hat sich ausdrücklich an den Reichsinnenminister, den deutschnationalen Kappisten Reudell, mit dem Ersuchen gewandt, der Reichsminister für die deutsche Republik möge entsprechend den Richtlinien der gegenwärtigen Reichs-Koalitionsregierung sich für die Achtung des schwarz-rotgoldenen Symbols der deutschen Verfassung durch die pommerischen Stände einsetzen. Der deutschnationalen Reudell hat das abgelehnt. Die Folge war, daß die preussische Regierung und die preussischen Behörden bei den pommerischen Großagrariern nicht vertreten waren. Um so freudiger bewegt sprach der Reichsinnenminister unter dem Walde der schwarzweißroten Parteifahnen, um so temperamentvoller machte er sich — gehoben durch die Umgebung — dort über das Parlament der deutschen Republik lustig.

Die Staatsdebatte ist noch nicht beendet. Sie geht am Montag weiter. Was am Sonnabend nachmittag noch nicht bekannt war, wird am Montag Allgemeines sein. Marx' Schredensknabe wird dann Rede und Antwort stehen müssen, wie und warum er überhaupt hat nach Stettin fahren und dadurch die Richtlinien hat durchbrechen können, die ihm einen Besuch verbieten, wenn nicht das Symbol der Republik gehißt wird; wie und warum er sich geweiht hat, auf die Zinnhaltung der von ihm selbst unterschriebenen Richtlinien bei den pommerischen Triariern zu drängen. Eine Fragestellung, die dann auch den Regierungschef Marx lebhaft berührt. Der Zentrumskanzler hat ein starkes Interesse daran, zu verhindern, daß nicht auch diese Richtlinien wieder vom 21. Januar des vergangenen Jahres von den Deutschnationalen unter ihre Suchtenstiefel getreten werden.

Die neueste Affäre Reudell ist daher noch nicht zu Ende. Der Bürgerblock wird aus dem Regen noch unter die Traufe kommen. Sehr fatal für den Rechtsblock-Kanzler, der ohnehin nichts zu lachen hat. Das Verhältnis zwischen ihm und dem Fraktionsvorsitzenden Guérard ipicht sich immer mehr zu. Der Redner des Zentrums zwingt den Kanzler des Zentrums, sich über Preußens Anspruch auf einen Verwaltungsposten der Reichsbehörden

Verbeabend für die Auslandsdeutschen

Der Verein für das Deutschtum im Ausland, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, unseren Volksgenossen, die außerhalb der Reichsgrenzen leben, in ihrem Deutschtum zu unterstützen, veranstaltet am „Kriemhildplatz“ seinen ersten Verbeabend.

Einleitend sang der Magdeburger Männerchor unter Leitung seines Dirigenten Bernhard Heining einige Lieder und Volkswesen. Es ist hoch anzuerkennen, was Heining mit den ungeschulten Stimmen seiner Sängerkollegen vollbracht. Einmal am besten gehten aus die Mittelstimmen, die zuweilen an den Klang der Orgel erinnern. Ganz besonderes Augenmerk muß Heining auf die Tenöre richten, die in der Höhe oft ganz ungeschicklich scheitern. Von großen Armbewegungen allein geht keine Suggestion aus; da sie bei der Chordirektion zudem besonders unnatürlich wirken, möchten wir Heining in seinem eignen Interesse empfehlen, mit weniger großem Pathos zu dirigieren (sonst könnte er wohl einmal größeres Unheil anrichten als diesmal mit dem Liederchor der Vereinsfabrik). Der musikalische Teil wurde weiterhin von der Pianistin Käthe v. Siggel (Berlin) bestritten, von dem wir aber leider nichts Gutes berichten können. Es war von ihr höchst unüberlegt, einem nicht direkt an Musik interessierten Publikum ein so umfangreiches Werk wie den „Karnaval“ von Robert Schumann vorzuspielen, der an die Zuhörer außerordentlich hohe Anforderungen stellt. Dabei blieb sie selbst dem Werke technisch wie musikalisch alles schuldig. Unnatürlich weit hielt sie sich auch noch für verpflichtet, „Des Mädchens Klage“ von Chopin mit den klüftigen Variationen zuzugeben, den sie mehr wüßte als wirklich spielte.

Ganz besonders großes Interesse erweckte die Vorführung des Siebenbürger Kulturfilms, bei dem man die bedeutenden technischen Mängel halb vergaß. Vollkommen ungeschickt gibt er ein Bild von der urwüchsigen Kraft unserer Volksgenossen, die vor über 800 Jahren aus Glandern, Lutzenburg und Lohringen nach Siebenbürgen ausgewandert sind, und bis heute ihr Deutschtum bewahrt haben. Er berichtet von den Sitten und Gebräuchen, von Liebe und Tod, von Handwerk und Gewerbe, von der Schönheit des Landes und der altertümlichen Städte. Noch heute zeugen trübige Bauernbürger von den Kämpfen, die die Deutschen in Siebenbürgen gegen Türken und Madjaren geführt haben. —

Gerhart Hauptmann Mitglied der Dichterenademie

Der Präsident der Akademie der Künste, Professor Max Liebermann und der Vorsitzende der Sektion für Dichtkunst, Wilhelm v. Scholz, haben namens der Akademie und der Sektion Gerhart Hauptmann gebeten, der Sektion beizutreten. Hauptmann, der augenblicklich in Rapallo weilt, hat postiv-

send telegraphiert. „Zusammenenden Brief unterweg. Bin sehr glücklich, lieber Meister und Freund Liebermann, nun aus einem Saulus ein Paulus geworden zu sein und von Ihnen so gütig empfangen zu werden. Allerbesten Dank und Gruß Gerhart Hauptmann.“

Das Schreiben an Wilhelm v. Scholz hat folgenden Wortlaut:

„Zehr verehrter Herr Präsident!

Lassen Sie mich Ihnen nur kurz sagen, daß ich Ihrer und meiner werten Kollegen Einladung, der Akademie, Sektion für Dichtkunst, beizutreten, nunmehr mit wärmsten Dank entspreche.

Vor 2 Jahren habe ich gegögert, mich an der Gründung dieser Sektion zu beteiligen. Gleichviel ob meine damaligen Bedenken weiter heben oder nicht, die Sektion ist heute eine Tatsache und nicht mehr, wie damals, ein bloßes Fragezeichen. Und wenn heute zu dem ursprünglichen Vertrauen des Herrn Ministers die Einladung meiner Kollegen tritt, unterstützt von Max Liebermann und Thomas Mann, denen beiden ich in freundschaftlicher Verehrung verbunden bin, so würde mein Fernbleiben einer Verpflichtung an dem Gedanken der Kameradschaftlichkeit beinahe gleichkommen. Ich bekenne mich also hiermit dankbar zur Kameradschaftlichkeit und verspreche gern meine anfängliche Skepsis nach Kräften durch den Glauben zu ersetzen.

In größter Hochachtung Gerhart Hauptmann.“

Aus dem Fragezeichen ist ein gemachtes Bett geworden, und in solches legen sich auch Olympier ganz gern, wenn keine Gefahr mehr dabei ist und wenn sie so herzlich eingeladen werden.

Stadtheater. Die Jagd ist wieder im schönsten Gange, aber wir wollen diesmal keine Jägergeschichte erzählen. Es sei lediglich festgestellt, daß in der Sonntagsvorstellung Mendel Appels aus München den Larnhäuser sang. Wir haben Appels schon irgendwo einmal in Magdeburg gehört. Er ist ein erfahrener Sänger mit großem, baritonalem gefärbtem Tenor. Metall und Kultur in der Stimme, leichte Höhe und belebter Vortrag. Nach ganz geringen Müdigkeitsercheinungen am Schluß des 2. Aktes sprachen die Freische und Kraft, mit der er die Romerjagd sang, für die Dauerhaftigkeit des Organs. Sollte Bistur aus verlaßen, dann könnte wohl Appels unser Mann sein. — Auch eine Zwischenfach-Sängerin gastierte in der Partie der Elisabeth: Gretl Blaha aus Königsberg. Ein scharfer Sopran mit flacher Mittel-lage, Hüge Tonbehandlung aber schlechte Artikulation. Kurzum: man wird weitersehen müssen nach einer Nachfolgerin für Alice Bruhn. — Sonst wäre an der Aufführung nichts weiter zu bemerken, als daß unser lieber Chor sich wieder einmal von der schlechtesten Seite zeigte.

Erweiterung des Reichstagsgebäudes. Der von der Reichstagsverwaltung ausgeschriebene Wettbewerb für die Erweiterung des Reichstagsgebäudes ergab 278 Entwürfe mit 2915 einzelnen Zeichnungen der verschiedensten Architekten. Das Preisgericht hat jedoch keinem dieser Entwürfe einen ersten Preis zuerkannt, sondern lediglich drei zweite Preise von je 6000 Mark, zwei dritte Preise zu je 3000 Mark und drei vierte zu je 2000 Mark verteilt. Außerdem wurden drei Entwürfe angekauft. Die drei zweiten Preise wurden den Architekten G. Schupp (Frankfurt a. M.), Grotjahn (Leipzig) und den Architekten Leubert und Lehmann (München) zugesprochen. Professor Straumer (Berlin) erhielt einen dritten Preis, ein anderer Entwurf von ihm wurde angekauft. Den anderen dritten Preis erhielt Professor Fahrenkamp (Düsseldorf). Dem Architekten F. Tiedemann (Berlin) sowie einem zweiten Entwurf der Architekten Leubert und Lehmann und den Architekten Dipl.-Ing. Stamm und Holzhauser (München) wurden die vierten Preise zugesprochen. Angekauft wurden ferner die Entwürfe von Architekt Meißner (Dresden) und Architekt H. Lapphaus und Putzli (Hamburg). Die drei zum Ankauf empfohlenen Entwürfe sehen vor, die Straße zwischen Reichstag und Neubau mit einem ganzen Flügel zu überbrücken. Gegen dieses Projekt dürften jedoch baulich-ästhetische Gründe sprechen. Der zum Ankauf empfohlene Entwurf der Architekten Lapphaus und Putzli will den Erweiterungsbau des Reichstags in eine spätere Gesamtbebauung des Platzes der Republik als „Regierungsforum“ einordnen. —

Die Erneuerung von St. Markus. Seit etwa einem Vierteljahrhundert wird der Markus-Dom zu Venedig einer Restaurierung unterzogen, die jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt ist. Im Zusammenhang mit dem Einsturz des Campanile im Jahre 1902 zeigten sich schwere Risse im Gewölbe der berühmten Basilika. Der Markus-Dom, der 1063 in großer Eile errichtet wurde, ist in seinen Hauptwänden und Pfeilern, die die Gewölbe und Stuppen tragen, aus Bruchsteinen hergestellt, die durch gewöhnlichen Mörtel verbunden wurden. Als dann die Venedigernach dem Fall von Konstantinopel in den Besitz von Hunderten von Tonnen kostbarer Marmors gelangten, schmückten sie damit die Säulen und Wände von St. Markus aus und vernehten so die Last, die die schwachen Grundmauern trugen. Die Mauer der Basilika zeigten seit 1902 schwere Risse, und der Architekt Marangoni hat seitdem das Gewölbe erneuert, indem Stein für Stein durch neue ersetzt und an Stelle des alten Mörtels Beton gebraucht wurde. So gelang die Erneuerung ohne Verletzung der kostbaren Mosaiken. In 20jähriger Arbeit ist jetzt der Hauptteil im Gewölbe auf diese Weise vollständig ausgetauscht worden und nunmehr sollen die Säulen in Angriff genommen werden, die das Gewölbe tragen. Auf diese Weise wird der Dom allmählich vollständig neu aufgebaut. —

auszulassen, ohne ihn vorher über sein Vorhaben zu unterrichten. Marx nimmt das sehr übel, aber er muß aus dem Stegreif berichten, daß er schneidet dabei sehr unglücklich ab. Guérard deklariert, daß auch Marx so gut wie er selbst und wie das Zentrum insgesamt republikanisch sei. Guérard läßt die Finte mit der Verfassungspartei nicht gelten; Marx sßt dabei und muß stille sein.

Guérard tut mehr. Er richtet kräftige Vorbehalten gegen die Deutschnationalen und rühmt abermals die Sozialdemokraten. Er rückt schon ab vom Bürgerblock und richtet sich ein auf den Linksblock nach den nächsten Wahlen.

Die Deutschnationalen sitzen da genau wie einst die sprichwörtlich gewordenen Lohgerber. Sie dürfen das Gesetz gegen die Volksschule „vermummen“, danach sind sie entlassen. Unangenehm ist diese Hausknechtrolle nicht. Dreifach unangenehm für diejenigen, die vor Jahresfrist ausgegangen sind, um die Republik zu erledigen und die nunmehr genau wissen, daß sie unter das Lastauto der Wahlen geraten und selbst erledigt werden.

In so bitterer Stunde kommt zum Ueberfluß nun noch der schwarzweibrote Fahnenträger Reudell anmarschiert und bringt den ganzen Reichstag links von den Deutschnationalen gegen sich auf. Himmel, will das Reich denn gar nicht enden! Der Besitzbürgerblock stirbt, während er noch lebt, und er geht in Scherben, noch bevor die Wahlen ausgeschrieben werden.

Großpapa Marx streicht sich den kahlen Schädel: „Göttlich mich doch nicht mit der doppelzüngigen Gesellschaft eingelassen! Vor allein dieser Reudell, dieser Reudell, dieser Reudell! Der Junkerhabe ist mit schon längst fürchterlich geworden.“

Neue Steuergeschenke

Der Haushaltsausschuß des Reichstags ging am Sonntagabend an die Beratung des Etats des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Abg. Schmidt (Köpenick, Soz.) wandte sich gegen das Schlagwort von der „Not der Landwirtschaft“ und betonte, man könne nicht von einer Not der Landwirtschaft, wohl aber von einer Not der Landarbeiter sprechen. Wenn einige Landwirte oder landwirtschaftliche Betriebe in Schwierigkeiten seien, so sei damit noch nicht die ganze Landwirtschaft in Not. In Preußen habe man über die Abhilfemaßnahmen jedenfalls andre Vorstellungen als im Reich. In der Hauptsache seien es Großbetriebe, die durch unvorsichtige Kreditaufnahmen in Schwierigkeiten geraten seien. Notwendig sei, daß die Landwirte von den Preisschwankungen freigestellt werden. Schmidt verlangt stärkere Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte. Zum Schluß richtete er an die Regierung die Frage, ob es zutrefte, daß erhebliche Zuschüsse für die Ausstattung des Deutschen Landwirtschaftsrats zwecks Durchführung der Vuchführungserhebungen und dergleichen gewährt worden seien. Die zur Verfügung gestellten Möbel und Ausstattungsstücke würden hoffentlich nach Abschluß der Erhebungen zurückgefordert werden.

Hierzu erklärt der Reichsernährungsminister Schiele, die Forderungen für die Ausstattungsbedürfnisse des Landwirtschaftsrats in Höhe von 16 000 Mark hätten ihm nicht vorgelegen. Die Summe, die man für den Weinbau eingestellt habe, sei kein neuer Titel. Die Volkserkredite seien notwendig, da das Ausland in der Standardisierung, z. B. bei der Butter, Deutschland weit voraus sei. Eingehend behandelt der Minister das Verschuldungsproblem, das deswegen so bedenklich sei, weil die gewährten Kredite von der Landwirtschaft nicht zur Rationalisierung der Betriebe hätten verwendet werden können. Sie seien vielmehr zur Erhaltung der Betriebe verbraucht worden. Zur Verschuldungsfrage gibt der Ernährungsminister im Namen der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Reichsregierung sieht es als ihre Aufgabe an, auf eine Ordnung der landwirtschaftlichen Schuldenverhältnisse hinzuwirken, die für die in der rationellen Fortführung bedrohten Betriebe eine Lebensversicherung der schwebenden Schulden in langfristigen Kredit herbeiführt und gleichzeitig eine Absenkung der Zinslasten mit sich bringt. Um erstinständigen Kredit zu beschaffen, ist für eine pflegliche Behandlung des Pfandbriefabsatzes zu sorgen. Zur Beschaffung und Gewährung von zweifelhafte zu sichernden Krediten an bedrängte landwirtschaftliche Schuldner zwecks Umschuldung bedürftender schwebender Schulden bedarf es erheblicher Mittel, die, wie die Verhältnisse zurzeit liegen, nur durch Aufnahme von Auslandsanleihen beschafft werden können, und die zweckmäßig von territorialen Stellen ausgegeben werden. Die Kredite sind an Betriebe zu gewähren, die zu ihrer rationellen Fortführung dieses Kredits bedürfen und deren rationelle Fortführung bei Gewährung des Kredits zu erwarten ist. Bei der Vergabung der Kredite soll eine Mitwirkung von Gutachtern, die von Selbstverwaltungskörperschaften bestellt sind, vorgesehen werden. Die Reichsregierung ist bereit, die Erlangung und Ausgabe derartiger Leihgelder durch öffentliche Stellen zu unterstützen. Bis diese Gelder flüssig gemacht werden können und soweit auf ihren Eingang gerechnet werden kann, ist die Reichsregierung bereit, im Rahmen des Möglichen Vorstöße zu gewähren. Sie erwartet, daß bei diesen Maßnahmen auch die Länder eine entsprechende Hilfe eintreten lassen.

In der Steuerfrage erklärt der Ernährungsminister, daß überall dort, wo die Landwirtschaft sich in besonders schwierigen Verhältnissen befindet, überprüft werden müsse, ob nicht durch Ermäßigung oder Stundung geholfen werden könne.

Den Deutschnationalen genügt die Ankündigung dieser neuen Steuerermäßigungsaktion zugunsten der Landwirtschaft nicht, sie verlangen hierzu noch eine besondere Erklärung des Reichsfinanzministers. Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Montag.

Die Kriegsverdrängten

Im Verlauf der Ausschussdebatten über die Schlusssatzung der Kriegsverdrängten aus den Grenzgebieten und den abgetretenen Gebietsteilen legte der sozialdemokratische Redner, Wuchow, die Auffassung der Sozialdemokraten zum Gesekentwurf dar. Er gliederte zunächst die nicht mehr auffällige Tatsache, daß sich auch in dieser Frage die Regierungsparteien wieder einmal nicht einig seien, weil die verschieden gelagerten wirtschaftlichen Interessen auch bei dieser Materie augenfällig zu Tage treten. Die sozialdemokratische Auffassung demgegenüber sei klar und eindeutig. Es müsse ein-

mal ein Schlusgesetz werden, um endlich den ewigen Unsicherheitszustand in der Erziehung der Verdrängten zu beenden, dann aber muß das Gesetz in der Hauptsache nach sozialen Gesichtspunkten gestaltet werden. Das ganze Problem des Wiederaufbaues gelte aber in das Gebiet des Reichswirtschaftsministeriums. Die Kontrolle des Reichswirtschaftsministeriums über einen wirtschaftlichen Wiederaufbau mit Mitteln, wie sie dieses Gesetz vorsehe, sei einfach unmöglich. Deshalb könne die Sozialdemokratie auch nicht für die Ausschüttung von 180 Millionen Mark an eine winzige Gruppe sogenannter Großgeschädigter eintreten. Dieser Betrag müsse vielmehr nach sozialpolitischen Grundfäden den Klein- und Mittelgeschädigten zugute kommen. In diesem Sinne unterbreitete der Redner folgende sozialdemokratische Änderungsanträge zum Gesetz:

1. Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten.
2. Erhöhung der Entschädigungszahlungen für Klein- geschädigte bei gleichzeitiger Verminderung der Zahlungen an die wenigen Großgeschädigten. Beseitigung der Wiederaufbauzuschläge und Verwendung der dadurch ersparten Beiträge von 180 Millionen zur Befriedigung der Ansprüche der Klein- geschädigten.
3. Es sollen gewährt werden:
für die ersten 10 000 Mark 100 % des erlittenen Schadens,
für die nächsten 10 000 Mark 50 % des erlittenen Schadens,
für die weiteren 80 000 Mark 25 % des erlittenen Schadens,
für die weiteren 100 000 Mark 18 % des erlittenen Schadens,
für die weiteren 800 000 Mark 7 % des erlittenen Schadens,
darüber hinaus 5 %, keineswegs aber über 1 Million Mark.
4. Die Geschädigten mit einem Anspruch bis zu 2000 Mark erhalten zum Ausgleich für die größtenteils wertlosen Teilzahlungen in der Inflationszeit einen weiteren Zuschlag (Entwertungszuschlag) von 20 Prozent.

Zur Frage der Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten verlangte der sozialdemokratische Redner auch eine andre Regelung der Fristsetzung für die Stellung von Entschädigungsanträgen. Als Zusatzwunsch dann auch noch darauf hinzuweisen, daß dem ehemaligen deutschen Kaiser, obgleich er defektierte, dennoch ungeheure Ansprüche erfüllt worden seien, sah man auf der rechten Seite sehr verlegene Gesichter. Der Redner des Zentrums sprach sich zwar für ein Schlusgesetz aus, ließ aber die Möglichkeit der Schaffung einer Zwischenregelung offen. Am übrigen Teil der aber die im Gesetz vorgesehenen Entschädigungsgrundsätze bei den Kleinbeschädigten ebenfalls für sozial ungenügend.

In Berlin unbeliebt

Berlin, 28. Januar. (Eigner Drahtbericht.) Die Nationalsozialisten, deren Vereinigung in Berlin aufgelöst ist, versuchten am Sonntag in Neu-Weißensee eine Versammlung zu veranstalten. Auf mehreren Lastautos und mit fliegenden Fahnenkrenzern trafen sie auf mehreren Lastautos dort ein, wurden aber am Bahnhof von der Polizei in Empfang genommen und trotz ihres lauten Protestes genötigt, ihre Wagen wieder zu besteigen und weiterzufahren.

Da ihnen in Berlin jede Versammlungstätigkeit unterbunden ist, versuchten jetzt die Fahnenkreuzer, außerhalb des Machtbereichs der Berliner Polizei ihre Tätigkeit zu entfalten, jedoch wird die auswärtige Polizei in allen solchen Fällen aufmerksam gemacht und ist bemüht, diese Versammlungen zu verhindern, um Störungen der öffentlichen Ordnung zu vermeiden.

Antikriegspakt gescheitert

Paris, 28. Januar. Nach der neuen französischen Note in den Antikriegspaktverhandlungen mit den Vereinigten Staaten, die gestern veröffentlicht wurden, kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Verhandlungen als gescheitert anzusehen sind und über kurz oder lang im Sande verlaufen.

Die französische Note, die den bisherigen französischen Standpunkt reiflos aufrechterhält und nur in der Prozedurfrage einige Zugeständnisse macht, versucht in ihrem Schlußsatz, den Vereinigten Staaten die Initiative für alles Weitere zuzurufen. Nach dem „New York Herald“ aber will Washington diese Initiative wiederum den übrigen Großmächten überlassen, die für die Teilnahme an dem Pakt in Frage gekommen wären. Das bedeutet also nichts anderes, als daß die Paktverhandlungen begraben werden sollen.

Der Eindruck der Briand-Note muß als katastrophal bezeichnet werden. Die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter erklären rundheraus, daß man daraufhin in allen politischen Kreisen in Washington die Fortsetzung der Verhandlungen für nutzlos halte, denn die Meinungsverschiedenheiten seien zu groß. Damit treffen sie durchaus überein mit der Ansicht der Pariser Presse.

Die Vintspresse, wie das „Deutsche“ und die „Volonté, sowie auch die Reichspresse vom „Gaulois“ bis zum „Figaro“ erklärt, das beste sei, die Verhandlungen einzustellen oder sie zu vertagen. Es besteht noch die geringe Hoffnung, meint „New York Herald“, daß man auf dem Umweg über unverbindliche Besprechungen mit den übrigen Großmächten die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung erreichen könne, worin ähnlich wie in der polnischen Antikriegsresolution auf der September-Tagung des Völkerbundes der Krieg verabschiedet werde. Diese Erklärung habe aber keinen juristischen Charakter wie etwa ein formeller Pakt, sondern man könnte ihr nur moralische Bedeutung beimessen.

Der offiziöse „Petit Parisien“ hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Er erklärt, noch sei die Tür zu weiteren Verhandlungen offen geblieben. Aber auch er muß zugeben, daß der Inhalt der französischen Note sich darauf beschränkt, die Vereinigten Staaten zum Beitritt zu der polnischen Antikriegsresolution zu bringen, das sei aber etwas wesentlich anderes als der Abschluß eines Paktvertrags.

Die französischen Mittelsmänner

In der Zeugenvernehmung am Sonntagabend im Limbourgprozeß wurde der Höhepunkt der Verhandlungen erreicht. Zwei der wichtigsten Zeugen wurden vernommen, der zwanzeifste vorgeführte frühere Separatistaministerpräsident Lebinger und der Oberbürgermeister von Duisburg Dr. Jarres, der im Jahre 1928 Reichsinnenminister war.

Der Zeuge Lebinger glaubt nicht, daß Dr. Limbourg der Separatistenbewegung angehört hat. Er habe jedenfalls eine zweifelhafte Haltung eingenommen. In den Aussagen des Zeugen

spielen die Namen Dr. Karl Müller (der spätere Unterrichtsminister) und Oberbürgermeister Dr. Adenauer eine Rolle. Die Frage, ob Dorten von den Franzosen finanziell unterstützt worden ist, gibt der Zeuge, wenn auch gewunden, zu. Zu dem blutigen Sonntag in Düsseldorf im Oktober 1923 hat er keine Erinnerungen bei der französischen Eisenbahn nach Düsseldorf beiläufig. Die Fahrt sei für Teilnehmer frei gewesen.

Hierauf muß der Kläger Dr. Limbourg zugeben, daß er die Anwesenheitsliste der Versammlung des Hauptauschusses der Separatistenbewegung in Bingen am 18. Februar 1920 mitunterzeichnet hat.

Sehr eingehend wurde Dr. Jarres vernommen. Er sagte unter anderem aus, der letzte Termin, an dem jeder Rheinländer erkennen mußte, wohin Dortens Wege führten, sei der 1. Juli 1919 gewesen. In der furchtbaren Not 1923 seien ganz offene Erörterungen darüber geführt worden, wie man aus dem Elend herauskommen könne. Alle seien aber nur ehrliche, offene Ermahnungen ernst politischer Männer gewesen, und sie hätten stattgefunden im Schoße des rheinischen Provinzialparlamentes und in Gegenwart der Vertreter des Reiches und des Staates. Sie könnten mit der Separatistenbewegung auf keinen Fall verglichen werden. Zu richtigen Verhandlungen der damals gebildeten Vier-Kommission mit Tirard ist es nach Meinung des Zeugen gar nicht gekommen. Nur Vertreter der rheinischen Wirtschaft wären in Koblenz gewesen, auch mit Wissen und Willen der Reichsregierung, um die Frage der rheinischen Volksnotendbank zu lösen, da die Rentenmarkt im besetzten Gebiet nicht zugelassen war. Der verbrecherische Separatismus sei vom Mai, spätestens Juli 1919 vorhanden gewesen. Bereits nach dem Besuch Dortens bei General Mangin (Mai 1919) habe die Reichsregierung eindeutig ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht. Dorten sei damals von den deutschen Behörden verhaftet worden, mußte aber auf Verlangen der Franzosen wieder freigelassen werden. Maßgebend für die Beteiligung an der Separatistenbewegung sei, daß der Kläger Limbourg noch nach dem 1. Juli 1919 mit Dorten in Verbindung gestanden habe.

Nach dieser Aussage kommt es zu einem dramatischen Zwischenfall. Der Privatkläger Dr. Limbourg wendet sich gegen Dr. Jarres mit den Worten: „Wenn Sie mir das in Düsseldorf gesagt hätten, so hätten Sie Ohrfeigen rechts und links bekommen.“ Große Unruhe. Dr. Jarres bittet um Genugtuung. Als Limbourg auf Veranlassung seines Rechtsanwalts und des Vorsitzenden Dr. Jarres zur Entschuldigung die Hand reichen will, erklärt dieser: „Ich kann Ihnen die Hand nicht geben. Ich bitte nur um die Erklärung der Entschuldigung.“ Hierauf gibt Limbourg die Erklärung zu seiner Entschuldigung dem Vorsitzenden ab.

Die Verhandlung wird auf Montag vertagt.

Notizen

Wirth bei Poincaré. Der ehemalige Reichszugler Wirth wurde am Sonntagabend vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen. Die Unterredung war von längerer Dauer, wobei die schwebenden politischen Fragen in der Form eines persönlichen Meinungsaustrausches behandelt wurden. Die ungewöhnlich herzliche Aufnahme, die die französischen offiziellen Kreise dem ehemaligen Reichszugler bereitet haben, ist ein erfreuliches Symptom für den Fortschritt, den die deutsch-französische Annäherung in der letzten Zeit gemacht hat.

Abgefragt. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Dernburg wurde von dem am Sonntag tagenden außerordentlichen Parteitag der Demokraten für den Wahlkreis Potsdam 2 nicht wieder aufgefragt.

Ein Korbhader unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord verhaftet. Auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters beim Landgericht Stettin wurde der ledige Kaufmanns-Gemundts Heinze, Angehöriger des Bundes Nothbach, in Schongau durch Münchner und Stettiner Kriminalbeamte festgenommen und nach Stettin abtransportiert. Heines ist dringend verdächtig eines Verbrechens der Anstiftung zum Mord, der im Sommer 1920 auf einem pommeresischen Gut an einem Angehörigen des Bundes Nothbach begangen worden ist.

Rechtsregierung in Lettland. Das Reichsministerium Jurasschewski ist am Sonntagabend zustande gekommen mit der schwachen Parlamentsmehrheit von 51 gegen 48 Stimmen.

Albert Thomas in Warschau. Am Sonntag ist der gegenwärtig in Warschau weilende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, von Marschall Piłsudski empfangen worden. Am Nachmittag gab sodann der französische Botschafter Laroche ihm zu Ehren ein Frühstück. Am Abend fand in der Gesellschaft zur Erforschung der internationalen Beziehungen und der Freunde des Völkerbundes ein Bankett und ein Gesellschaftsabend statt.

Verkehrsfragen im Osten. Der Unterausschuß des Verkehrsrausschusses des Reichstags, in den jede Partei einen im Osten gewählten Abgeordneten entsandt hat, stellte am Sonntagabend ein Programm auf. Danach soll nach der Mischung weiter verhandelt werden, daß ein besonderer Bericht über die Verkehrsfragen des Ostens erstattet wird. In der Sonntagsberatung wurden zunächst die notwendigsten Eisenbahnfragen behandelt und die Vor schläge der Regierung gutgeheißen.

Ankündigung verdrängt auf Propaganda in Frankreich. Während der Unterredung, die der neue russische Botschafter in Paris am Freitag mit Briand hatte, soll neben dem Nichtangriffspakt und der Schuldenregelung auch die Frage der kommunistischen Propaganda in Frankreich berührt worden sein. Der Botschafter habe in diesem Zusammenhang die Erklärung abgegeben, daß sich die Sowjetregierung jeglicher Propaganda in Frankreich enthalten und sich in keiner Weise in die innern Angelegenheiten des Landes einmischen werde.

Depeschen

Gasexplosion in Halberstadt

Ab. Halberstadt, 28. Januar. Durch eine Gasexplosion wurde in der Nacht zum Sonntag auf dem Breiten Wege vor dem Hause des Stadtrats Schulz das Straßensplaster in einer Länge von über 10 Meter aufgerissen. Licht- und Fernspreckabel sind stark beschädigt, die Betonrohre der Fernspreckabel wurden auf die Straße geschleudert.

Die Explosion war auf folgende Weise entstanden: Im Keller des Hauses des Stadtrats Schulz wurde um 12 Uhr ein Lichtschein gesehen, der durch Kurzschluß entstanden war. Das gleiche geschah im Nebenhause. Zwei Stunden später, nachdem die Feuerwehr fort war, entstand im Keller des Stadtrats Schulz eine Gasstichflamme, die vom Keller bis zum ersten Stock hinaufschlug. Die im Keller zurückgelassene Feuerwehrröhre konnte noch rechtzeitig zurückweichen, so daß Menschenleben nicht gefährdet waren. Um 5 Uhr muß sich durch den Kurzschluß nochmals ein Funke gebildet haben, der die unter der Erde angefallenen Gasmassen zur Entzündung gebracht hat. Durch die Explosion wurde dann das Pflaster aufgerissen.

Bluttat unter der Erde

Ab. Dortmund, 28. Januar. Im Grubenbetrieb der Zeche Minister Stein kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen dem Steiger Wibelsh und dem Wetterkontrollleur Nowicki. Wegen einer nicht ordnungsmäßig ausgeführten Arbeit war der Wetterkontrollleur von dem Steiger geküßt worden. Darauf entspann sich ein Wortwechsel, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Nowicki ergriff ein Peil und verlebte damit den Steiger am Kopf schwer. Um weiteren Schlägen zu entgehen, stellte sich der Steiger tot. Nowicki warf nun den vermeintlich Toten in den Bremsbergsumpf. Nachdem sich der Schwerverletzte aus dem Sumpf herausgearbeitet hatte, wurde er von dem Älter nochmals bedroht. Von hinzueilenden Bergleuten wurde der Steiger dann zu Tage gebracht und dem Krankenhaus zugeführt. Der Wetterkontrollleur wurde verhaftet.

EINE REKLAME-WOCHE

ALLE ABTEILUNGEN UMFASSENDE GROSSZÜGIGE VERKAUFSVERANSTALTUNG

ZU POPULÄREN EINHEITSPREISEN

2. ANGEBOT

48 PFENNIG

24 PFENNIG

48 PFENNIG

24 PFENNIG

48 PFENNIG

24 PFENNIG

48 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

24 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG

48 PFENNIG


48 PFENNIG

48 PFENNIG

BARAUCH

Gratis-Kostproben!
 Heute werden in unserm Geschäft
Hickstein Keks und Waffeln
 gratis verteilt und laden hierzu ergebenst ein
 R. Riebel & Söhne
 Magdeburg
 7 Schwibbogen 7

Bureau-Möbel
 liefert billigst 8028



Paul Jahn, Magdeburg-S.
 Halberstädter Straße 37
 Spezialwerkstätten f. Bureau-Einrichtungen

Mäntel
 Loden-, Gummi-, Herbst- u. Wintermäntel, Anzüge f. Sport, Straße u. Abend. Damenmäntel, Schuhe und Stiefel liefern wir
5 Tage zur Probe
 m. bedingungslos. Rücksendungsgarant. 1 - geg. bez. Wochenzahlungen v. G. M. 1 an illustrierter Prospekt mit Preisl. gratis u. frei
 Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach 288M

Steuer-Abrechnungsbuch 1928
 geordnet, bietet Ordnung, Klarheit über
Steuer-Schuld-Zahlung, Termine, Steuerrechnung, Nachlag usw. Einjährige
 Führung. Mit 2.30 portofrei
 - Postcheckkonto Hannover 80742. -

Buchversand Jos. Simhart
 Braunschweig, Luisenstraße 14

Sie hören alle Welt im Rundfunk
 nach den Programmen der Zeitschriften:
Der Arbeiterfunk 25 Pf.
Die Sendung 25 Pf.
Der Funk 60 Pf.
Die Witze 25 Pf.
Der Dr. Standfunk 50 Pf.

Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg, Gr. Münzstraße 3.

Ämliche Bekanntmachungen
 Bekanntmachung.
 Betrifft Reichsbankkredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues.
 Das Reich hat zur Förderung des Kleinwohnungsbaues Kredite zur Verfügung gestellt. Mit diesen Krediten sollen in erster Linie Zwischenkredite auf erste Hypotheken gegeben werden und zwar regelmäßig zunächst auf 8 Monate. Der Kredit wird jedoch auf Antrag verlängert, wenn die Fertigstellung des Hauses über die ursprüngliche Zeitdauer noch nicht möglich war. Der Zinssatz beträgt 8 v. H. er erhöht sich, wenn der Zwischenkredit länger als 8 Monate in Anspruch genommen wird, um 1 v. H., wenn er länger als 10 Monate in Anspruch genommen wird, um ein weiteres v. H. und bei einer Inanspruchnahme über 12 Monate um weitere 2 v. H. Durch diese Selbsterhöhung des Zinssatzes soll in erster Linie erreicht werden, daß der Bauherr sich ernsthaft um die Gewährung eines endgültigen Kredits bemüht. Bauherren, die von dem Zwischenkredit Gebrauch machen wollen, wollen sich unmittelbar an die Mitteldeutsche Gemeinnütze in Magdeburg, Wilhelm-Rabe-Str. 6, oder an die Sachliche Provinzialbank in Merseburg wenden.
 Burg, den 20. Januar 1928.
 Der Magistrat.

Best Bettlern kein Geld! Servieret Wohlfahrtskuchen!
Rüchzenzettel
 für die Woche vom 21. bis 27. Januar 1928.
 Dienstag: Nüssen mit Speck.
 Mittwoch: Nudeln mit Fleisch.
 Donnerstag: Sirupkuchen mit Fleisch.
 Freitag: Weiße Bohnen mit Fleisch.
 Samstag: Kartoffelkuchen mit Petersilie.
 Sonntag: Schmorbraten mit Bratwurststücken.
 Burg, den 21. Januar 1928.
 Rotgemeinschaft Burg.

Gratis-Kostproben!
 Heute werden in unserm Geschäft
Hickstein Keks und Waffeln
 gratis verteilt und laden hierzu ergebenst ein
Naverma-Haus
 Großhandels-G. m. B. H.
 Magdeburg
 Dreiter Weg 254.

Reudell entschuldigt sich

Zentrum gegen Marx

Der Reichstag verabschiedete am Sonnabend zuerst ohne Aussprache in allen drei Lesungen die Verlängerung des Meistbegünstigungsvertrags zwischen Deutschland und Paraguay.

Dann sollte die erste Lesung des Reichshaushalts fortgesetzt werden. Vorher verlangte der Fraktionsführer der Sozialdemokratie,

Abg. Hermann Müller (Franken),

das Wort zur Geschäftsordnung. Er macht darauf aufmerksam, daß in der „Deutschen Tageszeitung“ vom Sonnabend morgen über eine Rede des Reichsinnenministers v. Reudell vor dem Pommerischen Landbund in Stettin berichtet wird, in der folgendes zu lesen ist:

Man werde es hier verstehen, fuhr der Minister unter großer Heiterkeit fort, daß er es heute für wichtiger gehalten habe, in diese Versammlung zu kommen, um dem Pommerischen Landbund die Grüße der Reichsregierung zu überbringen, statt sich im Reichstag mit anzuhören, wie er persönlich angegriffen werde.

Ich weiß nicht, so erklärt Abg. Müller (Franken), ob Herr v. Reudell, der in Auftrag der Reichsregierung in Stettin aufgetreten ist, damit einen Witz reißen wollte, oder ob er wieder einmal verunglückt ist. Wir verlangen jetzt, daß der Reichstag darüber unterrichtet wird, ob der Reichszankler diese Herabwürdigung und Verächtlichmachung des Reichstags zur Kenntnis genommen hat. Alle Parteien müssen sich in der Zurückweisung dieses Angriffs einig sein. In einer Zeit, wo die Landwirtschaft formwährend an den Reichstag appelliert, werden derartige Dinge vor dem Landbund vorgetragen. Wir erwarten, daß der Reichszankler sofort das Notwendige veranlaßt. (Lebhafte Beifall links und große Bewegung im Hause. Inzwischen ist der Reichszankler im Haus erschienen.)

Abg. v. Guérard,

der Führer der Zentrumsfraktion, beginnt seine Ausführungen zum Reichshaushalt mit der Erklärung, auch er hoffe, daß über dieses Auftreten des Reichsinnenministers die entsprechende Aufklärung durch die Reichsregierung geschäftet werde, die auch seine Fraktion verlangen müsse.

Den Etat selbst beurteilt der Zentrumszankler außerordentlich feindselig. Die Sozialdemokratie hat hier im Reichstag stets lokale Opposition getrieben. Sie hat sich dadurch vorteilhaft unterschieden von der Opposition der Rechten im Preussischen Landtag, die mit den Mitteln der Obstruktion gearbeitet hat. Das Zentrum steht zwischen den beiden Parteien als eine männliche Erscheinung von höchster Selbstständigkeit (Heiterkeit) und läßt sich seinen Blick durch koalitionsmäßige Liebe nicht trüben. Dann spricht Herr v. Guérard über die Politik Stresemanns, der er Beifall zollt.

Im Einklang mit dem zwischen Reich und Preußen mühten die Hilfsmittel für den Osten durchgeführt werden. Dieses Einverständnis, so erklärt der Redner, haben wir oft schmerzlich vernimmt. Auf beiden Seiten sind Fehler gemacht worden. Es ist nicht notwendig, daß der preussische Ministerpräsident, wenn er den Weg zum Reiche macht, meist Wassertriefel angeht. Andererseits ist nicht verständlich, daß der rechtliche Anspruch Preußens auf den Sitz im Reichsbahnverwaltungsrat noch nicht erfüllt ist. Auch das Telegramm des Reichsinnenministers an die Studenten im Zirkus Wupp können wir nicht billigen. Eine gewisse Zurückhaltung der an vorderer Stelle stehenden Repräsentanten des Volkes ist überhaupt unser Wunsch. Der Kampf um die innerstaatliche Weiterentwicklung des Reiches bewegt unser Volk in starkem Maß und beschäftigt alle Parteien. Mit Schlagwörtern, wie „Bismarck-Reich“, ist diese Frage nicht zu lösen, denn eine Selbstständigkeit der Länder bestand auch früher nur unter preussischer Hegemonie. Ein echter Föderalismus kann nur auf solchen Ländern mit eigener Staatlichkeit beruhen, die auch wirklich imstande sind, ihre Staatsaufgaben im Rahmen der Reichsverfassung zu erfüllen. Am Herzen tritt die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung in Mitteldeutschland und im rhein-mainischen Gebiet in Erscheinung. Wir wünschen das Problem nicht zugespitzt auf die Zerstückelung Preußens. Der großdeutsche Gedanke in Verbindung mit dem Blick auf Osterrreich zwingt uns, vorsichtig weiterzugehen. Die deutsche Republik, zu der wir stehen, marschiert.

Ein mögliches Beginnen ist es, so fährt der Redner fort, einen Gegenatz zwischen mir und Marx festzustellen. Die Zentrumspartei steht geschlossen auf ihrem in Europa festgelegten Programm, wonach sie in der Republik die Staatsform erblickt, auf deren Grundlage allein in der Wiederherstellung erreicht werden kann. Der Redner spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß es gelingt, die großen in Arbeit befindlichen Gesandtenwürde zu verabschieden. Die Herbeiführung des endlichen Schulfriedens für Deutschland ist unser Ziel, wobei wir auf unsere grundsätzlichen kulturpolitischen Forderungen nicht verzichten können.

Reichszankler Marx

erwidert auf die Ausführungen des Vordröckers zur Befehung des Verwaltungstats der Reichsbahn: Wenn irgendwie in einer Angelegenheit die Reichsregierung loyal vorgegangen ist, so in diesem Falle. Ich bin

nicht sehr angenehm berührt

darüber, daß diese Frage hier zur Sprache gebracht worden ist, ehe sie im Ausschuss behandelt worden ist (Hört, hört! rechts), weil ich Wert darauf lege, daß diese Frage im Einvernehmen mit Preußen in durchaus ruhiger, sachlicher Weise geführt werde. Es handelt sich um eine juristisch wie politisch durchaus schwierige Frage. (Lachen links.) Der Staatsgerichtshof hat in seinem Urteil die Feststellung getroffen, daß Preußen einen Anspruch darauf hat, auch jeinerzeit einen Vertreter in den Verwaltungsrat zu schicken. Das Urteil gibt aber keinen Weg an, wie dieser Anspruch erfüllt werden kann. Die Reichsregierung ging davon aus, daß unter allen Umständen der Staatsgerichtshofentscheidung Rechnung getragen werden muß, daß also bei der nächsten Erledigung eines Postens im Verwaltungsrat der Anspruch Preußens befriedigt werden müsse. Die preussische Staatsregierung hat diesen Standpunkt nicht für richtig gehalten, sondern verlangt, daß die Reichsregierung für die Freimachung einer Stelle sorgen möge. Sie hat namentlich darauf hingewiesen, daß die zuletzt mit Reichszankler a. D. Dr. Luther besetzte Stelle von der Reichsregierung freigemacht werde. (Sehr richtig! links u. i. Zentrum.)

Die Reichsregierung hat keinen Weg gefunden,

diesem Wunsche zu entsprechen. (Hört, hört! und Lachen links.) Die Reichsregierung wird das Staatsgerichtsurteil dem Reichstag als Drucksache zugänglich machen. Ich bin der Auffassung, daß der gleiche Anspruch wie Preußen auch den übrigen Eisenbahnländern Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen zusteht. Ich hatte deshalb vorgeschlagen, eine Einigung darüber durch eine gemeinsame Aussprache herbeizuführen. Das hat der preussische Ministerpräsident abgelehnt. Er meinte, man sollte eine moralische Einwirkung auf Dr. Luther versuchen, ob er selbst auf die Stelle verzichte. Ich hielt es nicht für angängig, nur Dr. Luther zu fragen, sondern habe alle Vertreter der Reichsregierung gefragt. (Lachen, Unruhe und Rufe links: „Nehmen Sie doch den Trubelbeder!“) Ich weiß nicht, wie man loyalere vorgehen kann. Die Herren haben sich

für die Beisehaltung der Posten

entschieden. (Lachen und Unruhe links.) Diese Frage eignet sich eben nicht zur Beratung im Plenum. (Lachen links.) Ich habe

aber die Pflicht, den unbegründeten Vorwurf zurückzuweisen, daß ich ein ergangenes Urteil nicht ausführe.

Es bleibt nichts übrig, als daß Preußen noch einmal den Staatsgerichtshof anruft und eine Entscheidung darüber verlangt, wie die Reichsregierung einen Posten frei machen soll. (Gelächter links, Unruhe und Rufe: „Übergeben Sie doch die ganze Regierung dem Staatsgerichtshof!“ „Reudell! Reudell!“) Herr von Reudell hat gebeten, die Debatte weitergehen zu lassen und dann ein Urteil abzugeben. Er nimmt an, daß die kommenden Redner sich auch noch mit der Rede beschäftigen werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dietrich (Baden, Dem.): Aus dem Schweigen des Ministers v. Reudell kann man schließen, daß der Zeitungsbereich zu treffend ist. Ich hätte Herrn v. Reudell nicht eine solche Neuerung zugetraut über den Reichstag, dem er selber anzugehören die Ehre hat, oder, wenn seine Neuerung richtig wiedergegeben ist, die Schande.

Der Redner wirt dem Finanzminister vor, daß er einen Umweg gemacht habe; erst habe er die Finanzpolitik Reinholds getadelt und jetzt tue er dasselbe, was Reinhold gemacht habe, und schildere die Dinge so, wie sie sich auf Grund der Wirtschaftslage ergeben. Der Redner ist der Auffassung, daß zu übertriebene Pessimismus keine Veranlassung vorliege. Daß die

Regierung führerlos

sei, wisse man schon lange, aber, daß es der Redner der Deutschen Volkspartei hier ausspreche, sei immerhin beachtlich. Die Länderkonferenz habe nichts Positives gebracht. Die Außenpolitik sei jetzt allmählich für alle Parteien des Reichstages fest verankert. Bezüglich der besetzten Gebiete müsse man sich auf den Rechtsstandpunkt stellen, daß die Befehung vollkommen wiederrechtlich ist.

Reichsinnenminister v. Reudell

nimmt dann unter lebhafter allgemeiner Spannung das Wort. Er erklärt, daß er es angesichts der großen Notlage der Landwirtschaft für notwendig gehalten habe, selbst an der Sitzung des Pommerischen Landbundes in Stettin teilzunehmen. Er habe sich selbst über die Sachlage unterrichten wollen und dafür im Kauf nehmen müssen, auch einmal eine Sitzung des Reichstages zu versäumen, selbst wenn er dadurch in die unangenehme Lage gekommen sei, auf persönliche Angriffe selbst nicht sofort antworten zu können. (Lachen links.) Seine Neuerung sei im übrigen aus dem Zusammenhang gerissen und nicht richtig wiedergegeben worden. Der Minister erklärt weiter, eine Verächtlichmachung des Reichstages, dem er selbst angehört, habe ihm durchaus ferngelegen. (Erneutes Lachen links.)

Auf Vorwürfe des Abgeordneten Sebering erwidert der Minister, daß er die Kürzung des Fonds zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs im Etat gleichfalls bebaure. Die Kürzung sei notwendig gewesen, da bei den Sparmaßnahmen des Finanzministeriums in erster Linie Zusatzaufstellungen für die Länder getroffen werden sollten. Der Minister erklärt, daß er durch seine bisherige Tätigkeit im Kampfe gegen den Alkoholisimus gegen Verdächtigungen gefeit sei, als ob das Ministerium im Kampfe gegen den Alkohol nachlassen wolle. Die Mittel für die Dinarkeit seien auf seinen bringenden Wunsch bereits in den Nachtragshaushalt aufgenommen worden. Er habe also schneller gearbeitet, als der Abgeordnete Sebering von ihm verlangt habe.

Abg. Drewnitz (Wirtsh. Vereinig.) nimmt die Finanzpolitik des früheren Finanzministers Schlieben gegen Angriffe der Linken in Schutz. Scharfen Protest löst es bei den Sozialdemokraten aus, als der Redner ausführt, er verstehe die Arbeiter und Angestellten nicht, die die Befehungsbefehung der Beamten zum Ausgang einer Tarifbewegung gemacht hätten. Nicht die Löhne der Arbeiter gelte es, zu erhöhen, sondern die Steuern

Agrarkrise ist eine Junkerkrise

Die Junker verschleudern das Geld der Bauern

In den heutigen Grenzen Deutschlands ist die bebauete Bodenfläche kaum geringer als vor dem Kriege (für Weizen sogar erheblich höher), dennoch sind die Erntemengen dauernd viel niedriger. Die Ernte des Jahres 1927 war für Roggetreide um 12 Prozent, für Kartoffeln um 27 Prozent, für Zuckerrüben um 8 Prozent höher als 1926. Dennoch blieb sie hinter der Ernte von 1925 und noch mehr hinter den Ernten der Vorkriegsjahre sehr erheblich zurück. Die Hektarerträge sind in der Nachkriegszeit dauernd niedrig. Sie waren (in den heutigen Grenzen) 1927 für Winterweizen um 3,7 Doppelzentner pro Hektar, für Winterroggen um 4,4 Doppelzentner, für Sommergerste um 4,5 Doppelzentner, für Hafer um 3,2 Doppelzentner niedriger, als im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913. Die Unkunst der Natur kann diesen Rückgang keineswegs völlig erklären. Auch an dem Verbrauch von Düngemitteln kann der Rückgang kaum liegen. Wurde doch im Jahre 1926/27 mehr als zweimal soviel Stickstoff und beinahe um die Hälfte mehr Kali verwendet als 1913/14. Allerdings wird die Vernachlässigung der Düngung mit phosphorhaltigen Düngemitteln als ein wichtiger Grund für den unbefriedigenden Produktionsserfolg angesehen. Auch die Verwendung von Landmaschinen und motorischen Triebkräften ist gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen.

So ist der Rückgang der Hektarerträge fürs erste eine schwer begreifliche Tatsache. Doch ist er für die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz von weittragender Bedeutung. Die ungenügend großen Einfuhrüberschüsse der letzten Jahre sind vornehmlich auf den gesteigerten Zufuhrbedarf an Getreide und andern Agrarprodukten zurückzuführen. Der monatliche Einfuhrüberschuss für Lebensmittel und Getränke betrug im Monatsdurchschnitt 1913: 144,6 Millionen Mark, 1925: 292,1, 1926: 257,9, im Monatsdurchschnitt 1927 (von November 1926 bis Oktober 1927) 319,3 Millionen Mark. Diese Steigerung ist selbst bei Berücksichtigung des Gebietsverlustes durch den Krieg sehr groß.

Die gewaltige Auslandsverschuldung der deutschen Wirtschaft, die außerordentliche Höhe der Auslandsanleihen kann nicht zuletzt auf die niedrigen Erträge der Landwirtschaft zurückgeführt werden. Die bedeutungsvoll der Ertrag der landwirtschaftlichen Erzeugung für die Aufbringung und Uebertragung der Reparationslasten ist, braucht hier nicht näher erörtert zu werden.

Vier Milliarden spurlos verschwunden.

In scharfem Gegenatz zum geschätzten Produktionsrückgang steht die außerordentlich hohe Verschuldung der Landwirtschaft. Sie ist ihre Vorkriegsschulden, die damals etwa 15 Milliarden Mark betragen, durch den Währungsverfall losgeworden, abgesehen von einer Aufwertungsgebühr in Höhe von 8 1/2 Milliarden Mark. Seit der Stabilisierung hat sie aber neue Kredite in der Höhe von etwa 7 Milliarden Mark (ohne Aufwertungsgebühr) aufgenommen. Bei einem etwa jährlichen Produktionswert der deutschen Agrarprodukte von schätzungsweise 18 Milliarden Mark ist die Neuverschuldung enorm hoch, zumal deren Zinslast angesichts der hohen Zinssätze der letzten Jahre mindestens ebenso groß ist wie vor dem Kriege für die doppelt so große Schuld. Industrie und Handel erhielten Kredite nur im Betrage von etwa 18 bis 20 Milliarden Mark, bei einem anteilmäßig viel höheren Produktionswert. (Bei der Industrie allein etwa 80 Milliarden Mark.) Eine derart hohe Verschuldung wäre volkswirtschaftlich allein dann zu verantworten, wenn die Kredite zu Zwecken der Rationalisierung der Produktion, zur Intensivierung der Landwirtschaft bzw. zu Seidenschweden, die Auswanderung

und die sozialen Lücken der Wirtschaft abzubauen.

Abg. Bösch (Wirtsh. V.) bezeichnet die gestrige und heutige Debatte als den Auftakt des bevorstehenden Wahllampfe. Das gelte auch von manchen Rednern der Regierungspartei. (Heiterkeit.) Der Redner meint, er wolle nicht in den Ton des Abg. Dr. Seemer verfallen, der wohl vorgehen habe, daß der Etat vom gesamten Reichskabinett eingebracht worden sei. Die Lage der Landwirtschaft sei geradezu verzweifelt. Wenn nicht eingegriffen werde, gehe mit der Landwirtschaft das ganze deutsche Volk zugrunde und der Etat komme ins Wanken. Zur Augenpolitik erklärt der Redner: Wir haben den aufrichtigen Willen, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben (Zurufe) — ja auch mit Preußen! (Große Heiterkeit.) Die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage im Völkerverbund und die weitere Befehung des Rheinlandes scheinen aber zu beweisen, daß der gleiche Wille nicht bei allen übrigen Völkern besteht. Das Schlagwort vom Einheitsstaat habe eine Art Bismarck über weite Kreise des Volkes gebracht.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Seber (Nat.-Soz.), der die schärfste Besteuerung von Banken und Börsen, Juden und Judengenossen will, wird die Weiterberatung des Haushalts gegen 17 Uhr auf Montag 16 Uhr verlagt.

Wer protegirt die Lottereeinnehmer?

Der Preussische Landtag beriet am Sonnabend eine Anzahl kleinerer Haushalte. Beim Haushalt der Lotterieverwaltung beschwerte sich der deutschnationale Abgeordnete v. Borck darüber, daß die Auswahl der Lottereeinnehmer nach politischen Gesichtspunkten und auf Empfehlungen der politischen Parteien vor sich ginge.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Meier (Berlin) wies in einer Erwiderung darauf hin, daß von diesem System der Empfehlungen keine Partei so starken Gebrauch gemacht habe wie gerade die Deutschenationalen. So hat der deutschnationale Abgeordnete Weiskeme allein eine Liste von 200 Bewerbern für die Posten von Lottereeinnehmern beim Ministerium eingereicht. Die Sozialdemokratie dagegen hat im Laufe des ganzen Jahres nur sage und schreibe sechs Vorschläge gemacht. Meier wies weiter darauf hin, daß im alten Preußen die Stellen der Lottereeinnehmer überhaupt nur pensionierten Offizieren, Hofbeamten u. a. mit dem alten Schiem eng verbundenen Personen vorbehalten waren. Die Deutschenationalen haben daher am wenigsten Grund, sich über angebliche Mißstände zu beschweren.

Beim Haushalt der Porzellanmanufaktur brachte Abgeordneter Hartleib (Soz.) seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß der Zwist zwischen dem Fabrikarbeiterverband und der Verwaltung der Porzellanmanufaktur endlich auf gutlichem Wege beigelegt ist. Gegen einen kommunistischen Antrag, die Löhne der Arbeiter der Porzellanmanufaktur durch Landtagsbeschluss festzusetzen, führte Hartleib aus, daß es Prinzip der freien Gewerkschaften sei, daß die Löhne durch Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern zu regeln seien. Der kommunistische Vorschlag führe nur dahin, daß die Arbeiter den Weg der gewerkschaftlichen Organisation und Selbsthilfe mißgäben und sich allein auf die Staatshilfe verlassen würden.

Im übrigen ist die Situation der Porzellanmanufaktur eine äußerst schlechte. Das vergangene Jahr hat nicht nur keinen Ueberschuss gebracht, sondern es sind auch die Reserven der vergangenen Jahre mit verbraucht worden. Die Beschäftigung ist schlecht, so daß der Arbeiterstamm von 460 auf 400 zurückgegangen ist.

Nächste Sitzung Donnerstag, 2. Februar, 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Emden und die zweite Lesung des Landwirtschaftsstats.

und die Landflucht eindämmen sollten, verwendet worden wären. Doch war dies, wie man auch schon nach den niedrigen Hektarerträgen vermuten kann, nicht der Fall. Auf den Mehrverbrauch von Düngemitteln und Maschinen entfielen in den letzten 4 Jahren nur einige hundert Millionen.

Wie wurde aber der größte Teil der 7 Milliarden verwendet? Von diesen sind, wie der landwirtschaftliche Mitarbeiter der Forschungsjahre für Wirtschaftspolitik Hans Wilbrandt in einer bedeutungsvollen Arbeit im „Deutschen Volkswirt“ ausführt, mindestens vier Milliarden spurlos verschwunden. Jene Kredite wurden nicht den Bauern gegeben, die in den letzten Jahren nur ganz geringfügige Kredite in Anspruch nahmen (richtiger gesagt, aus den Auslandsanleihen und den der Landwirtschaft reichlich gewährten öffentlichen Geldern nur geringfügige Kreditbeträge erhielten), sondern dem Großgrundbesitz. Wilbrandt beziffert die in den letzten Jahren aufgenommenen Kredite des hauptsächlich ostpreussischen Großgrundbesitzes auf 4 Milliarden Mark. Dieser ist daher je Hektar bewirtschaftete Fläche fünf- bis sechsmal, am Bodenwert gemessen sogar mindestens 15mal so hoch verschuldet wie der bäuerliche Besitz.

Wie hat nun der Großgrundbesitz diese ungeheuren Summen verwendet? Wie Wilbrandt ausführlich schildert, war die Kreditverwendung für ertragssteigernde Anlagen ganz minimal; die Kredite wurden zum größten Teile für unproduktive Zwecke — Augustkonsum, Spekulationen, kostspielige Bauten — verschleudert bzw. durch unrationelle Arbeitsmethoden und falsche Betriebsorganisation verschlungen. Die ungeheuren Kredite dienten im spätern Verlauf nur dem Zwecke, die Böcher immer wieder zu beschaffen und den schlecht wirtschaftenden Besitzern die Befehung zu ermöglichen.

Auch die Reichsbank ist an dem Entstehen dieser Zustände schuld — sie gab große Kredite ohne sich um deren Verwendung zu kümmern. Die Kreditkrise wurde dann, als die (vielfach ermäßigten) Zinsen nicht aufgebracht werden konnten, unerbittlich, die Kredite sind „eingefroren“.

Bauern sollen zahlen für die Großgrundbesitzer.

Der Großgrundbesitz ruft jetzt um Hilfe. Freilich geschieht dies nicht im eignen Namen, sondern um die „deutsche Landwirtschaft“ zu retten. Die Bauern sind aber von dieser Kreditkrise nur so weit berührt, als sie wegen der genossenschaftlichen Haftung (wie bei den Raiffeisenschen Genossenschaften, deren Aktienkapital auf der Kredite an die pommerische Landwirtschaft bezorengung) für die Schulden der Großgrundbesitzer aufkommen müssen.

Auch der vielbesprochene Hugenberglplan für die Sanierung der Landwirtschaft wollte die gesamte Bauernschaft zur Zinszahlung für den Großgrundbesitz heranziehen. Andre Pläne für die „Anschuldung“ (Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige) oder Zinsverbilligung aus Staatsmitteln — hierher gehört auch das neue „Ostpreußenprogramm“ der Regierung mit einer Belastung von etwa 80 Millionen Mark für den Staat — gehen auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

Wenn nun in dieser verzweifelten Lage dem notleidenden Teile der Landwirtschaft im Interesse der Produktion und des gefährdeten Kreditwesens staatliche Hilfe zuteil werden soll, so wäre es verhängnisvoll, an dem bisherigen Schiem festzuhalten und dem Großgrundbesitz wohl- und bedingungslos neue billige Kredite zu geben. Die nicht lebensfähigen Betriebe müssen ihren Besitzer wechseln, die übrigen aber dürfen nur unter der Bedingung ständiger Kreditkontrolle und Betriebsaufsicht in Verbindung mit Betriebsberatung Kredit erhalten.

Kleine Chronik

Wegen Einsturzgefahr geräumt

Sehr bedauerliche Vorgänge haben sich bei der Räumung zweier Wohnungen des durch Einsturzgefahr bedrohten Hauses Hebbelstraße 17 in Berlin-Charlottenburg zugetragen. Am Freitag um 12 Uhr mittags hatte das Polizeipräsidium dem Bezirksamt Charlottenburg telefonisch mitgeteilt, daß die Wohnungen bis abends um 6 Uhr geräumt werden müßten. Einwendungen des Bezirksamts, daß die Räumungsfrist zu kurz sei, wurden als unberechtigt bezeichnet. Erst wenige Stunden, bevor der Räumungsbefehl mit Androhung hoher Strafen den Mietern zugestellt worden war, konnte das Wohnungsamt Charlottenburg vier Ersatzwohnungen anbieten. Die Mieter standen so vor der Tatsache, daß die ihnen angebotenen Wohnungen entweder nicht frei oder viel zu teuer waren, oder sogar nur gegen Zahlung eines Abstandes von mehreren tausend Mark zur Verfügung standen.

Infolge der vorgenommenen schnellen Räumung waren die beiden ansässigen Mietparteien mit ihren kleinen Kindern auf die Hilfsbereitschaft freundlicher Nachbarn angewiesen, die in ihren selbst überfüllten, durch die Schadhaftheit des Hauses fast unbewohnten Zimmern den Obdachlosen Unterkunft gewährten. Die aus diesem Anlaß gegen die Polizei erhobenen Angriffe sind vom Berliner Polizeipräsidenten als unberechtigt zurückgewiesen worden, da die Berliner Schutzpolizei bei der Räumung der Wohnungen in keiner Weise mitgewirkt hat. Es kann übrigens schon jetzt als feststehend gelten, daß das gefährdete Haus Hebbelstraße 17 zwangsläufig von sämtlichen Bewohnern geräumt werden muß. Die Bewohner leben in ständiger Angst, plötzlich verschüttet zu werden. Eine von den Mietern mit dem zuständigen Bezirkswohnungsamt vereinbarte Besprechung soll die Frage der Unterfunftbeschaffung bei einer vollständigen Räumung des Hauses regeln.

Ein ganzer Statten Schwanz von Prozessen wird aufgestellt werden, wenn die Entscheidung des Bezirksamts dahin lauten sollte, daß das Haus vollkommen geräumt werden muß. Der Berliner Magistrat will nämlich den gegenwärtigen Besitzer, den Bankier Vordardt, für den den Mietern erwachsenen Schaden haftbar machen. Vordardt wieder beabsichtigt, die vorherige Besitzerin des Hauses, eine Frau Lehmknecht, die selbst noch im Hause wohnt, zu belangen, während Frau Lehmknecht die Erbauer des Hauses, eine große Immobilien-Aktiengesellschaft, haftbar machen will.

Die Inhaber der im Hause befindlichen drei Geschäftsläden wollen ebenfalls klagen, um die in ihren Geschäften inbestimmten Summen ersetzt zu bekommen. Der Gastwirt Johann Willems hat sein Lokal vor 3 Monaten erworben und 9500 Mark dafür bezahlt. Für die Instandsetzung hat er außerdem erhebliche Summen ausgegeben.

25 Jahre Panama-Kanal

Am 24. Januar 1903 wurde in Washington der Vertrag unterzeichnet, nach dem der Engländer Kanal in Mittelamerika über dem Meeresspiegel, wie ein böses Omen schwebte, von den Amerikanern gebaut werden sollte. Bereits im Jahre 1881 hatte eine französische Aktiengesellschaft unter Führung von Ferdinand de Lesseps, dem Erbauer des Suez-Kanals, die Arbeit an diesem ungeheuren Werke begonnen. 1887 brach die Gesellschaft zusammen. Gewaltige Schwierigkeiten jeder Art ließen die Fortführung des umfangreichen Baues ausichtslos erscheinen. Eine neue Gesellschaft wurde gebildet, die mit einem Millonenkapital nichts weiter tun konnte, als die bis dahin erbaute Anlagen vor dem völligen Verfall zu schützen und auf den Augenblick zu warten, in dem sie ihre Baurechte an einen kapitalkräftigen Unternehmer verkaufen konnte.

Die Amerikaner hatten von Anfang an ein großes Interesse an Panama-Projekt. Die Ausbreitung ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses ließ es im Ausgang des 19. Jahrhunderts angebracht erscheinen, sich näher mit diesem Projekt zu beschäftigen. Eine Kommission unter General Walker untersuchte die Angelegenheit. Die Liquidationsgesellschaft forderte aber 100 Millionen Dollar für die Ueberlassung ihrer Konzession an die Vereinigten Staaten. Schließlich mußte sie jedoch ihren jahrelangen Verhandlungsgegnern die Konzession für 40 Millionen Dollar abtreten.

Unter der Leitung des schwedischen Ingenieurs Göthals wurde dann der Bau des Kanals in Angriff genommen und vollendet. Die größten Schwierigkeiten bereitete nicht das Gelände, sondern das mörderische Klima, das zahlreiche Opfer forderte. Die Amerikaner ernteten die Kanalzone in ganzem Maße vorbildlicher Weise. Sie schufen sanitäre Einrichtungen, wie sie bei ähnlichen Werken noch niemals getroffen worden waren. Dadurch gelang es ihnen, die Zahl der Kranken auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Der Kanal hat eine Länge von 80,45 Kilometer. Er wird zur Hälfte durch den künstlich angelegten Gatun-See gebildet. Zur Schaffung dieses Sees wurde ein Erdwall von einem Kilometer Länge mitten durch das Tal des Chagres-Flusses

figierung ohne weiteres leisten, da ja nur 8 Stunden gearbeitet wird. In England arbeitet keine Fabrik mehr als 48 Stunden, bei Kurzarbeit wird nur 36 Stunden gearbeitet, die Arbeitszeit wird auf ein paar Tage in der Woche zusammengebrängt, und selbst da, wo keine Arbeit für 48 Stunden ist, fordern die Unternehmer eine Arbeitszeit von 52 Stunden. Die Regierungen der anderen Länder berufen sich bei ihrer Weigerung auf die Weigerung Englands.

Jouhaux empfahl die Zustimmung zu den Vorschlägen Sassenbachs. Die Sozialistische Internationale habe die Verpflichtung übernommen, mit für die Ratifizierung in den einzelnen Ländern einzutreten.

Die Anträge von Sassenbach wurden angenommen.

Der Tarifkonflikt im Bankgewerbe

Im Bankgewerbe wurden bisher nach dem Reichstarifvertrag die Orts- und Ortszuschläge des Reiches in der gleichen Höhe und in dem gleichen Umfang gewährt, wie sie das Reich seinen Beamten zahlt. Anlässlich der letzten Besoldungsreform hat das Reich eine wesentliche Herabsetzung der Ortszuschläge vorgenommen und die Methode damit motiviert, daß diese Kürzung bzw. Abschaffung der Ortszuschläge sich durch die Erhöhung der Beamtengehälter rechtfertige. Im besetzten Gebiet hat das Reich außerdem einmalige Zahlungen an die Beamten gewährt, die die Abschaffung minder fühlbar für die Betroffenen gestalten.

Die Bankleitungen machten zwar die Abschaffung der Ortszuschläge mit, weigerten sich jedoch, die übrigen Bestimmungen sinngemäß auf den Banktarif anzuwenden. Das Reichstarifamt für das deutsche Bankgewerbe hat nun entschieden, daß die ganze Verordnung anzuwenden sei, hat aber dann vollkommen unbegreiflicherweise bestimmt, daß bei den Bankangehörigen keine Einkommensminderung gegenüber ihren Gehältern vom Februar des vergangenen Jahres eintreten dürfe, statt daß es, wie das die Verordnung vorsieht, gesagt hätte, daß im Dezember bezogene Einkommen darf keine Minderung erfahren.

Die Folge dieses Spruches wird, wie uns der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, eine Unzahl von Einzelzeitigkeiten im Bankgewerbe sein, die leicht hätten vermieden werden können.

Arbeitsministerium gegen Einheitsverband

Im Kampfe gegen die ungesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Betriebsräte bei der Reichsbahn durch den deutsch-nationalen Reichsverkehrsmittler Dr. Koch hat der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, wie sich bei den Verhandlungen vor dem Berliner Arbeitsgericht herausstellte, auch das Reichsarbeitsministerium als Gegner. Wertwüchsigkeit war der Vertreter der Hauptverwaltung der Reichsbahn bei den Verhandlungen in der Lage, sich plötzlich auf einen Bescheid des Reichsarbeitsministers zu stützen, in dem gegen die Rechtsauffassung des Einheitsverbandes Stellung genommen wurde.

Seit wann ist es üblich, daß der Reichsarbeitsminister in einen schwebenden Rechtsstreit durch Bescheide oder Gutachten und dazu noch zugreifen einer Partei eingreift? Seit wann stellt sich der Reichsarbeitsminister so offen auf die Seite des Arbeitgebervertrages? Das Vorgehen des Reichsarbeitsministeriums wird aber noch dadurch verschlimmert, daß seine einseitige Stellungnahme nur dem Antraggegner des Hauptbetriebsrats der Reichsbahnerverwaltung zugänglich gemacht wurde. Der Hauptbetriebsrat und sein Prozessvertreter wurden vom Reichsarbeitsministerium über dessen Stellungnahme nicht unterrichtet. Sie wurden im Termin vor dem Arbeitsgericht am 17. Januar von dem „Bescheid“ des Reichsarbeitsministers überrascht. Der Prozessvertreter der Hauptverwaltung zog plötzlich das Schriftbild des Reichsarbeitsministers aus der Tasche, um mit diesem Krampf die Rechtsauffassung des Einheitsverbandes über den Haufen zu werfen.

Das ist zwar nicht gelungen, da die Stellungnahme des Einheitsverbandes gesetzlich gut unterbaut und rechtlich einwandfrei begründet war. Allein das ändert nichts daran, daß hier vom Reichsarbeitsministerium gegenüber dem Einheitsverband ein wenig fairen Spiel getrieben wurde. Es ist ein vollkommen unhaltbarer Zustand, wenn der Reichsarbeitsminister oder irgend eine andere beherrschende Stelle so unverantwortlich einseitig in einem Rechtsstreit Partei ergreift. Gegen das Vorgehen des Reichsarbeitsministeriums muß ganz entschieden Verwahrung eingelegt werden. Im übrigen behält sich der Einheitsverband weitere Schritte vor.

Die unzulässige Verordnung des deutsch-nationalen Reichsverkehrsmittlers, deren Ungesetzlichkeit feststeht, sollte allem Anschein nach mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es ist erntreich, daß der Einheitsverband in diesem ungleichen Kampf, in dem fünf (Hauptverwaltung, Verkehrsminister, die Christen, die Kirche und das Reichsarbeitsministerium) gegen einen standen, trotzdem ein abiegendes Urteil erzielt hat. Das gibt Grund zur Hoffnung, daß der Einheitsverband seinen Kampf ums Recht auch vor dem Reichsarbeitsgericht mit Erfolg bestehen wird.

Der Präsidentenwechsel bei der Preußenkasse läßt darauf schließen, daß die preussische Regierung sich dieser Notwendigkeit endlich bewußt geworden ist. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese Aktion mit der so dringenden Förderung des Sieblungswesens bzw. der Aufstellung des Großgrundbesitzes verbunden würde. Doch sind hierfür die Aussichten angesichts der Machtverhältnisse und der Kapitalknappheit, die z. B. eben durch jene Kreditverschwendung des Großgrundbesitzes entstand, gegenwärtig nicht besonders günstig. Ist doch die Sieblungsfrage neben politischem Machtwillen ein Problem der Aufbringung der hierzu nötigen umfangreichen Kapitalien.

Befreiung vom Landbund.

Die Sanierung des Großgrundbesitzes kann freilich das Problem der landwirtschaftlichen Produktion noch nicht lösen. Die Bayerwirtschaften — das sind 80 Prozent der bewirtschafteten landwirtschaftlichen Bodenfläche — sind zwar im großen ganzen nicht verschuldet, doch sind auch diese weit entfernt von einer intensiven Produktion. Wie die „F. B.“ in ihrem wirtschaftlichen Jahresbericht hervorhebt, „stimmen nüchternen Betrachter und Kenner der deutschen Landwirtschaft überein in der Ueberzeugung, daß der Ertrag je Hektar verdoppelt und verdreifacht werden könnte, wenn die Ertragskräfte der modernen Wissenschaft in bezug auf Bodenbearbeitung, Düngerverwendung und Saatgutzucht von den Berufsberechtigten ernsthafter und eindringlicher dem Verständnis des Ackerbauers nahegebracht und mehr die Anwendung dieser Methoden unterstützt als der Glaube an die allein segnmachende Politik des Zollschutzes der Subventionen und der Steuererleichterung genährt wurde“.

Solange aber die Berufsvertretung des Großgrundbesitzes (Reichslandbund!) vorgibt, auch die Bauernschaft zu vertreten, solange sich die Bauernschaft geduldet vor den Karren des Großgrundbesitzes einspannen läßt, werden aus naheliegenden Gründen und zum großen Schaden der deutschen Volkswirtschaft jene falschen Heilmittel, die die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion nur hindern, weil sie den Landwirt, wie dies bei den Schutzzöllen der Fall ist, vom Zwange zur Rationalisierung befreien, weiter angewendet werden.

Außer der Auflösung der Bauernschaft vom Großgrundbesitz ist freilich auch ein politischer Systemwechsel nötig, damit statt den Großgrundbesitz mit Geiseln zu füttern, die Produktivkräfte der Landwirtschaft gewedit werden.

Gewerkschaftsbewegung

Maiparole der Internationale

Sie lautet Durchführung des Achtstundentagesabkommens und wurde am letzten Tage der Berliner Anknüpfung der Internationale angenommen.

Zur Ausführung der Pariser Beschlüsse lag eine den internationalen Kampf für den Achtstundentag betreffende Entschlüsselung vor. Der Pariser Kongress hat dem I. G. zwei Aufgaben gestellt:

1. Zu untersuchen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Ratifizierung des Washingtoner Achtsstundentagesabkommens zu beschleunigen.
2. Sich mit den angeschlossenen Landeszentralen in Verbindung zu setzen, um zu bewirken, daß mit Beginn des Jahres 1903 alle 2 Jahre eine Untersuchung über die wöchentliche Arbeitszeit durchgeführt und darüber eine Statistik angelegt wird.

Der Antrag einer Landeszentrale hierzu sah eine internationale Demonstration zugunsten der Ratifizierung an einem der letzten Sonntage im Mai vor.

Genosse Sassenbach schlug jedoch vor, in diesem Jahre bei der Feier des 1. Mai in erster Linie

Für die Durchführung des Achtstundentages

und die Vornahme der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in allen Ländern zu demonstrieren. Zugunsten der Erhebung über die Arbeitszeit soll der Vorstand Vorschläge machen, um den Zeitpunkt der Erhebung in den angeschlossenen Ländern festzusetzen.

Zum Schluß der Vorrede der Kommission in Washington, die das Achtstundentags-Übereinkommen aufgestellt hat, betonte die Notwendigkeit seiner endgültigen Inerzierung durch die Regierungen. Die Ratifizierung sei vor allem eine politische Angelegenheit. Deshalb sei es notwendig, daß die gewerkschaftlichen Landeszentralen und die politischen Organisationen in dieser Frage zusammenarbeiten. Der Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit liege in England, das moralisch gebunden ist zu ratifizieren. Daß es dies immer noch nicht getan hat, ist der Reaktion in England zu danken, deren Treiben der Arbeiter an einem Beispiel aus der Textilindustrie beleuchtet. Die Reaktion kämpfte mit Argumenten, die vor dem einfachen gesunden Menschenverstand gerichtlich. In England besteht der Achtstundentag in der Praxis. Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit könne er aber nicht voll ausgenutzt werden.

England sei das große Hindernis

in der Ratifizierungsfrage. Dabei könne England sich die Rati-

Harriet Beecher-Stowe

75 Jahre sind in diesen Wochen seit dem Erscheinen des weltberühmten Romans „Cathedral Tom's Hüte“ vergangen, von dem selbst der amerikanische Präsident Lincoln bewundernd ausrief: „Wie ist es möglich, daß solch kleine, zarte Weibsperson solche ungeheuren Kräfte in Gang setzen konnte!“ Harriet Beecher-Stowe, die Verfasserin, hatte dieses Wunder einzig durch ihre glühende Liebe zu den geknechteten Negersklaven vollbracht, deren Leiden sie aus eigener Anschauung kannte. 1819 hatte ein holländisches Schiff solch eine Negersklavin nach Virginia verkauft und damit den Grundstein zu der ausgedehnten Sklavenhalterei in Amerika gelegt. Tausende und aber Tausende schwarzer Männer und Frauen waren seitdem aus ihrer afrikanischen Heimat verschleppt und in die amerikanischen Baumwollplantagen gesteckt worden. Ihr Schicksal war grauam; Auspeitschungen waren etwas Alltägliches. Die Negersklaven wurden den Eltern weggenommen, wie man den Säugling die Säuber nimmt und verhandelt. Für hübsche junge Mädchen zahlte man den höchsten Preis. Nur wenige Sklavenhalter behandelten ihre Sklaven einigermaßen menschenwürdig. Erst 1808 erfolgte das Verbot der Sklaveneinfuhr. Nur die schon vorher eingeschleppten Negersklaven mußten Sklaven bleiben. Viele flüchteten nach Kanada, um ihren juchhabenden Drangalen, einem der schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus, zu entgehen. 1850 wurde dann ein Gesetz erlassen, das nicht nur die schwarzen Flüchtlinge, sondern auch alle Personen, die einem Sklaven bei der Flucht behilflich waren, mit strengen Strafen bedrohte.

Damals lebte in den Vereinigten Staaten eine kleine, zarte Frau, Harriet Beecher-Stowe. Sie war mit einem lebensfremden Manne, dem Pastor Calvin Ellis Stowe, verheiratet. Sein Amt war äußerst schlecht entlohnt und seine Ehe mit zahlreichen Kindern gesegnet. Oft klopfte die Not an das alte Pfarrhaus zu Bruns- wick. Harriet hatte schon in ihrer Kindheit im Staate Connecticut unvergleichliche Eindrücke des Sklavenlebens erhalten. Sie kannte viele Negersklaven persönlich und hatte einen tiefen Einblick in das ganze Negersklavenproblem getan. Eines Tages erhielt sie einen Brief einer Schwägerin, die ihr schilderte, wie eine junge Sklavin auf der Flucht nach Kanada ergriffen und zu Tode gepeitscht worden war.

Das gab Harriet den Anstoß, ihr Buch zu beginnen. Unter den ungünstigsten Verhältnissen schrieb sie es. Nicht einmal das nötige Schreibpapier stand ihr zur Verfügung, so daß sie die Niederschrift auf allen möglichen Papierstücken machte. Selbst die Zeit zum Schreiben mußte sie sich mühevoll stehlen. Sie hatte

ein künstliches kleines Kind, das sie nächstelang wach hielt. Meist schrieb sie, während sie nebenher die Wiege mit dem Fuße in Gang setzte. Langsam nur schritt das Buch vorwärts. Als Harriet ihren beiden 10 und 12 Jahre alten Söhnen Abendschlafmittel aus ihrer Schilberung vorlas, lauschten die Kinder atemlos, und Tränen glänzten in ihren Augen. In der Tat ist hier die Mutterliche mit dem Herzhafte der Verfasserin geschilbert worden. Die beispielweise die geknechte junge Sklavin, die Negermutter, mit ihrem Kränlein, das man ihr nehmen will, von Eisjähle zu Eisjähle führt, den Tod vor Augen, und sich und ihr Kind mit Aufbietung letzter Kraft über den reißenden Strom rettet, das ist so padend dargestellt, daß es an keinem Leser spurlos vorübergehen kann.

So ist die Wirkung, die „Cathedral Tom's Hüte“ ausübte, nur allzu verständlich. Zuerst erschien die Erzählung als Festschrift in einer Zeitschrift in Washington. Weihnachten 1852 erschien sie dann in Boston in Buchform. Schon in den ersten Tagen nach dem Erscheinen wurden 3000 Exemplare verkauft, und noch ehe ein Jahr verging, waren es schon 300 000 geworden. Nicht Maschinen arbeiteten Tag und Nacht, um die Nachfrage zu befriedigen. Von Amerika kam das Buch bald nach England, wo allein in einer Woche über 1000 Exemplare verkauft wurden. Harriet Beecher-Stowe rechnete es sich als größten Gewinn an, daß ihr Buch den Stein ins Rollen brachte und schließlich den unmittelbaren Anlaß zur Aufhebung der Negersklaverei bot. Das war ihr Lebensziel gewesen, und das hat sie erreicht. Die Schöpferin dieses einen einzigen Wertes starb erst 1896 im Alter von 85 Jahren. Sie hat es noch erlebt, daß ihr Buch in allen Sprachen in Millionen Exemplaren über die ganze Erde verbreitet worden war.

Handlinienwissenschaft

Die Psychologie gewinnt für die Berufsauslese immer größere Bedeutung. Alle möglichen Versuche werden gemacht, um die Eignung eines Menschen für einen bestimmten Beruf festzustellen. Graphologie, Messungen des Kopfes, technische Prüfungen usw. sind die Hilfsmittel, denen sich der Psychologe bedient. Merkwürdigerweise wird auf die Hand bei der Feststellung bestimmter Charaktereigenschaften noch sehr wenig geachtet. Man steht der chiromantischen Wissenschaft noch sehr skeptisch gegenüber. Viele behaupten, daß aus der Hand kaum Wesentliches über den Charakter eines Menschen festgestellt werden kann.

Diese Annahme beruht auf einem Irrtum, der wahrscheinlich aus der Unkenntnis resultiert, daß in der Hand eines Menschen die meisten Nerven, die zum Hirn führen, zusammenlaufen.

Die chiromantische Wissenschaft ist schon ungefähr 2000 v. Chr. bekannt gewesen und zu einer sehr hohen Kunst ausgebildet worden. Jetzt endlich beginnen kleine Kreise, sich dieser Wissenschaft wieder zuzuwenden.

Man behauptet, man könne deswegen aus der Hand nichts feststellen, weil die Handlinien sich durch die Greifbewegungen der Hand herausbilden. Das ist ein Irrtum, denn ganz abgesehen davon, daß viele Linien der Hand niemals durch Greifbewegungen entstehen können, ist es eine Tatsache, daß die Hand eines Arbeiters viel weniger Linien aufweist, als die Hand eines Gelehrten, der doch gewiß keine schwere Körperarbeit leistet.

Die Erklärung für die in der Hand auftretenden Linien finden ihre Begründung in der schon vorher erwähnten Tatsache, daß die Gehirnerben vorwiegend in der Hand zusammenlaufen. Die Hand ist das ausführende Organ unserer Gedanken und so wie sich in einem Gehirn die Gedankenarbeit eines Menschen widerspiegelt, so ist auch die Hand ein Spiegel unserer Gedanken- und Empfindungswelt.

Wenn man die verschiedenen Typen der Menschen betrachtet, so wird man feststellen, daß jeder Typus eine charakteristische Handform besitzt. Infolgedessen ist es selbstverständlich, daß die Unterschiede der Handformen, sei es der Nagel, der Finger oder der Handlinien, auf bestimmte Charaktermerkmale eines Menschen Rückschlüsse zulassen müssen. Durch eingehende lang Beobachtung hat man z. B. festgestellt, daß lange vor Auftreten gewisser Zahnungserscheinungen bestimmte Handlinien verschwinden. Erst geraume Zeit nach dem Verschwinden dieser Handlinien trat dann die Zahnung ein.

Infolgedessen muß die Hand ein beachtenswertes Merkmal der menschlichen Psyche sein, deren Erforschung wir uns mehr und mehr zuwenden. Die einzelnen Erhöhungen der Hand, ihre Vertiefungen und Linien haben ganz bestimmte Bedeutung, die wir ohne weiteres feststellen können, indem wir untersuchen welche Nerven von diesen einzelnen Charaktermerkmalen der Hand zum Hirn führen. Das ist unzweifelhaft, daß man auf Grund der Handlinien ganz bestimmte Voraussetzungen über Berufseignung, Erfolge und Schicksale eines Menschen machen kann.

Gewiß muß zugegeben werden, daß die Forschungen auf dem Gebiet der Chiromantie noch nicht abgeschlossen sind; aber über die neulte Wissenschaft zu lächeln, liegt keine Ursache vor. Im Gegenteil darf man wohl behaupten, daß die Chiromantie eine der bedeutendsten Ausgrabungen unserer Zeit ist. Die Chiromantie wird für den Psychiater und Berufsberater in absehbarer Zeit eine ausschlaggebende Rolle spielen.

aufgeschüttet. Niedrige Schleusen von über 300 Meter Länge und mehr als 80 Meter Breite haben die Schiffe auf die Höhe des Gatun-Sees, der 26 Meter über dem Meeresspiegel liegt.

Ein andres künstliches Wasserbeden wurde im Miraflores-See geschaffen. Bevor die Schiffe ihn erreichen, müssen sie bei Pedro Miguel wiederum eine riesige Schleusenanlage passieren. Ein Kraftwerk am Gatun-Damm liefert die elektrische Energie für die Bedienung der Schleusen, die Beleuchtung des Kanals und alle übrigen Bedürfnisse. Man begegnet oft der Vorstellung, als ob das Wasser des Stilles und des Atlantischen Ozeans den Panama-Kanal ausfülle. In Wirklichkeit wird der Kanal von dem ewig fließenden Chagres-Flusse gespeist, der den Wasserspiegel des Gatun-Sees nicht sinken läßt und die Turbinen zur Erzeugung des Licht- und Kraftstroms treibt.

Die Amerikaner haben das Werk des Panamakanals mit ungeheurer Energie vollendet. Es ist oft erklärt worden, daß hier nicht der Techniker, sondern der Mediziner gefiegt habe. Inzwischen hat sich der Panama-Kanal als ein so gutes Geschäft erwiesen, daß die Zinsen für die Baukosten durch die Einnahmen reichlich aufgewogen werden. Darüber hinaus aber betrachten die Vereinigten Staaten den Kanal als ein wichtiges Mittel zur nationalen Verteidigung. Seine wesentlichste Bedeutung liegt jedoch darin, daß die Entfernung für Seeschiffe von New York nach der Westküste Amerikas um fast 13 000 Kilometer verkürzt worden ist. Daraus ergibt sich auch die Wichtigkeit des gewaltigen Bauwerks und die Fähigkeit, mit der die Amerikaner ihre wirtschaftspolitischen Pläne in Mittelamerika verfolgen.

Die Zahl der Schiffe, die den Kanal passieren, steigert sich von Jahr zu Jahr. Man rechnet schon jetzt damit, daß er in 10 Jahren seine volle Leistungsfähigkeit erreicht hat (täglich können nur eine ganz bestimmte Anzahl von Schiffen den Kanal passieren). Man beschäftigt sich darum schon jetzt eingehend mit dem Bau eines zweiten Kanals. Das günstigste Gelände dazu liegt im Staate Nicaragua. Aus diesem Grunde verjucht Nordamerika, Nicaragua unter seinen politischen Einfluß zu bringen.

Durch Gas in den Tod.

In der Brandenburger Straße in Berlin wurden die 40jährige Köchin Hedwig Walte, die dort in Stellung war und ihre 18jährige Tochter Erna mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Wie die polizeilichen Nachforschungen ergaben, sind die beiden Frauen gemeinsam freiwillig aus dem Leben geschieden. Mutter und Tochter haben Briefe hinterlassen, aus denen hervorgeht, daß sie beide nicht mehr am Leben bleiben wollten, weil sie Liebeskummer hatten.

Eine zweite tödliche Gasvergiftung wurde am Sonntag früh in der Kaiserin-Augusta-Allee gemeldet. Dort fand man den 67 Jahre alten Chauffeur Brinkmeier und seine 60 Jahre alte Frau Anna bewußtlos auf. Die Feuerwehr stellte Wiederbelebungsversuche an, die jedoch nur bei dem Mann Erfolg hatten. Die Frau starb, während sich der Arzt um sie bemühte. Das Ehepaar hatte wegen einer schweren Erkrankung der Frau freiwillig den Tod gesucht. Der Mann wurde in hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein weiterer Freitod durch Gasvergiftung ereignete sich in der Friedrichsstraße. Dort drehte die 37 Jahre alte Frau Anna Bogdanowitsch in der Küche die Gasähne auf, nachdem sie die Tür abgeschlossen hatte. Erst am Sonntag wurde die Frau tot aufgefunden. Auch sie hatte aus Liebesgram den Tod gesucht.

Brennende Autohalle.

In der Nacht zum Sonnabend entstand auf dem Grundstück Köpenicker Straße in Berlin in einem Garagengebäude eines Autohändlerunternehmers ein Großfeuer. Als mehrere Züge der Feuerwehr an der Brandstelle eintrafen, ereignete sich eine heftige, von einer starken Detonation begleitete Benzinexplosion, die große Teile des Mauerwerks der Umfassungswände herauslöscherte und das Dach der Garage aushub. Das Gebäude wurde fast völlig zerstört; sieben Lieferautos sind verbrannt. Die Löscharbeiten waren für die Feuerwehrleute mit großer Gefahr verbunden, da während ihrer Tätigkeit immer wieder kleinere Benzinexplosionen erfolgten. Erst in der vierten Morgenstunde konnte das Feuer gebannt werden.

In Lancashire (England) vernichtete ein Großfeuer die Anlagen einer Spinnerei. 21 000 Spindeln wurden zerstört; 300 Arbeiter sind durch das Unglück brotlos geworden; der Materialschaden wird auf 100 000 Pfund beziffert.

Ein unheimlicher Einbrecher.

Ein unheimlicher Einbrecher treibt gegenwärtig in Berlin sein Wesen. Er bricht in Wohnungen ein, geht ungeführt durch die Zimmer, flieht aber nicht. Einer Arbeiterfamilie in der Fünfkünder Straße stahlte er des Nachts einen Besuch ab, nachdem er die Schlüßel aus dem Schloße gestohlen und die Sicherheitskette durchgeknippen hatte. Die Leute stellten erst am nächsten Morgen fest, daß ein geheimnisvoller Besucher durch die ganze Wohnung gegangen war, ohne etwas mitzunehmen. Einer Witwe hatte der seltsame Gast bei seinem nächtlichen Besuch eine Sicherung aus der elektrischen Leitung herausgedreht, ohne auch hier etwas zu fohlen. Er entwichte gerade in dem Augenblick, als die Wohnungsinhaberin erwachte.

Nichts bewiesen.

Der Warschauer Korruptionsprozeß gegen den ehemaligen Leiter der Warschauer Kriminalpolizei, Kurnatowski, und vier andre ehemalige Kriminalbeamte, denen zur Last gelegt wurde, sie hätten mit den Verbrechen gemeinsame Sache gemacht, hat wegen „Mangels an Beweisen“ zur Freisprechung der Angeklagten geführt. Die Enthüllungen waren von dem „Jüdischen Blatt „Glos Prawdy“ gemacht worden. Die Anwälte der Angeklagten betonten in ihren Verteidigungsreden die Unglaublichkeit der Zeugnisse, die zum größten Teile Berufsverbrecher waren.

Bergmannstod.

Auf der Zeche Bismarck III bis V in Bochum wurden mehrere Bergleute auf der vierten Sohle im Revier 10 durch herabstürzende Massen aus dem Hangenden verschüttet; zwei von ihnen wurden getötet, einer schwer verletzt. Es handelt sich um Leute im Alter von über 50 Jahren. Auf der vierten Sohle im

Entführen Zigeuner Kinder?

Ein alter Aberglaube

Der Fall der in Berlin verschundenen Wit Reinfeldt hat eine Maßnahme der Berliner Kriminalpolizei veranlaßt, wie sie in der Kriminalgeschichte bisher kaum vorgekommen sein dürfte. Es wurden von Berlin aus sämtliche Polizeibehörden in ganz Deutschland aufgeboten, bei etwa durchziehenden Zigeunern nach der kleinen Reinfeldt zu suchen. Den Anlaß zu dieser Maßnahme gaben mehrere an die Berliner Polizei gelangte Mitteilungen, wonach die Betreffenden gesehen haben wollten, wie Zigeuner ein kleines Mädchen, das sich heftig sträubte, mit Gewalt in ihren Wagen geschleppt hätten. Die Polizei weiß genau, was sie von solchen meist einer überhöhten Phantasie entspringenden Angaben zu halten hat. Solange aber in einem solchen Falle die Unmöglichkeit des Mitgeteilten nicht erwiesen ist, besteht für die Kriminalpolizei die Verpflichtung, der Sache nachzugehen, wenn sie auch noch so unwahrscheinlich ist. Und da Zigeuner vielfach von Ort zu Ort ziehen, ergab sich die Notwendigkeit, den Kreis der Jagd so weit wie möglich zu ziehen.

Sie haben mehr Kinder als Ihnen lieb ist.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird zu der Angelegenheit der Kindesentführung von einem erfahrenen Kriminalkommissar berichtet, daß kein einziger beglaubigter Fall von Kindesentführung durch Zigeuner bekannt sei. Der Kriminalkommissar fügt hinzu: „Das ist ja auch sehr erklärlich. Was sollen denn die Zigeuner mit einem entführten fremden Kind anfangen? Sie haben ja durchweg selber mehr Kinder als ihnen lieb ist. Daß sie irgendwo eins von ihren meist einer überhöhten Phantasie entspringenden Angaben zu halten hat. Solange aber in einem solchen Falle die Unmöglichkeit des Mitgeteilten nicht erwiesen ist, besteht für die Kriminalpolizei die Verpflichtung, der Sache nachzugehen, wenn sie auch noch so unwahrscheinlich ist. Und da Zigeuner vielfach von Ort zu Ort ziehen, ergab sich die Notwendigkeit, den Kreis der Jagd so weit wie möglich zu ziehen.“

Ein Ueberrest mittelalterlicher Anschauung.

Das Märchen von den Kindesentführungen durch Zigeuner ist offenbar noch ein Ueberrest mittelalterlicher Anschauungen und entspringt der in jenen Zeiten verbreiteten Meinung, daß die Zi-

geuner einfach alle Räuber und Verbrecher seien. In den noch erhaltenen Berichten über den großen Prozeß gegen den Räuberhauptmann Hannibal, der das sächsische Schwaben unsicher machte, werden die Mitglieder seiner Bande einfach Zigeuner und Gauner genannt. Es ist sogar wahrscheinlich, daß das Wort Gauner „Zigeuner“ (Zigauener) stammt. In dieser Auffassung trug sicher ihre Sprache bei, die vielfach mit dem sogenannten Motwelsch, der Sprache der Strolche und heruntergekommenen Wanderburschen, vermischt wurde. Über zigeunerische Wörter wie masse (Fleisch), manor (Brot), vone (Wein), barloras (Stadt), lachira tut (Gute Nacht) kommen im Motwelsch nicht vor. Das wußte man damals nicht zu unterscheiden, daß beides unverständlich war, genügte, um die Träger dieser unverständlichen Idiome allesamt in einen Topf zu werfen. Man wußte nicht, woher die Zigeuner stammten, das Geheimnis umfleubete sie, und sie selbst trugen durch ihre Wahrsagereien und den Hofspokus, den sie vielfach machten, zur Verbreitung der allgemeinen Anschauung bei.

Das tun sie auch heute noch, obwohl sie sich den Sitten der Länder, in denen sie sich aufhalten, immer mehr angepaßt haben.

Weserne Zigeuner.

In Berlin und andern Städten Deutschlands gibt es zahlreiche Stellen, an denen Zigeuner ihr Heim aufgeschlagen haben, das Wort „Heim“ allerdings mit einer gewissen Einschränkung verstanden. Denn wenn ihnen die Lebensumstände den Aufenthalt irgendwo unerträglich erscheinen, so scheeren sie einfach ihre Herde an und verlegen ihre „Heimat“ anderswohin. Im übrigen kann man aber wenigstens die jüngern Männer unter ihnen vielfach in modernen Straßenanzügen, mit Lackschuhen und bunten Strümpfen sehen, der eine mit der Geige in der Hand, der andre die Harfe auf dem Rücken, wenn sie ausziehen, um irgendwo ihr musikalisches Talent leuchten zu lassen.

Junge Damen verlassen mit Aktenstücken in der Hand morgens um 8 Uhr ihren Wohnwagen und sitzen dann wahrscheinlich irgendwo auf dem Konfodock. Von gewöhnlichen Mitteleuropäerinnen unterscheidet sie nur das rabenschwarze Haar und die dunkeln Blutaugen.

Die Kinder allerdings sind von einer rührenden Schmutzigkeit, und wie es im Wagen aussieht, besonders nachts, mag die Phantasie sich ausmalen. Die Romantiker der Kindesentführungen aber gibt es wohl nur in den Köpfen der Dichter, weil sie, wie „Troubadour“ und „Hegjofa“ zeigen, sich so schön zur Herbeiführung geheimnisvoller Verwicklungen eignen.

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden

Dienstag, 24. Januar. 15.30: Stunde mit Bäckern. ● 16: Geh. Finanzrat Dr. E. Kroll: „Die Ziehungen von Auslosungsrechten der Anleihe-Ablösungsschuld.“ ● 16.30: Seltsame Geschichten. Andrejew: Origineller Mensch. — Andersen: Die Springprobe. — Danach: Langmuß. ● 18.30: Einführung zu dem Sendespiel am 25. Januar. ● 19: Theodor Kappeler: Wäde in die Welt der Wädel. ● 19.25: Th. Kappeler: Die internationale Gewerkschaftsbewegung. ● 20: Hamburger Sendespiele: „Alpenföng und Menschenföng“, ein Spiel von Menschen und Geistern nach Ferd. Raimund. Musik von S. Erdlen. Berl.: „Miralaga, der Alpenföng.“ Alpenföng: Varnus, Alpanor, Kappelkopf, ein reicher Gutsbesitzer. Sophie, seine Frau. Anneliese, seine Tochter. Fritz, ein junger Maler. Lieschen, Annelieses Kammermädchen. Bei Kappelkopf: Sabat, Bedienter; Sebastian, Kutscher; Sabine, Köchin. Christian Glühmann, ein Kohlenbrenner. Martha, sein Sohn. Ihre Kinder: Salchen, Hanschen, Gretchen, Franz, ein Holzhäcker, Goldens Bräutigam. Gestalt, Kappelkopfs verstorbene Weiber: Viktorias, Walburgas, Emerentias. Alpenföng, Genies, Diener in Kappelkopfs Hause. Die Handlung spielt auf Kappelkopfs Landgut und in den Alpen. — Anst.: Tagesnachrichten.

Berlin — Königsbrunn — Stettin

Dienstag, 24. Januar. 15: Aus neuen Bäckern. ● 16.30: Unterhaltungsmusik. Leipz. Funföng. Mendelssohn: Hebriden-Dup. — Hjalmarsson: Mozartina. — Sonden: Norwegische Rhapsodie in A-Dur. — Niemann: Alt-China-Suite. ● 18.05: Frauenklub. ● 19: A. Kräger: Die sächsischen Jugendverbände und ihre Zusammenarbeit im Landesauschuh Sachsen. ● 19.30: Reg.-Rat Dr. Kappeler: Die Betriebsrätefragen. ● 20.15: Das Lied der Völler: Borendens-Halbminut. Mitw.: Irma Weidel (Gesang), Georgo Cartofilar (Mandoline), Th. Blumer (Klavier), K. Arnold (Fiedeln (Erläuterungen). Spanische, portugiesische, Katalanische, baskische Volkslieder. ● 21.15: Volkstänze. Dresd. Funföng. ● 22.15: Belle und Sportklub. ● 22.30: Tanzlehrerklub: Defa. ● 22.45: Unterhaltungsmusik und Tanzmusik. Deutsche Welle. Dienstag, 24. Jan. 12: Französisch für Schüler. ● 14.30: Dr. Oeler: Kinder und Tiere: Von Salamandern u. Terrarien. ● 15.35: Wetter und Berge. ● 16: Ob.-Reg.-Rat Dr. Gabel: Fragen der Berufswahl. ● 16.30: Dr. Lange: Phantastische und groteske Dichtung. ● 17: Nachmittagskonzert Leipzig. ● 18: Grundlagen des techn. Zeichnens und Werkmeister. ● 18.30: Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. ● 19.20: P. du Bois-Reymond: Ostpreußen. ● 20: Hamburg: Sendespiele. „Alpenföng und Menschenföng“, romantisch-folklorisches Märchen in drei Akten. ● 22: Berlin: Pressenachrichten. Stettin. Dienstag, 24. Januar. 18: Dr. A. Husnus: Die Technik des Rundfunkempfangs (Hörerbereich-Verstärker).

Hamburg — Hannover — Bremen

Dienstag, 24. Januar. 16.15: Für Bremen: Eine Szene im Bremer Rathaus, aus dem „Roman eines Danbarzies“ von F. Thebering. ● 16.15: Für Hannover und Hamburg: Musik fürs deutsche Haus. ● 16.15: Für Kiel: Klaffische Walzer. ● 17: Für Hamburg: Dr. Gerdes: Der moderne Naturalismus. Gerhart Hauptmann und die anderen. ● 17: Für Bremen: A. Bräggemann: Kloster Scharnebeck. ● 17: Für Hannover: Fritz Behr: Die vegetarische Lebensweise. ● 17: Für Kiel: Prof. Beigel: Erdgeschichtliche Heimatforschung in Schleswig-Holstein. ● 17.20: Hamburg (alle Norderländer) Steuerföng. ● 17.35: Hamburg (alle Norderländer): Th. Carlberg: Berufsberatung im Bau- und Holzgewerbe. ● 18: Hamburg (alle Norderländer): Maria Arab: Die Ehefrau im Beruf. ● 19.25: Kiel (alle Norderländer): Fr. Peters: Die ländlich-hauswirtschaftliche Berufsbildung. ● 20: Hamburg (alle Norderländer): ● 20: Hamburg (alle Norderländer): Alpenföng und Menschenföng. Ein Spiel von Menschen und Geistern nach Ferd. Raimund. Musik von Erdlen. — Anst.: Nachrichten und Konzert. ● 23.30: Langm.

Die kommenden Tage:

Reste
zu vielen Tausenden
angesammelt
aus allen
Abteilungen!

Spott-
billiger
Verkauf

teils bis zu
1/2
des
bisherigen
Wertes!

Auf Extra-Tischen ausgelegt

Aus unserer Engros-Abteilung!

Unsere Reisekollektionen!

Viele einzelne Musterstücke in

Handtüchern
Wischtüchern
Taschentüchern
Tischtüchern
Servietten
Kaffeedecken
Paradekissen
Bettedecken usw.
Damen-Taghemden
Damen-Nachthemden
Hemdosen
Damen-Beinkleidern
Prinzebröcken
Untertailen
Kinder-Wäsche
Schürzen usw. usw.

ca. 33 1/3% unter Preis

Ein
Fabrikposten
Schlafdecken

weiß u. weiß m Kante
mit kl. Webfehlern

3 Preis-Serien
Serie I . **2.25**
Serie II . **2.95**
Serie III . **3.75**

Webwaren-
Groß- und Einzel-Verkauf



Magdeburg, Karlstraße 1,
gegenüber Gr. Münzstraße

DEULIG Kammer-

PALAST

Die führende Filmbühne!
Wir zeigen Immer vom Besten das Beste
Dienstag 4 Uhr:

Große Jannings-Premiere
Ein gewaltiges und unvergleichliches Filmerebnis

EMIL JANNINGS
in
DER WEG ALLEN FLEISCHES
REGIE: VICTOR FLEMING



Emil Jannings als Familienvater

Manuskript:
Ludwig Biro und Hans Furthmann

Jannings

der mit seinem letzten berühmten Filmwerk

Faust

in Magdeburg in unserem Theater einen so unerhörten Erfolg erzielt, hat wieder ein neues Meisterwerk geschaffen, von dessen Größe und erschütternder Tragik die Tränen

aller Völker der Welt
beredetes Zeugnis ablegen.

Magdeburg wird wieder in unserem Theater ein wirkliches Filmereignis haben.

Auserlesener bunter Teil!
Keine erhöhten Eintrittspreise!

Lichtspiele

Magdeburgs größte Filmbühne
zeigt ab Dienstag nachmittag 4 Uhr
Deutschlands größtes und bestes Lustspiel

Harry Liedtke

in



Wochenendzauber

Ich hab mein Herz beim Wochenend verloren...

Ein Film voll sonnigen Humors und ausgelassenster Fröhlichkeit.

Wochenlang die Sensation des Berliner
Primus-Palastes.

Hauptrollen:

Harry Liedtke, Maria Paudler
Fritz Kampers, Marg. Kupfer, Herm. Picha

Wer alle Sorgen und Kümernisse für einige Stunden wirklich mal vergessen will, der lege sich diesen Film an. Selten sah man einen Film, der so voll von erfrühender Komik ist wie dieser, selten war Liederle so echt menschlich und sympathisch. Es ist sein bestes und lustigstes Werk.

Entzückender bunter lustiger Teil
Kulturschau — Wochenchau

Zentral-Theater

DIREKTION: WALTER STERNBERG

Täglich 8 Uhr:

Sensations-Gastspiel

der
großen Ausstattungs-Revue
im

Flug um die Welt

60 Mitwirkende!

26 Bühnenbilder! 300 Prachtkostüme!

Stadttheater

Dienstag, 24. Jan.
19.30 — 9. Abd.

Mit Chocolate

Lustspieloperette
von Grün.

Wittwoch, 25. Jan.
19.30 — 9. Abd.

Der Troubadour

Sonntag, 29. Januar
Huber Anrede

Gastspiel

Maria Olszewska,
Wien, in

Der Rosenkavalier

Wilhelm-Theater

Off. Vorstellung
7. u. 8. Abd. (u. 8.35-2.8)

Sonntag, 28. J. 2011.

Wibbels

Unternehmung

Komödie von
G. Müller-Schiffer

Sonnt. 29. Jan. 2. u.

Spiel im Schloss

Aufgabe
von Fr. Molnar.

Dienstag, 24. Jan.,
9. Uhr

Vorstellung für den
Bühnenball 1855 (3)

Hans Sonnensüßers
Höllentahrt

Zug Riesenerfolgs
nur bis inkl. Donnerstag!



Der alte Fritz

2. Teil:

Ausflug

(Haupt- und Schlussteil)

Titelrolle: Otto Gebühr

Jugendliche haben Zutritt!

Beginn der Vorstellungen:

1/2 5 1/2 7 1/2 9



Das Theater der internat. Großfilme

Bock-Biere

Salvator

sowie alle Arten
Biere in Siphons u.
Flasch. Ref. fr. Haus

Bliverlag

Schmidtchen

Gustav-Adolf-Str. 24
Fernsprecher 2502

STADT LOBURG

Heute Dienstag sowie jeden Mittwoch und Donnerstag
nachm. 4 Uhr: Kaffee-Konzert mit Gustav Kluck.

1. Der treue Diener
Ein Bild aus dem Leben

2. Der falsche Prinz

Uzomische Burleske, beides von Gustav Kluck.

Wittwoch neues Programm!

Jeden Mittwoch, abds 8 Uhr: Gr. Gesellschaftsball

Werder-Schlösschen

heute sowie jeden Dienstag 8 Uhr

Großer Gesellschaftsball

Wem großer Saal einige Sonn-
abende noch frei.

Ich schneidere selbst

aber nur nach den bekannten und
weitverbreiteten Robersons

Frauenwelt

Deutsche Robersons

Robersons Praktische

Damen- und Kindermode

Robersons

Deutscher Mode für alle

Mode und Waagen

Maße, Waagen u. Handarbeit

Maße, Waagen u. Handarbeit

Maße, Waagen u. Handarbeit

Bestellen Sie noch heute bei Ihrer
Fertigkäuferin oder direkt in der

Handlung Selbststimmme

Magdeburg, Große Mühlstraße 2.

Gegen rote Hände

und uneheliche Hautfarbe verwendet man am besten die köstlich-weiße,
sehr feine Creme Leodor, welche den Händen und dem Gesicht
jene milde Weiße verleiht, die der vornehmen Dame eigenartig ist.
Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unfehlbare Haut-
creme wunderbar kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und
gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhallige
Duft dieser Creme gleicht einem köstlich gewürzten Frühlingstrank
von Weiden, Rosenblüthen und Zitrus, ohne jenen berückelnden
Kokosgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der
Tabe 60 Pf. und 1 Mk. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu
haben. — Bei direkter Einzahlung dieses Anrates als Drucksache
mit genauer und deutlich gezeichnete Abdruckadresse auf dem Um-
schlag erhalten Sie eine kleine Probeabgabe kostenlos überhandt
durch Leo-Werte L.G., Dresden-N. 6

Rochbücher

für den
einfachen Haushalt
von 2,00 Mark
Schmidt, Selbststimmme

Rossum-Berein

Unser

Manufakturwaren-Lager

Jakobstraße Nr. 42

ist wegen

Lager-Aufnahmen

am

Dienstag geschlossen

Damen-Hüte!

WIEDER-ERÖFFNUNG!

Damen-Hüte!

Nach kurzer Unterbrechung eröffne ich mit dem heutigen Tage wieder ein
Spezial-Putzgeschäft, Alte Ulrichstraße Nr. 11

Alle meine früheren verehrten Kunden, die mir stets mit großem Vertrauen
zur Seite standen, und alle anderen Kreise werden herzlichst gebeten, meine
gediegene Ausstellung zu besichtigen. Ganz besonders erlaube ich mir, auf
die neuen Frühjahrs-Modelle hinzuweisen. — Bitte kommen Sie, ich möchte
gern Ihre Wünsche erfüllen

EMMAGÖTZE, SPEZIAL-PUTZGESCHAFT
Gegründet im Jahre 1880

Magdeburger Angelegenheiten

Der Pfennig

Ich kam auf dem Wege durch die Stadt in eine weniger belebte Gasse und hörte schon, als ich um die Ecke bog, das mörderische Gebrüll eines kleinen Knaben. Ich sah, daß er eine zur Hälfte mit irgendeiner Flüssigkeit gefüllte Seltersflasche in der einen Hand hielt. Mit der andern wischte er sich von Zeit zu Zeit über Gesicht und Nase, während seine Augen am Erdboden suchten. Da in seiner Nähe zwei Frauen standen, die offenbar nichts anderes zu tun hatten, als den verzweifelten Knaben wie ein Schauspiel zu betrachten, trat ich näher und fragte:

„Was fehlt dem Jungen denn?“

Die eine der Frauen, die offenbar an einem Bonbon lutschte, antwortete, ohne eigentlich von mir Notiz zu nehmen: „Er hat einen Pfennig verloren.“

„Einen Pfennig?“

„Ja“, bestätigte erklärend die zweite, „und da wird er wohl von seinem Vater den Hintersten ordentlich voll kriegen. Der spaßt nicht.“

„Hast Du einen Pfennig verloren?“ fragte ich den Jungen. Er brüllte zur Antwort: „Ja-hahaha“, als gäbe es kein größeres Problem auf Erden, als einen Pfennig zu beschaffen.

„Und was hast Du dort in der Flasche?“

„Schnaps!“

Mir stand der Verstand still.

Ich fiel der Schleiher ab, den die Menschheit des 20. Jahrhunderts sich täglich vor das moralisch-zerfressene Antlitz nimmt. Hier waren drei Menschen. Ein Vater, der seinen Jungen braun und blau schlagen würde, weil er einen Pfennig verloren hatte, von den vielleicht 30, die er ihm zwecks eignen Genusses anvertraut hatte, und zwei Frauen, die Bonbons lutschend diese Tatsache als eine kleine Abwechslung in der Eintönigkeit ihres Gemütslebens hinnahmen. Der Schleiher Kultur lag am Boden im Dreck und ekle Vögel der Menschheit grinsten mich an.

Ich gab dem Jungen ein Fünfpfennigstück. Hochehre, gottlob ohne sich zu bedanken, stürmte er davon.

Ich hatte ihm also geholfen. Ich. Aus Großmut? Aus Mitleid? Hatte ich ihm nicht fünfmal jodelnd geschenkt, als nötig gewesen wäre?

Weder aus Mitleid noch aus Großmut hatte ich dem Kleinen Jungen die lächerliche, selbst für einen Bettler lächerliche Summe gegeben, sondern lediglich aus — Nervenschwäche. Meine schwachen Nerven ertrugen einfach die Vorstellung nicht, daß das vor mir weinende Kind in den nächsten 5 Minuten mißhandelt werden könnte.

In der einen der beiden Frauen regte sich beim Anblick meiner Fünfpfennigspende eine von der Kultur erzwungene Scham. Sie ist also vorhanden, die Kultur, und wirkt tatsächlich. Die Frau sagte nämlich:

„Ja — wenn man's übrig hat...“

Hatte ich's „übrig“? Ich kenne einen alten Jubaliden — einen eigentlich nur noch halben Menschen, der mit seiner betagten Frau von einer Monatsrente von 35 Mark existiert und immer ein paar Bonbons in der Tasche hat, um sie dem nächsten Kinde, das ihm in den Weg läuft, zu schenken. Dieser Mann trägt in seinem alten häßlichen Gesicht die Schönheit der wahren Kultur.

Solange aber Erlebnisse wie dies keine mit dem von einem verlorbenen Pfennig heulenden Jungen noch möglich sind, ist die Welt weit von Kultur entfernt. Solange sind alle die großen Worte von den Erzeugnissen der menschlichen Kultur eine hohle Grimasse.

Die Jahreszahl 1928 ist eine vierstellige Zahl. Wieviel Stellen wird die Jahreszahl haben, in der die Menschheit die Kultur als Tatsache im Antlitz trägt und nicht als fadenförmigen Schleiher? —

Zur Wasserversorgung Magdeburgs

Der frühere bürgerliche Stadtverordnete Mag. Görnemann, der bekannt ist als Verantwortlicher einer gründsätzlichen Klärung der Magdeburger Wasserversorgung, schreibt uns:

Unser Trinkwasser ist schlecht. An eine Verbesserung bei direkter Entnahme aus der Elbe ist nicht zu denken, da die Verseuchung des Flusswassers immer mehr zunehmen wird und zunehmen muß. Eine reine Trinkwasserleitung zu bauen, verbietet sich wegen der großen Gefahr der Verwässerung und der ungeheuren Kosten von selbst. Als letztem Überlebenden der feineren Zeit von der Stadt nach Frankreich entsandten Wasser-Studien-Kommission sei es mir gestattet, meinerseits einen Vorschlag zu machen.

Bisher sind vorzuschlagen:

1. Uebergang zur Grundwasser-Versorgung (Verfuge: Piener Bruch, Neuhaldensleben, Pöhlinger Heide usw.), Kosten 20 bis 30 Millionen Mark bei zwei Stahlfrohrlösungen, Erwerb von Gelände, Entschädigung für Grundwasser-Entziehung usw., Erbauung eines Enteisungswerkes usw., was einer Belastung unferer Staats von jährlich 3 Millionen Mark entspricht. (Die Belastung des Staats durch die Stadthalle beträgt jährlich 300 000 Mark, also nur den zehnten Teil.)

2. Versorgung Magdeburgs durch Garzatal-Perren. Kosten mindestens 30 Millionen. Da nun aber diese Talperren auch der Versorgung des Mittellandkanals dienen sollen, so erscheint es mir zweifelhaft, ob in trocknen Sommern diese Sperren für beide Zwecke genügend Wasser abgeben können. Ich denke dabei an die Jahre 1904, 1911 und 1921, wo im Oberelb bei dem Torfhaus kein Tropfen Wasser stand. (Der Schreiber unterliegt hier wohl einem Irrtum. Der Mittellandkanal soll durch die kanalisierteste Weser gespeist werden. Von den Garzatalperren ist man abgekommen. Die Red.)

3. Reinigung des Elbwassers auf chemischem Wege, wie kürzlich vorgeschlagen wurde, nach einem patentierten System. Da ich dieses Verfahren nicht kenne, fehlt mir jedes Urteil, auch über den Kostenpunkt. (Für uns bedeutete das nur eine Teillösung ohne ein endgültiges Ergebnis. Die Red.)

Nun mein Vorschlag: Früher wurde das Wasser klärfähig direkt aus dem Flusse gepumpt, seit Verlegung der Schöpfstelle geschieht dies auf dem rechten Ufer, weil hier das Wasser reiner ist. Warum nimmt man aber das schmutzige, stark verunreinigte Oberflächenwasser, während doch die Natur uns einen herrlichen natürlichen Filter im Untergrund der Elbe zur Verfügung stellt? Ich habe feinerzeit ohne behördliche Erlaubnis (ein Stadtverordneter nimmt sich immer viel heraus) in unmittelbarer Nähe der heutigen Schöpfstelle, etwa 20 Meter landeinwärts einen Brunnen für eigne Kosten bohren und hierbei durch einwandfreie Untersuchungen feststellen lassen, daß das Wasser recht gut, nur etwas eisenhaltig war.

Gebt dem Volke Land!

Jahresversammlung des Kleingärtner-Verbandes

Die Delegierten der dem Verband der Kleingärtner Magdeburgs angeschlossenen Gartenvereine trafen am Sonntag nachmittag im „Klosterberggarten“ zu ihrer 7. Jahreshauptversammlung zusammen. Der „Klosterberggarten“ ist für die Kleingartenbewegung eine historische Stätte; in ihm wurde 1921 der Verband gegründet. Es war nicht leicht, die vielen Gartenvereine unter einen Hut zu bringen. Die in den 7 Jahren geleistete Arbeit hat aber den Zusammenschluß reichlich belohnt. Die Kleingärtner sind meistens Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte. „Kleine Leute“ sind es, die im Zeitalter der Nationalisierung und Rechtsfertigung ihrer Liebe zur Natur behalten haben und ihr in der Pflege eines Gartens sichtbaren und befriedigenden Ausdruck geben. Mit Grün und in den Magdeburger und Reichsfarben war der Tagungsraum geschmückt. Die Fahnen sind als Bekenntnisse der Kleingärtner für die Stadt Magdeburg und vor allem für das neue republikanische Deutschland zu werten.

Die Tagung wurde vom 1. Vorsitzenden Obst mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Als einziger Behördenvertreter war Stadtrat Genosse Dr. Heuer anwesend. Seine Anwesenheit wird als günstiges Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Kleingärtner angesehen. Der Vertreter des Regierungsbezirksverbandes Magdeburg der Kleingartenvereine, Brand, bezeichnete den Magdeburger Verein als Vorbildlich in jeglicher Hinsicht.

Aus der Arbeit des Jahres 1927.

Den Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, gab Obst. Wir entnehmen ihm folgendes: Der Verband hat im Jahre 1927 recht oft bewiesen, daß er die wahre Interessentenvertretung der Kleingärtner ist. Freud und Leid trafen die Kleingärtner. Leid betraf die Kleingärtner, die ihren sorgsam betreuten Gärten für Baugelände räumen mußten. Sie wurden ein Opfer des größten Übels unserer Zeit, der Wohnungsnot. Der Verein hat immer und immer wieder — zuletzt am 12. Dezember 1927 — in aller Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß durch die Räumungen die Kleingartenbewegung in Gefahr ist, erlischt zu werden. Die Bewegung ist aber von größter Bedeutung für die Gesundheit des arbeitenden Volkes. Die Magdeburger Stadtverwaltung ist an der Kleingartenbewegung stark interessiert; sie sieht darin ein wirksames Mittel, die werksfähige Bevölkerung gesund und wirtschaftlich leistungsfähig zu erhalten. Der Verein wird immerfort auf Erfüllung des Reiches jedes Deutschen auf

Schaffung von Dauerkolonien und Heimstätten für die Kleingärtner.

Auf die Ausgestaltung der Gärten wurde im Vorjahr große Mühe und Arbeit verwandt. Auf Antrag des Kleingartenvereins gab der Magistrat 1000 Mark zur Prämierung von wirtschaftlich und schönheitlich am besten ausgestatteten Gärten. Es erhielten 9 Kleingärtner einen 1. Preis im Werte von 30 Mark, 56 einen 2. Preis im Werte von 12 Mark und 117 einen 3. Preis im Werte von 5 Mark.

Die Ortsorganisation Magdeburg kann auch im Vorjahr eine Mitgliederzunahme verbuchen. Am Ende des Jahres 1926 waren dem Verband 82 Vereine mit 6144 Mitgliedern, am Ende des Jahres 1927 waren es 91 Vereine mit 6167 Mitgliedern. Eine ruhige Weiterentwicklung des Verbandes ist gesichert. Die Zusammenarbeit mit dem Regierungsbezirksverband Magdeburg des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands war gut. Organisatorisch und finanziell hat die Magdeburger Ortsgruppe dem Verband weitestgehende Unterstützung gegeben. Sie hat es getan, um

die Zentralorganisation schlagkräftig zu erhalten.

Zur Belehrung über nutzbringende Gartenbewirtschaftung und Kleintierzucht diente die Zeitschrift des Regierungsbezirksverbandes „Mein Kleingarten“ und wurden außerdem eine Reihe Vorträge mit Lichtbildern über Gemüsebau im Kleingarten gehalten. Durch diese Arbeit ist den Kleingartenfreunden viel Geld gespart worden. Das Geschäftsjahr 1927 hat gezeigt, daß durch die Beschaffung von Kleingärtnerischen Bedarfsmaterialien durch die Organisation Großes geleistet werden kann. So wurden u. a. gekauft 1000 Zentner Oberharzer Rastmehl und 320 Ballen Moortorf. Es war möglich, den Rast um rund 34,5 Pf. und den Torf um 60 und 75 Pf. billiger zu ersteifen. Der Großeinkauf und die Beschaffung billiger Waren wird sich weiter ausdehnen lassen, wenn alle Kleingärtner die von ihnen benötigten Artikel durch den Verband einkaufen lassen.

Die Abteilung Rechtsauskunft und Rechtschutz

hat eine weite Tätigkeit entwickelt. Vor dem Kleingartenchieds-

gericht wurden 12 Rechtsstreitfälle erledigt. Bei Abschluß von Pachtverträgen zwischen Vereinen und Privatpächtern wirkte der Verband in 8 Fällen mit. In sonstigen Rechtsfällen wurden 382 Auskünfte erteilt. An Entschädigungen für geräumte Kleingärten sind gezahlt bzw. beantragt worden: Gartenverein Wobensleben, 8 Kleingärten, an der Rudolf-Wolf-Strasse gelegen, 488,20 Mark; Gartenverein Insel, an der Döbendorfer Straße gelegen, 6 Kleingärten, teilweise Räumung, 260 Mark; Garten-Interessentenverein Dreieck, 7 Kleingärten, an der Schönebeder Straße am Fort I gelegen, 570,60 Mark; desgleichen, 6 Kleingärten, 1804,10 Mark; desgleichen, 10 Kleingärten, 1771,70 Mark. Eine Entschädigung hierüber steht zurzeit noch aus.

Seit Jahren wird vom Verband der Kleingartenvereine die Generalpacht durch den Ortsverband angestrebt. Der Magdeburger Ortsverband konnte seinen Pachtbesitz um 88,5 Morgen vermehrten. Im ganzen waren am 31. Dezember 1927 rund 35 Hektar in Bewirtschaftung. Mit dem Liegenschaftsamt ist die Zusammenarbeit gut. Das Problem der Schaffung von Heimstättengebieten oder Dauerkolonien wird von der Stadt ernstlich bearbeitet. Der Plan besteht, den Kleingärtnern, die für Baugelände ihre Gärten räumen, Dauerkolonien zu geben. Bei den Pachtpreisen wurde ein starker Abwärtssprung geföhrt. Beim Nichtbestehen einer Organisation hätten die Kleingärtner pro Quadratmeter im Durchschnitt 8 Pf. Pacht zahlen müssen; bezahlt wurden von den organisierten Kleingärtnern pro Quadratmeter 4 Pf. Bei einer gärtnerisch genutzten Fläche von 2 898 568 Quadratmeter ist das eine Ersparnis von 115 862,50 Mark. Das ist

eine Fülle von gemeinnütziger Arbeit,

geleistet durch Zusammenschluß. Und es gilt hier wie in vielen Fällen: Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt alles!

Nachdem gab der Kassierer, Bitter, den Kassensbericht. Die Finanzverhältnisse sind gut.

In der Aussprache wurde allseitig auf die Notwendigkeit der Einrichtung von Dauergärten hingewiesen. Einstimmige Annahme fand dann auch ein Antrag auf Forderung von Dauergelände oder Heimstätten zu von den Kleingärtnern tragbaren Bedingungen.

Nach den Berichten des Kleingarten- und des Beschwerdeausschusses wurden zwei Anträge beraten und angenommen. Der erste Antrag ersucht den Vorstand, beim Magistrat 2000 Mark zur Förderung des Kleingartenwesens zu beantragen; der zweite verlangt Erstattung der Pachtpreise. Kurz nach 18 Uhr fand die Jahreshauptversammlung nach Vornahme einiger Wahlen und der Genehmigung des Haushaltsplans und Festsetzung der Beiträge für 1928 ihr Ende.

Zwei Aufgaben standen im Vorjahr im Vordergrund der Ortsverbandsarbeit: Die Regelung der Pachtpreise und die Schaffung von Heimstätten und Dauerkleingartenkolonien. Die erste Frage ist zur Zufriedenheit der Kleingärtner gelöst worden; die zweite harzt noch der endgültigen Regelung. Hoffentlich bringt das neue Jahr in absehbarer Zeit eine positive, zufriedenstellende Regelung. Für die Stadtverwaltung liegt in der Schaffung von Dauerkolonien eine bedeutende Aufgabe. Die enge Verbindung der werksfähigen Menschen, die neben eintöniger, geisttörender Arbeit oft noch im grauen Meer der Mietkasernenviertel wohnen müssen, mit der Erde und der Natur, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Kleingartenbewegung ist viel mehr als eine Wagenfrage; sie wird zu einem Quell hoher Freuden und zum Ausgangspunkt feilscher Befreiung. Der Arbeiterastronom Bruno S. Würgel schreibt einmal: „Der grüne Baum, das weite Feld sind Sonnenschein, ein Sonnenuntergang hinter Kiefernwaldern ein Festtagschauspiel. Viele vermessen es nicht mehr. Sie sind die Besammernswertesten von allen. Und die Kinder?! — Die Großstadtstraße erzieht sie, macht sie früh reif, schafft ihre merkwürdig verkniffenen, wissenden Gesichter. Was steht nicht alles in Schaufenstern, was promenierte nicht alles zur Schummerstunde auf den Gassen. . . Der Tod fährt auf Schienen und läuft auf Gummirädern heran. „Über beruhigen Sie sich doch! Man schafft ja Volksparte.“ — „Aber wir verbessern ja unsre Verkehrsmittel!“ — „Oh, bitte, wir machen weite Ausflüge mit den Kindern!“ — Vortrefflich! Nur schade, daß es Tropfen sind, die der heiße Stein aufsaugt. Das Problem ist viel gewaltiger, und gewaltig muß die Umstellung der Großstadt werden, wenn sie in hundert Jahren nicht „Verwirrung“ sein soll, wie der Turm zu Babel.“ —

Das Fähnlein der Ausgewählten

In Magdeburg wollte sich der Stahlhelm einmal wieder in Erinnerung bringen. Am Sonnabend und Sonntag rief er seine Mannen zur Reichsgründungsfeier auf. Dabei gab es zwei riesige Feiern. In den Straßen hing nur hin und wieder einsam und traurig eine schwarzweisse Fahne. Und die Reihen der Stahlhelmer waren sehr, sehr gelichtet. Nach dem großen Aufmarsch des Reichsbanners zur Stadthallenkundgebung am Sonnabend und Sonntag Mäglich. Das scheint den schwarzweissen Herrschaften sehr auf die Nerven gegangen zu sein. Aber man muß sich nur zu helfen wissen. Das ist alte Bauernweisheit. Da schreibt dann die „Magdeburgerische Zeitung“ vom Pappentreich am Sonnabend abend, daß „sich ein Teil ausgewählter Stahlhelmer am Friedrich-Wilhelms-Garten zum Pappentreich versammelte“. Endlich ist es erreicht; mit dem Volk hat man nichts mehr im Sinne, man beschränkt sich auf ausgewählte Stahlhelmer. Wer wählt aus? Nach welchen Richtlinien wird ausgewählt? Hier die Antwort: Das Volk hat gewählt. Es will vom Stahlhelmmummel nichts mehr wissen.

Gegen den Brauch der letzten Zeit war den Stahlhelmauszügen wieder Polizeigeleit gestellt. Wahrscheinlich ob der Spießrängste über die streikenden Metallarbeiter und des großen Mutes des „Fähnleins der Ausgewählten“. Am Sonnabend gab es einige kleinere Feiern zwischen Stahlhelmen und Passanten, die jedoch schnellstens beigelegt wurden. Nachmals, die Reichsgründungsfeier des Stahlhelms war eine Feiern auf der ganzen Linie. —

Die Straßenreinigung

Oft wird in der Öffentlichkeit darüber geklagt, daß an dieser oder jener Stelle die Straßenreinigung viel zu wünschen übrig lasse. Meist findet man auch einen Schuldigen. Und das ist selbstverständlich für unzufriedene Bürger die Stadt. Die städtische Straßenreinigungsanstalt ist jedoch so gut wie immer vollkommen unschuldig. Ihr liegt nicht etwa die Reinigung aller Magdeburger Straßen ob, sondern nur eines kleinen Teiles. Ein knapper Dittell muß sie gemäß Polizeiverordnung durch ihre Reinigungsmaschinen und Mannschaften sauber halten. In diesen Straßen sind nur die Fahrwege. Die Bürgersteige sind vom Hausbesitzer zu säubern, ebenso wie in zwei Dritteln der Magdeburger Straßen auch die Fahrdämme.

Wir führen hier die täglich (außer Sonntag) von der Stadt zu reinigenden Straßen nach dem Alphabet auf:

Rundgebung der streifenden Metallarbeiter

am Dienstag den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, in der „Stadthalle“

Kollege Kaulfers

berichtet über den Stand der Bewegung.

Das Bureau ist am Dienstag vormittag geschlossen, am Nachmittag von 4 bis 7 Uhr geöffnet.

Mitglieder des Verbandes haben nur unter Vorzeigen der Streikarten Zutritt.

Die Verwaltung

des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Gesundheitszustand der preussischen Bevölkerung

Der Gesundheitszustand der preussischen Bevölkerung im Jahre 1927 war verhältnismäßig günstig. Von großen Epidemien, wie sie z. B. das Jahr 1926 für Hannover brachte, sind wir fast ganz verschont geblieben.

Der Typhus hat nur an zwei Stellen größere Epidemien verursacht, nämlich in Glogau im Frühjahr und im Kreise Münsterberg im Sommer. Die erste Epidemie, die auf infizierten Käse zurückzuführen war, umfasste 175 Erkrankungen und 12 Todesfälle, die letztere, die sich durch Kontaktübergang von Mensch zu Mensch über 17 Ortschaften ausbreitete, 155 Erkrankungen mit 14 Todesfällen. An dem größeren Umfang der letztgenannten Epidemie war in erster Linie schuld, daß die ersten Erkrankungsanfälle in eine Zeit fielen, in der infolge von Überbevölkerungen das an sich harmlose Scharlachfieber in jener Gegend herrschte und so die ersten Erkrankungen nicht als Typhus erkannt wurden.

Wie in dem letzten Jahre traten dagegen gehäufte Erkrankungen an Fleischvergiftung in zahlreichen Fällen auf. Schuld an dieser Häufung sind zwei Momente, einmal der immer mehr zunehmende Genuß von rohem Fleisch, sodann aber das Ansehen von minderwertigen Fleisch von toten Tieren. Wie weit auch die Ausbreitung von bakterienhaltigen Mottenvergiftungsmitteln an der Verbreitung infektischer Erkrankungen unsere Schädlichkeit und damit an der Entstehung von Fleischvergiftungen schuld ist, ist noch nicht ganz sicher festgestellt. Bei einer in Osnabrück beobachteten Fleischvergiftungsepidemie mit etwa 180 Erkrankungen sprach allergrößte Wahrscheinlichkeit für einen solchen Zusammenhang.

Die Ruhr, die im Jahre 1927 sehr gehäuft auftrat, ist in den letzten Jahren ganz außerordentlich zurückgegangen und nur während der heißen Sommermonate vereinzelt aufgetreten. Einige geringfügige Häufungen haben sich — wie auch früher wiederholt beobachtet wurde — auch im letzten Jahre wieder in einigen Irrenanstalten gezeigt, wie z. B. im Spätherbst v. J. in der städtischen Irrenanstalt in Buch. Derartige Ausbrüche kommen dadurch zustande, daß in solche Anstalten Ruhrkeimträger unerkannt aufgenommen werden und dann gelegentlich zur Infektion ihrer Mitkranken Anlaß geben können.

Auch die Erkrankungen an Gelbfieber seien kurz erwähnt, die in einer Schule in Pankow beobachtet wurden und als angeblich rätselhaft Krankheit die Deutlichkeit grundlos beunruhigten. Es stellte sich heraus, daß sich von Anfang September bis Mitte November in dieser Schule im ganzen 7 (später ist die Zahl auf 17 gestiegen) Erkrankungen an katarrhalischer Gelbfieber ereignet hatten, eine geringfügige Häufung dieser Krankheit und gemeinhin harmlosen Krankheit, die gelegentlich auch früher — besonders während der schlechten Ernährungszeit — beobachtet wurde, aber keine ernsthafte Bedeutung hatte.

Die in der Nachkriegszeit beobachtete Abnahme der Erkrankungen an Diphtherie und Scharlach kam vor zwei Jahren zum Stillstand. Seitdem nehmen diese Erkrankungen allmählich wieder zu. Eine bedeutendere Steigerung haben sie im letzten Jahre erfahren, so daß wir

1927 fast die doppelte Zahl von Scharlachkrankungen zählen können wie im Jahre 1926. Im allgemeinen Verlauf aber waren beide Krankheiten bisher gutartig, so daß die Todesfälle nicht im gleichen Maße angelegten sind wie die Erkrankungsfälle. Besonders in Berlin und von hier verschleppt in einigen

wenigen Städten, wie z. B. Kassel, ist die Diphtherie in einer bösartigen Form aufgetreten und hat bis zu 12 Prozent Todesfälle verursacht. Mit Rücksicht auf das Ansteigen der beiden Krankheiten hat man kürzlich bereits im Landesgesundheitsrat darüber beraten, wie der etwa drohenden Gefahr durch vorbeugende Schutzimpfungen entgegenzutreten sei.

In einigen Gegenden Preußens, besonders in den an der Ostsee liegenden Kreisen der Provinz Pommern, ist die Zahl der epidemischen Kinderlähmung, hier offenbar von dem in Leipzig und Umgebung entstandenen Krankheitsherd verschleppt, gehäuft beobachtet worden. Immerhin ist die Zahl der Krankheits- und Todesfälle erheblich geringer als im Vorjahre. Da mit Eintritt kälterer Witterung die Krankheit erfahrungsgemäß nachläßt, so ist anzunehmen, daß für dieses Jahr die Gefahr einer weiteren Verbreitung überwunden ist.

Auch das Kindbettfieber zeigt noch immer eine verhältnismäßig hohe Zahl der Erkrankungen und Todesfälle. Seitdem in den letzten Jahren die Meldungen der Erkrankungen und Todesfälle an Kindbettfieber nach Abtreibung der Leibesfrucht von denen nach regelrecht erfolgter Entbindung getrennt worden sind, zeigt sich immer mehr, daß die Todesfälle an Kindbettfieber nach Abtreibung einen weit höheren Prozentsatz (etwa das Doppelte) der Erkrankungen ausmachen, als bei Kindbettfieber nach normaler Entbindung.

In der Ausbreitung der Tuberkulose-Erkrankungen, die seit den Kriegsjahren zu beobachten war, scheint ein Stillstand eingetreten zu sein. Seit 1926 beobachteten wir sogar eine geringe Abnahme der Tuberkulose-Erkrankungen; entsprechend ist auch die Zahl der Tuberkulose-Todesfälle heruntergegangen. Zur energischen Bekämpfung der Tuberkulose und zur zweckmäßigen Verteilung der hierfür bereitgestellten Geldmittel sind auf Veranlassung des Ministers für Volkswohlfahrt in allen Provinzen Arbeitsgemeinschaften zur Tuberkulosebekämpfung gebildet worden, die z. T. bereits ihre Tätigkeit mit gutem Erfolg aufgenommen haben.

Seit einigen Jahren wird auch in Preußen — namentlich unter den Schulkindern — eine deutliche Zunahme des Krupps beobachtet, die von manchem Fachgelehrten auf einen Mangel an Jod im menschlichen Körper zurückgeführt wird. Nach dem Beispiel der Schweiz sind daher an verschiedenen Stellen Preußens Versuche mit künstlicher Zufuhr kleiner Jodmengen gemacht worden, denen gewisse Erfolge nicht abzuspüren sind. Einen endgültigen Schluß aus diesen Versuchen zu ziehen, ist jedoch noch nicht möglich; die Beobachtungen werden aber mit größter Aufmerksamkeit weiter verfolgt.

Die Versorgung der Schulkinder durch Schulärzte hat weiter an Umfang zugenommen. Es wird beachtet, daß auch den höheren Schulen, die heute noch die schulärztliche Aufsicht entbehren, Anteil werden zu lassen. Schließlich dienen der Förderung des Turn-, Sport- und Wandervogels, das für die Kräftigung der Jugend und für die Gesunderhaltung des ganzen Volkes von größter Bedeutung ist, entsprechende Maßnahmen der Medizinischerwaltung. Während die Pflege der Leibesübungen in den Schulen durch die Schulärzte mitüberwacht wird, werden die gesundheitlichen Fragen des Sportwesens — soweit sie die schulunklassige Jugend und die Erwachsenen angehen — von besonders hierfür ausgebildeten Sportärzten bearbeitet. Dem Landesgesundheitsrat und dem Ministerium für Volkswohlfahrt steht in diesen Fragen der Deutsche Verband zur Förderung der Leibesübungen als Gutachterauschuß zur Seite.

Agnetenstr. Albrechtstr. Alter Markt, Alte Fahrstr. z. zwischen Strom- und Bollbrücke, Apfelstr. Askanischer Platz; Bäckstr. Bahnhofsstr. zwischen Kölner und Vitoriastr. Bahnhofsvorplatz, Berliner Str. zwischen Breiter Weg und Schmiedehofstr. Böttcherplatz, Brandenburger Str. Breitenstr. Breiter Weg, Brüderstr. Buttergasse; Dreieckstr. Große Döbberstr. Straße vom Adelshofring bis zum Westfriedhof, Grabbergerstr. Jettehennenstr. Fürstenufer, Fürst-Deopol-Str. Gareisstr. Goldschmiedbrücke, Grünearmstr. Gustav-Wolf-Str. zwischen Kransberg und Lubollstr. Halberstädter Str. vom Sachsenring bis Kroatenweg, Hartstr. Haffelbachplatz, Haffelbachstr. zwischen Otto-von-Guericke-Str. und Prälatenstr. Hauptwache, Heumarkt, Himmelsrichtstr. Hohenforststr. vom Böttcherplatz bis zur Sieberstr. Jakobstr. Jerichower Str. zwischen Herrntugbrücke und Herrntugbrücke, Johannisbergstr. bis zur Strombrücke, Johannisfriedhof; Kantstr. Karlstr. Kapensprung, Knochenhauerufer, Kölnstr. Königshof, Königshofstr. Leipziger Str. von der Halberstädter Str. bis einschließlich Südfriedhof, Reiterstr. Söbischhofstr. Lübecker Str. Rüneburger Str. Marquardstr. Große Marktstr. Marktallstr. Große Münzstr. Radelöhrgasse, Neustädter Str. Neuer Weg mit Durchbruch zur Grünearmstr. Obenrieder Str. Otto-von-Guericke-Str. Peterstr. Petrihof, Pläckerstr. Platz zwischen der Neuen Ulrichstr. und Ulrichstr. Prälatenstr. Ratswageplatz; Seydlitzstr. Schmiedehofstr. Schönebieder Str. Schönebiederstr. Schulbrücke, Schulgasse, Große Schulstr. Schwerfegerstr. Schwibbogen, Spiegelbrücke, Staatsbürgerplatz, Steinstr. Stephansbrücke, Sternstr. Straße zwischen Strom- und Lange Brücke; Tauentzienstr. Tischlerbrücke; Alte Ulrichstr. Viktoriastr. Walter-Rathenau-Str. Werffstr. Zietenstr.

In den übrigen Straßen hat also der Hausbesitzer die Reinigungspflicht, zwar nicht täglich, doch wöchentlich dreimal, und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. So steht es in der Magdeburger Straßenpolizeiverordnung. Nur an folgenden Stellen sind Ausnahmen zulässig: im Rotenhorn, in Rosenthal, Gracau, Brajer, Fernerleben, Salbe, Westertühlen, Nemsdorf und Diesdorf. Dort braucht nur zweimal wöchentlich, und zwar Mittwochs und Sonnabends gereinigt zu werden. Die Reinigung hat überall so zu erfolgen, daß die Straßen an den genannten Tagen in der Zeit vom 1. April bis 30. September die Fahrbahnen um 16 Uhr, die Bürgersteige einschließlich der Radfahrwege um 11 Uhr; in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März die Fahrbahnen um 15 Uhr, die Bürgersteige einschließlich der Radfahrwege um 9 Uhr gänzlich von allem Schmutz und Unrat befreit sind. Fällt einer dieser Reinigungstage auf einen Feiertag, so muß die Reinigung an dem vorhergehenden Wochentag stattfinden.

Der Streik der Spritarbeiter beigelegt

Der Streik in der Spritfabrik Lagerhausgesellschaft (früher Anich) ist durch die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am Sonnabend den 21. Januar beigelegt. Die Verhandlungen führten zu einem Schiedsspruch, der von beiden Seiten angenommen worden ist. Auf Grund dessen wurde die Arbeit am Montag wieder aufgenommen.

Der Schiedsspruch brachte den Fabrikarbeitern eine wöchentliche Zulage von 4 Mark, die Hilfsarbeiter erhalten 3,50 Mark. Der Schiedsspruch gilt vom 1. Januar bis 31. Juni, so daß den Arbeitern die Lohnverbesserung für die rückliegende Zeit nachgezahlt werden muß.

Notstandsarbeiter müssen Tariflohn erhalten

Sollen die Unternehmer auch den Notstandsarbeitern die Tariflöhne zahlen? Mit dieser für die gesamte Arbeiterschaft wichtigen Frage befaßte sich am 18. Januar das Reichsarbeitsgericht. Der Entscheidung lag folgender Tatbestand zugrunde:

Im Frühjahr 1927 führte die Firma Gebrüder Mittelberger, Kommanditgesellschaft in Kaiserslautern, im Auftrag der Gemeinden Kusel und Haffsbach den Straßenbau Kusel-Haffsbach aus. Die Arbeit war mit Anerkennung des Landesamts für Arbeitsvermittlung als öffentliche Notstandsarbeit anerkannt und bestimmt worden, daß bei den Unternehmern vergeblichen Arbeiten der Tariflohn zu zahlen ist. Für diese Arbeit waren der Firma durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung zugewiesen worden. Entsprechend einer Weisung des Landesamts Kusel zahlte die Firma A. den Notstandsarbeitern bis zum 20. April 1927, an welchem Tage eine Neuverpflichtung der Löhne der Notstandsarbeiter durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung erfolgte, einen um 20 Pf. hinter dem Tariflohn zurückbleibenden Stundenlohn aus.

Die Arbeiter klagten wegen Zahlung des rückständigen Lohnes beim Arbeitsgericht in Kaiserslautern. Die Klage wurde mit der Begründung abgewiesen, daß die Vergütung der Notstandsarbeiter den Charakter der öffentlichen Fürsorge habe und daher das Arbeitsgericht nicht zuständig sei. Gegen das Urteil legten die Kläger Berufung ein.

Das Landesarbeitsgericht in Kaiserslautern hat das Urteil der Vorinstanz auf und beurteilte die Beklagte, den Klägern die rückständigen Löhne zu zahlen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß kein Streit bestände, daß die in der Klage begehrten Beträge den maßgebenden Tarifverträgen entsprächen und daß bei der Anerkennung als Notstandsarbeiter die Zahlung des Tariflohns durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung zur Bedingung gemacht worden war. Da eine die tarifmäßige Entlohnung abändernde Verfügung der gemäß § 9 der Bestimmungen vom 30. April 1925 zuständigen obersten Landesbehörde nicht vorliege, haben die Kläger Anspruch auf die tarifliche Entlohnung. Wenn das Arbeitsgericht Kusel die gerichtliche Zuständigkeit verneint, weil es das dem Notstandsarbeiter zustehende Arbeitsentgelt als eine Unterzählung der Erwerbslosengeldleistungen erachtet, die lediglich auf dem Weg der Erwerbslosengeldleistungen vom 1. Februar 1924 geltend zu machen ist, so sei das nicht richtig. Auch der Notstandsarbeiter habe Anspruch auf festgesetzte Tariflöhne.

Die Beklagte legte gegen dieses Urteil Revision beim Reichsarbeitsgericht ein, um in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen. Das Reichsarbeitsgericht verwarf die Revision der Firma und legte der Beklagten die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreites auf.

Der Notstandsarbeiter habe einen rechtlichen Anspruch auf den vertragsmäßig festgelegten Tariflohn. Das Reichsarbeitsgericht schloß sich der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts in Kaiserslautern an und räumte den Notstandsarbeitern dieselben Rechte ein wie allen anderen Arbeitern.

Diese Entscheidung ist für die Gewerkschaften von grundsätzlicher Bedeutung, da sich wiederholt Unternehmer geneigt haben, den Notstandsarbeitern die Tariflöhne zu zahlen.

— Erfolg der Arbeiterkämpfer in Leipzig. Der mit großer Spannung erwartete Wettkampf der Arbeiterkämpfer Leipzig und Magdeburgs fand am 22. Januar in Halle statt. Schon in der ersten Runde war die Überlegenheit Magdeburgs festzustellen. Nach kurzer Zeit waren mehrere Partien gewonnen. Schließlich stellte sich das Resultat auf 6 zu 4 für Magdeburg. In der zweiten Runde war Leipzig gewillt, unter allen Umständen gleichaufstellen oder zu gewinnen. Doch Magdeburg war

auf dem Posten, und trotz aller Energie fiel die Entscheidung am 2. und 8. Brett zugunsten der Magdeburger. Sie traten mit 12½ gegen 7½ Punkte den Heimweg an. Die übrigen Kämpfer: Halle gegen Weissenfels, Dessau-Bitterfeld kombiniert gegen eine zweite Leipziger Mannschaft traten mehr in den Hintergrund. Doch regte Halle Überlegenheit. Damit hat der Magdeburger Verein den Beweis erbracht, daß er überall ein ernstes Wort mitzusprechen kann, auch über den Rahmen unserer Provinz hinaus.

— Sprengungen in der Zitadelle. Die heute vormittag an den elfteisen gelegenen Manern vorgenommenen drei großen Sprengungen sind sehr gut gelungen. Die senkrecht stehenden Wände haben sich in der Hauptsache nach innen umgelagert. Die vorläufige Sperrung auf 4 Tage vorgesehene Sperrung der Straße konnte deshalb schon nach wenigen Stunden wieder aufgehoben werden. Weitere größere Sprengungen an dieser Stelle sind erst für nächste Woche vorgesehen, so daß in dieser Woche mit Straßenperrungen nicht zu rechnen ist.

Sozialdemokratische Partei

Heute Montag den 22. Januar, 10 Uhr:
Bezirk Döbberstr. Frauenversammlung bei Graumann.
Bezirk Fernerleben. Mitgliederversammlung bei Siller.
Bezirk Scharlach. Frauenversammlung bei Hagenkamp.
Bezirk Scharlach. Jantionversammlung bei Hoffmeister.

— Von der Deutschen Dahlen- und Herbstblumenschau. Vor einigen Tagen fand unter Leitung von Stadtrat Haupt eine Besprechung statt, zu der die Verbände, die an der Veranstaltung der Deutschen Dahlen- und Herbstblumenschau interessiert sind, eingeladen waren. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, daß die in Frage kommenden Verbände, und zwar die Vertreter der Ortsgruppen des Landesverbandes der Provinz Sachsen des Reichsverbandes des deutschen Gartenbauers, des Verbandes deutscher Blumenvereine, die Vertreter der Stadt zu unterstützen, eine würdige Durchführung der Ausstellung sicherzustellen.

— „Primavera Siciliana 1928“. Der Verkehrsverein ist jetzt uns: Wie in den Vorjahren gewöhnen die italienischen Staatsbahnen auch in diesem Jahre gelegentlich der Veranstaltungen, die unter den Namen „Primavera Siciliana“ in Sizilien vom 1. Februar bis 15. Juni 1928 stattfinden, besondere Ermäßigungen. Sie betragen 50 Proz. des gewöhnlichen Differentialtarifs auf den Eisenbahntrecken, 25 Prozent auf der Schiffsstraße Neapel-Palermo. Die vom Auslande kommenden Reisenden, die über einen internationalen Grenzübergang einreisen, müssen bei dem Erwerb ihrer Fahrtausweise die Ausreisegrenzstation angeben. Reisende, die von irgendeiner Station in Italien ihre Reise antreten und beenden wollen (beispielsweise in einem der Hafenorte), werden nach den Bestimmungen abgefertigt, die für die innerhalb Italiens ermäßigten Fahrtausweise maßgebend sind. (Die Geltungsdauer der Fahrtausweise beträgt in diesem Falle gering.) Jeder Reisende, der von diesen Vergünstigungen für die „Primavera Siciliana 1928“ Gebrauch machen will, muß sich eine Tessera beschaffen. (Preis 30 Lire.) Diese Tessera sind im Verkehrsverein erhältlich. Der Reisende hat selbst dafür Sorge zu tragen, daß die Tessera in Palermo für die Rückreise im Bureau des Automobile Club di Sicilia abgestempelt wird. Ohne diesen Stempel haben die Fahrtausweise für die Rückfahrt keine Gültigkeit. In diesem Falle hat der Reisende den vollen Preis auch für die Hin- und Rückfahrt nach Palermo nachzahlen. Die Einreise darf vor dem 1. Februar nicht stattfinden. Die Geltungsdauer der Fahrtausweise beträgt 45 Tage. Es besteht eine Möglichkeit die Fahrtausweise vor Ablauf ihrer Gültigkeit um 15 Tage zu verlängern gegen Bezahlung von 20 Prozent des erlegten Fahrpreises. Die Fahrt

darf bei der Hin- und Rückfahrt je fünfmal unterbrochen werden. Für Kinder sind keinerlei Ermäßigungen vorgesehen. Alle weiteren Auskünfte werden durch den Verkehrsverein, Breiter Weg 168, der auch die ermäßigten Karten verkauft, gegeben.

— Getreue Nachbarn. . . . ? Eine recht gemeine Tat wurde gegen einen Mieter des Hauses Kirchstr. 12 begangen. Auf der Bodenlamme hatte die Hausfrau eine Wäscheleine aufgehängt, sie dabei um einzelne Ketten geschlagen, so daß sie beim Wodengang zu sehen war. Als die Besitzerin nach einigen Tagen wieder auf den Boden kam, war ihre Leine von außen her in vier Enden zerschnitten, so daß sie kaum noch zu gebrauchen ist. Der Ertrag der Leine wird der geschädigten Frau nicht leicht fallen.

— Streiflichtige Nachbarinnen. Am Sonnabend geriet die Witwe Emma G., Sternstr. 1, mit ihrer Nachbarin in Streit. Hierbei wurde sie von dieser mit einem Beßen geschlagen und die Treppe hinuntergestoßen. Sie erlitt Querschnitten des linken Unterarms und wurde dem Krankenhaus Subenburg zugeführt.

— Seinen Verletzungen erlegen. Der bei dem Brande der Dachkammer in der Peterstr. 19 schwer verletzte Mieter Paul Z. ist in der Nacht zum Montag seinen Verletzungen im Krankenhaus Alstadt erlegen.

— Unfall auf der Arbeitsstätte. Der Arbeiter Walter G., Proatenweg 4, verletzte sich am Sonnabend auf seiner Arbeitsstätte an einer Schafmaschine durch Stahlsplitter die linke Hand. Der Verletzte fand Aufnahme im Subenburger Krankenhaus.

— Gestohlen wurden am 14. Januar aus dem Grundstück Pappelallee 15 ein Gartentisch, zwei Holzstühle, ein Liegestuhl und eine Sitzbadewanne. Zweckdienliche Angaben, die zur Ermittlung des Täters beitragen können, erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion —, Zimmer 266 bzw. 268 — A 5.

— Erlobigt sind die Ausbreiten betreffend den vermissten Studenten Karl Hugo Rohde und den Kaufmannslehrling Hans Kellerbaum.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Subenburg. 8. Kameradschaft heute Montag 20 Uhr bei E. Neumann Versammlung. Vortrag Kamerad Hammermann. Jugendabend den 24. Januar, 20 Uhr, in der Jugendheim Kitzbühlerort. Musikvorträge. Kameradschaftsführer ersuchen.

Theater, Konzerte, Vorträge

Reichsbanner Dr. Meißel spricht Mittwoch den 25. Januar, 10½ Uhr im Bürgeraal des Rathauses über „Die Kunst. Formgebung des Reichsbanners“. 75 Pf.

Abteilung Subenburg. Dr. van Kemmen (Dessau) spricht am Donnerstag den 26. Januar, 20 Uhr, in der Baumgewerkschaft über „Wärschen und Nationalistische künstlerische Gestaltung der Gegenwart“. 1 Mark (80 Pf.).

Winterportwetter aus dem Harz

Bericht der öffentl. Wetterdienststelle Magdeburg v. 23. Januar 1928

Ort	Wetter	Temperatur		Windrichtung	Windschwindigkeit	Sichtweite	Niederschlag	Relativfeuchtigkeit	Sportmöglichkeit
		Max.	Min.						
Braun	Schneefall	2,60	—	—	—	—	—	—	—
Schnee	Schnee	1,50	—	—	—	—	—	—	—
Wald	Schnee	1,12	—	—	—	—	—	—	—
Sonnen	Schnee	1,15	—	—	—	—	—	—	—
Wald	Schneefall	1,21	—	—	—	—	—	—	—

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Verkopfung ist eine Qual. Seneca-Rillen regeln ohne unangenehme Begleiterscheinungen die Verdauung. Hof-Apothek, Breiter Weg 158

Sitzung des Bundes-Fußballausschusses

Eine kurze, aber inhaltsreiche Tagesordnung stand zur Beratung: Bericht, Spartenfrage, Meisterschaftsspiele, Verschiedenes.

Die Nürnberger Genossen bereiten mit größter Freude und mit allen Nachdruck das Bundesfest vor.

Der Schiedsrichter Ausschuss hat getagt. Er hat sich besonders lobend über das im Druck befindliche Schiedsrichterbuch ausgesprochen.

Der internationale Fachausschuss der Fußballspieler hat in Leipzig getagt. In allen Ländern haben die Mitglieder zugenommen.

Die vielen Nachträge und Ergänzungen zur Bundesatzung werden zusammengefasst. Sie erscheinen in nächster Zeit gedruckt als Nachtrag zum Satzungsheft.

Wiele Kreise und Bezirke haben Kunde von der Bundesleitung verlangt. Leider können die Wünsche nicht befriedigt werden.

Zur Spartenfrage referiert wiederum Genosse Niedel. Er schilderte die Behandlung, die das ganze Problem seit der Erklärungsabgabe bis heute in verschiedenen Sitzungen erfahren hat.

Die Paarungen zu den Bundesmeisterschaftsspielen können erst nach Ermittlung der Verbandemeister vorgenommen werden.

Der Bezirksmeister im Kampfe

Nun hat unser Bezirksmeister, Weisthof Schönebeck, seinen ersten Kampf siegreich bestanden.

Eintracht Wolmirstedt und V. f. V. Magdeburg spielten auf der Zitadelle. Das Spiel galt der Entscheidung um die Gruppenmeisterschaft.

Eigersleben und Eggenstedt spielten in Westeregeln ihre Gruppeneinstellung.

Bei Sportfreunde in Magdeburg trafen wir Halle-Dölan an. Die Gäste siegten mit 4:2.

Seit langer Zeit errang Sturm 07 einmal wieder einen Sieg über Sportklub Burg.

Germania Burg wurde mit 3:2 Sieger über Burger Ballspielklub.

Turner Burg hatte den Turnerbund Bernburg zu Gäste. Mit einem 7:4 traten die Gäste als Sieger die Heimreise an.

Larhun konnte einen 4:1-Sieg über Groß-Mühsingen erringen.

Magdeburger Ballspielklub holte sich von Jahrgang Groß-Dittersleben einen 4:1-Sieg.

Es ist wieder Schnee gefallen...



Die Arbeiter-Winterporter kommen endlich zu ihrem Rechte

Berliner Handballer in Magdeburg

Eine der rührigsten Abteilungen im Handballsport ist die Fichte Alstadt. Am letzten Sonntag hatten sie sich die Freie Turnerschaft Berlin-Wedding verpflichtet.

Nach einer halbtägigen Spieldauer wurde das Treffen 3. d. A. gegen Borussia abgeschlossen.

Die Spiele Vormärts Fernerleben gegen Fichte Alte Neustadt, Arbeiterturnverein Diesdorf gegen Freie Turner Klein-Ottersleben und Bar-Bocha gegen Eiche Wiederitz fielen infolge des schlechten Wetters aus.

2. Bundesfest der Arbeiterporter in Nürnberg 1920

Die Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes sind als Sozialisten zuverlässige Kämpfer für Menschenglück, Körperlichkeit und Volksgesundheit.

Das 2. Bundesfest 1920 in Nürnberg soll ein besonders glanzvolles Ereignis für den Arbeitersport werden und sich zu einem wichtigen Befestigungspunkt des Sozialismus auswirken.

Die allseitige Begeisterung für das Bundesfest 1920 läßt erwarten, daß diese bewährte Einrichtung auch diesmal wieder weitestgehend in Anspruch genommen wird.

Der Kampf um die Zigaretten

„Kampf“, Dresden, 5. Dezember 1927. ... Nächsten Sonntag steigt also das Derby Dresdens. Die Spannung der ganzen Dresdener Fußballgemeinde ist ungeheuer.

Neues Naturfreundehaus in Baden

Den badiischen Naturfreunden ist es gelungen, bei Morletingen zwischen Rudolfszell und Konstanz ein Gelände von 20 000 Quadratmeter zu erwerben.

Kleintrom

Am Sonntagabend war ich bei den Kinder-Turnwarten zu Gast. Zahlreich waren sie aus allen Orten des Bezirks erschienen.

Am Sonntag war es mal wieder nicht mit dem Ausflügen. Schiedsrichterkurs für Handballer in Burg war angesetzt.

Mitteilungen der Sportvereine

Bezirksrat 2. Bezirk. Turner, Fußballspieler, Wassersportler. Nächstes am allgemeinen Bezirksrat am 19. Februar 1928.

Freie Turner Hohenhausen. Am Donnerstag den 26. Januar Beginn des Schiedsrichterkurses im Sportheim.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Freie Turner Hohenhausen. Am Freitag im Handballspielzimmer 15. Vorlesung der Besetzung von Ernst Lohrer.

Kinderlehrestunde des 2. Bezirks

Die am 21. und 22. Januar in Magdeburg abgehaltene Lehrstunde war gut besucht. Am Sonntagabend waren 44 und am Sonntag 48 Teilnehmer anwesend.

Der Lehrestoff war reichhaltig. Besonders wurde gezeigt, wie man die Kinder von den kleinsten bis zu den großen in spielender Art und Weise zur Pflege von Leibesübungen gewinnen kann.

Am Sonntag nahm die Lehrstunde ihren Fortgang. Zuerst wurde wieder Gymnastik geübt. Hier zeigte sich, daß mancher Genosse noch tüchtig üben muß.

Der erste erklärte die Notwendigkeit der Hilfestellungen in verständlicher Art, um auch hier bahnbrechend zu wirken.

Auch an diese Lehrstunde schloß sich eine Sitzung an. Genosse Hobusch ermahnte nochmals, dem Kinderturnen mehr Beachtung zu schenken.

Mit der Mahnung, das Gelesene nutzbringend für unsere Sache zu verwerten und im Sinne einer proletarischen, idealen Körperkultur zu wirken, schloß der Bezirks-Kinderturnwart die Veranstaltung.

Paul Rudolph.

Aus dem bürgerlichen Sportlager

Diener Heut durch 80. In der Westfälischen Jahresrückblicklesung sprach Diener den englischen Boxer Jack Stone am Sonntag in der ersten Runde ab.

Gerade im Winter

schmeckt ein Glas Köftriger Schwarzbier besonders gut. Es regt den gesamten Organismus kräftig an und schafft Wärme und Wohlbehagen. Trinken Sie darum das altberühmte Köftriger Schwarzbier, das mit Recht flüssiges Brot genannt wird. Es führt infolge seiner wertvollen Bestandteile den Genießenden alle die Stoffe zu, die den Körper aufbauen und der Blutbildung dienen. Es wird von den Herren Ärzten gern verordnet bei allgemeinen Schwächezuständen, bei Krankheiten, bei Blutarmut und ganz besonders den stillenden Frauen. Das echte, herbwürzige „Köftriger Schwarzbier“ erhalten Sie durch den Generalvertreter: Walter Knack, Goethestr. 19, Fernruf 9562, und in allen durch Schilder und Plakate kenntlichen Geschäften. Ausschank der Köftriger Biere im Restaurant „Zur Sonne“, Halberstädter Str. 9, Sae Leipziger Str. Das echte Köftriger Schwarzbier ist nicht zu verwechseln mit den obergärigen, durch Zuder gesüßten Malz- und Weizenbieren.

Leset die „Frauenwelt“!

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sagen wir hiermit unseren besten Dank für die reichen Spenden zu unserer goldenen Hochzeit.

Wilhelm Pessel und Frau



Ein edles Vaterherz hat aufgehört zu schlagen! Nach langem, schwerem Leiden erlitt der Tod am Sonntag früh 8 1/2 Uhr meinen lieben Mann, unsern herzensguten treuherzigen Vater Bruder Schwager und Onkel, den Kranfährer

August Friedrich

im 42. Lebensjahre.
Magdeburg-Krausbad, Lübecker Straße 99a.

In tiefem Schmerz
Maria Friedrich geb. Busch
Alwin Friedrich, Herbert Friedrich
Jesse Friedrich.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch den 21. Januar, mittags 1 1/2 Uhr in der Hauptkapelle des Westfriedhofs statt. — Kranzbesuche dankend erbeten.

Friederike Willwod

geb. Reinow
im 71. Lebensjahre
Magdeburg-Sudenburg, den 21. Januar 1928

In Kamen aller Angehörigen
August Willwod.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 21. Januar nachmittags von der Kapelle des neuen Sudenburger Friedhofs aus statt.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
Am 18. Januar sind unser Mitglied
Karl Bierwisch
24 Jahre alt, an Magenkrebs
Ehre jenem Anbenden.
Die Beerdigung findet am Dienstag
den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr,
am Hauptfriedhof, Dierckhofs, Auf-
gangstraße 27, aus statt.
21 Die Verwaltung.

Dankagung

Zurückgekehrt vom Grabe unser
lieben Entschlafenen, sagen wir allen
Bekanntem und Verwandten für die
erwiesene Teilnahme herzlichsten Dank.
Besonders Dank dem Begräbnisbund und
dem Gartenverein Siedlung Reum-
garten.

Marie Westwig
und Kinder.

Fleischermeister August Dugas

nach langem, schwerem Leiden. Seine rastlose Pflichttreue wird uns allen unvergessen bleiben.

Magdeburg-Sudenburg, Halberstädter Straße 30d
Potsdam, Berlin

Im Namen aller Hinterbliebenen
Marie Dugas geb. Wilmann
August Dugas jun. und Frau
Elsa Dugas
Karl Neumann und Frau
Wilhelmine geb. Dugas.

Die Trauerfeier findet Donnerstag 3 Uhr von der Kapelle
des alten Sudenburger Friedhofs aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten abzuweisen.

Reparaturen
mit
erfolgreich
schnell und
preiswert
stets bei
Mosik-Silbermann
Bretterweg 10

Prima Chaiselongues
Markt 24.00

Prima Dreilaufgaben
Bretterweg 20.00
Ratswaageplatz 1/2, 1. Etp

Sie kaufen aller
Art Anzüge, Jackett-
Frack, Smoking, Geh-
rod-, Curaway- und
Sportanzüge, Mäntel,
Paletots, etc. etc. in
jedem Maß, in jedem
Stoff, in jedem
Preis. In l. Harowitz
Kleiderm., Jäger Weg
10/11. Auch vorband
Gustav Adolf-Str. 37, 11.

Fahrräder
auch defekt, kauft Volgt,
Pionierstraße Nr. 19.

Chaiselongues

Sofas, Aufleger, Ma-
schinen, nicht billig u.
Schund, sondern äußerst
reell u. preisw. zu vert.
A. Bunde, Tapezier-
meister, Dierckhofs 8/9

Uhren
Schwund u. Optik reo.
gem. feinst u. preisw. in
eig. Werkstatt, Uhrm.
u. Opt., Gr. Dres-
dner-Str. 218, E. Annat

Ich habe einen
Koffer
Sprech-Apparate
und **Pianos**
ganz billig abzuge-
ben, auch auf Zeit-
zahlung.
E. Oahn
Bretter Weg 119
1. Eingang Baum-
gärtchenstraße

Restposten daher sehr billig!

Anzüge in Sport u. Sonntags... 22.00 17.00
Herren-Mäntel, Schwedenform, prima
Rare Replikposten... 24.00 19.50
Manisjeteranzüge mit Futter
Größe 52 u. 54 nur 19.50
Manisjeteranzüge m. warmen Futter nur 15.10
u. Gebrochene, zwei, zu tragen nur 15.00
Einzeln. Sodenjackets... nur 6.00 und 5.00
Einzeln. Manisjeter-Anodenjackets nur 8.50
Bredschoten aus Nord... 6.50 5.11
Kantenschoten, weiß mit Kollschoten nur 6.50
Plane Schlofferanzüge, Pfeisjerjackets, Berufs-
mäntel, Jagdmäntel, Unterjackets, Strichjackets,
Korrmahenden, Arbeitsmäntel, Arbeitsmäntel,
jezt billig.

bei **Moritz Profier, Magdeburg**
Johannisberg 4, vis-à-vis d. Rathaus,
und **Buttergasse 8, am Alten Markt**

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Sudenburg.
Todesfall. 18. Januar. Feinherrenschling
Albert Otto, 46 J.

Magdeburg-Sudenburg.
Todesfälle. 21. Januar. Arbeiter Karl
Hierwich in Entschlafen 74 J. Urjala, 2.
des Photographen Friedrich Hübner, 6 J.

Magdeburg-Sudenburg.
Todesfälle. 22. Januar. Führer i. H.
Eduard Schöber, 64 J. Kranfährer August
Friedrich, 49 J.

Wohn- u. Raucherzweckverband Selbstrug, m. k. u.
Am Freitag, den 2. Februar 1928
findet im Cafe, Große Dierckhofs
Straße 21, eine außerordentl. Generalver-
sammlung statt.
Tagesordnung:
1. Bericht u. Sitzungsänderungen. 2. Be-
schlußfassung über einzurende Anträge und
Beschlüsse gegen Anträge.
Der Vorstand.
E. Schlenker jun. u. Stein.

Möbel

Wir haben unsere
ca. 200 Zimmer-
einrichtungen
in guten Qualitäten
zu den niedrig-
sten Preisen
anzubieten u. bitten
um rege Besichtig.
Lieferung m. eigenem
Auto überall hin
Kand. Mook & Co.
Magdeburg
Alter Markt,
am Rathaus.

Von den
leichten Pland-
verkleidungen habe
ich billig abzugeben:
Damenanzüge von 45 Pf.
an, Herrenanzüge von
97 Pf. an, einzelne
Beisten von 80 Pf. an,
einzelne Jacketts von
2.50 Pf. an, ganze An-
züge von 4.70 Pf. an,
Herren- und Damen-
Uhren von 2.50 Pf. an,
Kant.-Mäntel von
1.80 Pf. an, goldene
Franzose von 2.70 Pf.
an, Damen-Mäntel u.
Kostüme von 4.10 Pf.
an. Außerdem Näh-
maschinen, Musikinstru-
mente und dergleichen
sowohl billig in
Max Eckstein sen.,
Böttcherstraße 5,
Ede. Vöhrke-
hofstraße

Teppiche — Laufer ohne
Anz. in 10 Monatsrat, bei
Teppichhaus Agay & Glöck,
Frankfurt a. M. 1197
Schreiben Sie sofort!

Konsum- Verein
für Magdeburg und Umgegend



Konsumbrot

ist

**wohlschmeckend
bekömmlich
appetitlich
preiswürdig**

Sergestellt unter Beobachtung peinlichster Sauberkeit in
gesundheitlich einwandfreien Räumen

!! In Güte wesentlich verbessert !!

•• Jede Hausfrau überzeuge sich selbst ••

Klug sein, wie er!



Einigkeit macht stark!

**Einigkeit ist aber
auch einträglich.**

Das wissen am besten die Qualitäts-
raucher, denn sie stehen geschlossen
hinter der preiswerten

Josetti Juno

der köstlichen 48 Cigarette
ohne Mundstück und mit Gold

Nachrichten aus der Provinz

Kreis Wanzleben

Große Funktionärsführung heute (Montag) 8 Uhr bei Pantrah. Die Vorstandswahlen sind vorzubereiten. — **Generalversammlung der Partei am Mittwoch den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Pantrah.** Berichterstattung des Vorstandes. Neuwahl. —

Groß-Ottersleben

Ziegenzuchtverein. Der ehemalige Harzer Ziegenzuchtverein tritt am Mittwoch den 25. Januar, 19 1/2 Uhr, in der grünen Ginde zusammen wegen Feststellung der Zahl der Ziegenzuchtgenossenschaft der weißen Saanenrasse. Alle ehemaligen Mitglieder müssen wegen der Wichtigkeit unbedingt anwesend sein. —

Anieburg

Gemeindevertretung. Es sollte Beschluß gefaßt werden über den Bau einer Landjägerwohnung. Unser Ort soll als größter in dem Bezirk mit Mitteln der Hauszinssteuer ein Haus errichten. Wenn auch Parchau der größte Ort im Bezirk ist, so liegt er doch ungünstig, nämlich in der äußersten Ecke des Bezirks. Die Zinsen der für den Bau aufzunehmenden Mittel würden eine Belastung der Gemeinde sein. Die Vertretung erklärte deshalb, daß es mit Hilfe der angebotenen Darlehen nicht möglich sei, den Bau zu errichten. Dann wurde die Straßenbeschaffenheit besprochen. Zur Regulierung der Brückenstraße soll mit der Witwe Wolff Dörre Rücksprache genommen werden, da deren Garten die Straße zu sehr beengt. Hoffen wir, daß in dieser Sache keine Schwierigkeiten entstehen. Die Müdenverteilung soll durch die Gemeinde auf Kosten der Besitzer veranlaßt werden. Wer damit nicht einverstanden ist, muß selbst für Verteilung der Müden sorgen. —

Parchau

Arbeitsmarkt. Augenblicklich ist die Zahl der Erwerbslosen wieder ziemlich hoch. Von 45 Arbeitslosen bekommen 10 Unterstützung aus der Krisenfürsorge. In voriger Woche war die Zahl der Erwerbslosen auf 50 gestiegen. Anfolge der günstigen Witterung haben einige Bauhandwerker und Schiffer wieder Arbeit bekommen. —

Gommern

Frauengruppe der Partei morgen (Dienstag) 20 Uhr im Gasthof zur Sonne erster Unterhaltungabend. Genosse Henkel wird einen Vortrag halten über „Friedrich Ebert und seine Zeit“. —

Stadtkreis Burg

Verdiente Strafe für die Bürgerlichen. Die erste Stadtvorordneten-Sitzung im neuen Jahre gestaltete sich sehr stürmisch, und schließlich verließen die Bürgerlichen den Saal. Der stellvertretende Vorsitzende, Legeck, leitete wegen der schweren Erkrankung des Vorsitzenden, Genossen Stollberg, die Versammlung; er sprach den Wunsch aus, daß der Vorsitzende Stollberg recht bald wieder gefunden möge und mit aller Kraft seine Arbeiten wieder aufnehmen könne. Stadtv. Gebhardt, der „Ketter“, fragte an, welche Konsequenzen die beiden Bürgermeister auf Grund des gegen sie ausgesprochenen Mißtrauens zu ziehen gedenken. Oberbürgermeister Schmels habe einen längeren Urlaub angetreten. Er richte nunmehr die Frage an Bürgermeister Wiegand, was er zu tun gedenke.

Deutsche Antwort des Genossen Wiegand. Genosse Wiegand erwidert darauf, daß Oberbürgermeister Schmels erkrankt sei; was er für Absichten habe, sei ihm unbekannt. Was ihn selbst betreffe, so habe er keine Ursache, irgendwelche Schritte auf Grund des ihm ausgesprochenen Mißtrauens zu unternehmen. Er heiße das Vertrauen seiner Partei und Fraktion und werde weiter wie bisher seine Pflicht tun und sich nur den Anordnungen seiner vorgelegten Behörde fügen. Stadtv. Gebhardt gab darauf die Erklärung ab, daß die Antwort nicht befriedigend sei und die Bürgerblockfraktion den Saal verlassen werde. Hier setzte die fälsche Rechnung der Bürgerlichen ein. Ihr Ziel war es, die Versammlung beschlußunfähig zu machen. Sie rechneten wieder einmal auf die Hilfe der Kommunisten. Sie wurden aber diesmal von den Moskauer Trabanten im Stich gelassen, denn die Kommunisten blieben in der Sitzung, ebenso auch der aus dem Bürgerblock ausgeschiedene Stadtv. Bischoff. Die Beschlußfähigkeit des Hauses war gesichert, die Aktion der Bürgerlichen verpuffte, trotzdem selbst der Vorsitzende und der Schriftführer verschwanden. Der Vorsitzende mußte erst darauf aufmerksam gemacht werden, daß er zumindestens, wenn er sich seiner Fraktion anschließen wolle, eine Erklärung abzugeben habe. Als ältestes Mitglied übernahm Stadtv. Bischoff den Vorsitz und führte die Gespräche weiter. Der Kommunist Heisinger hegweifelte unheimlichermaßen die Einmütigkeit der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion in bezug auf den Genossen Wiegand. Die Erklärung des Bürgermeisters befriedigte ihn nicht, sie sei auch in einem Tone abgegeben, der jede Demokratie vermissen lasse. Genosse Wiegand erwiderte, daß er nichts dafür könne, wenn dem Stadtv. Heisinger der Ton nicht passe. Es hätte ihm ferngelegen, irgend jemand zu beleidigen. Er werde so lange sein Recht ausüben, bis etwa die vorgelegte Behörde anders bestimmen würde. Unter Vernehmung der Sachlage sei eine zufällige Mehrheit gegen ihn zustande gekommen, und von dieser lasse er sich nichts vorwerfen. Niemand habe den Beweis erbracht, daß er seine Pflicht nicht erfüllt habe. Seit 8 Jahren sitze jedem, der ein Anliegen anzubringen habe, die Tür zu seinem Amtszimmer offen. In schwerster Zeit war er gekommen, an verantwortlicher Stelle zu stehen. Heute soll das alles vergehen sein. Bedauernd ist es, daß in der öffentlichen bürgerlichen Versammlung ein Feldherr im über Stollberg in verletzender Weise sprechen konnte. Genosse Reimelt junior betonte, daß in erster Stunde die Bürgerlichen heute einen Festungsrummel veranstaltet haben. Ihre so oft betonte Sachlichkeit sei völlig in die Brüche gegangen. Mehr als einmal wurde betont, daß man von dieser Seite niemand beleidigen oder verunglimpfen will, das Gegenteil aber ist als erwiesen zu betrachten. Heute auf einmal will man entdeckt haben, daß der Oberbürgermeister seine Pflicht der Stadt gegenüber nicht erfüllt. Keine Stimme der Bürgerlichen erhob sich seinerzeit um Protest, als Herr Schmels der Titel Oberbürgermeister gegeben wurde. In der Phönix-Angelegenheit ist mit der so berühmten bürgerlichen Sachlichkeit geradezu Schindluder getrieben worden. Die Suche nach den Schuldigen sollte man der Staatsanwaltschaft überlassen, die die Dinge in den Händen hat. Aber mit der ganzen Angelegenheit wird heute schon Wahlmanie getrieben. Die Worte in bezug auf den Genossen Stollberg kommen nicht aus dem Herzen, denn am liebsten hätte man auch ihm das Mißtrauen ausgesprochen. In der bürgerlichen Versammlung wurde Bürgermeister Wiegand von einem Feldheim in der gemeinlichen Weise angegriffen und beleidigt. Und niemand fand sich, um der bürgerlichen Sachlichkeit Geltung zu verschaffen. Gerade Feldheim habe alle Ursache, sich aus der Debatte fernzuhalten, denn gerade er sei es gewesen, der die Stadt schädigen wollte. Wir betreten den Bürgerlichen das Recht, im Rahmen von 25 000 Einwohnern zu sprechen. Solange Genosse Wiegand unsere Vertretenen besitz, wird er auch sein Amt ausüben.

Der Bürgerblock ausgeschaltet. Genosse Härlcin schlug nun vor, die Wahlen des Bureaus und der Kommissionen vorzunehmen. Genosse Kammeler be-

Die rückständige deutsche Landwirtschaft

Agrarische Hege gegen Konsumvereine

Die Ablehnung eines Butterangebots der Molkereigenossenschaft in Schandlitz durch den Konsumverein Leipzig-Plagwitz bewachte die ganze agrarische Presse, unter Führung eines hugenbergischen Korrespondenzbureaus, um eine wüste Hege gegen die Konsumvereine und natürlich auch gegen die Sozialdemokratie loszulassen. Die Artikel bewegten sich in dem Gedanken-gang, daß die deutsche Sozialdemokratie bemüht sei, „den deutschen Markt weiter kaputtzumachen, um die ausländische Wirtschaft zu stärken.“ Damit glaubt man wieder einmal, nach verähtem Vorkriegsmuster, die „Vaterlandskindlichkeit“ und den „Vaterlandsverrat“ der deutschen Sozialdemokratie bewiesen zu haben. Die Deutschnationalen können so etwas, besonders vor den Wahlen, sehr gut gebrauchen.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz gibt folgende Gründe für die Ablehnung des deutschen Angebots zugunsten einer Lieferung mit Butter aus Dänemark an:

„Wir führen seit längerer Zeit nur dänische Molkereibutter und zwar aus Gründen, die zweifellos nicht übersehbar sind. Unser Bestreben als Konsumgenossenschaft geht dahin, unsere Mitglieder nur mit wirklich hochwertigen Bedarfsartikeln aller Art zu versorgen. Wir legen dabei allergrößtes Gewicht auf eine durchaus gleichmäßig gute Beschaffenheit (Standards). Unser Butterumsatz beläuft sich auf rund 300 Zentner wöchentlich. Es wird ausreichend bekannt sein, daß es kaum möglich ist, Butter in solchen Mengen aus irgendeinem inländischen Erzeugungsgebiet von so gleichmäßiger Beschaffenheit zu erlangen, wie sie uns bei dänischer Butter gewährleistet ist. Das beweisen unsere früheren Erfahrungen mit schleswig-holsteinischer, obenburgischer und mecklenburgischer Butter zur Genüge. Es wird ferner bekannt sein, daß die erheblichen Unterschiede in der Beschaffenheit der deutschen Butter und ihre Mängel im Gegensatz zu den besten Qualitäten dänischer Butter nach Ansicht maßgebender Sachverständiger u. a. zurückgeführt werden: 1. Auf eine etwas rückständige Einstellung des deutschen Durchschnittslandwirts in wirtschaftlicher Hinsicht und auf mangelhafte entwickelte Gemeinnutz bei ihm, 2. auf mangelhafte technische Ausstattung vieler deutscher Molkereien.“

Endlich kommt in Frage, daß die im Durchschnitt qualitativ bessere und ihrer Beschaffenheit gleichmäßigere dänische Butter gegenüber der deutschen Butter im Preise trotz des Einfuhrzoll von 27,50 Mark je Doppelzentner und höherer Frachtpreisen sich im allgemeinen kaum teurer stellt als beste inländische Markenbutter. Das bedeutet mit andern Worten, daß der Einfuhrzoll durchweg in voller Höhe den inländischen Produzenten zugute kommt und nicht, wie es bei den Erörterungen über die Erhöhung der Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse vielfach behauptet wurde, vom Ausland getragen wird, sondern von den deutschen Verbrauchern, und zwar im Umfang der gesamten deutschen Butterproduktion.

Daß diese Ausnutzung der Zollsperrung möglich ist, hat seinen Grund in der Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft zurzeit nicht imstande ist, den Bedarf der deutschen Bevölkerung an milchwirtschaftlichen Erzeugnissen zu decken, weshalb die fehlende Menge durch Einfuhr gedeckt werden muß. Der Gesamtwert des Einfuhrüberschusses an milchwirtschaftlichen Erzeugnissen betrug bekanntlich 1925 552,7 Millionen Mark und 1926 445,7 Millionen Mark. Niemand, der auch nur die geringste Ahnung von volkswirtschaftlichen Dingen hat, wird behaupten wollen, daß diese Einfuhr ihre Ursachen in einer böswilligen Abneigung des deutschen Handels und der deutschen Verbraucher gegen die deutsche Landwirtschaft habe.

Es ist deshalb nichts als ein demagogisches Mäuschen, wenn die agrarische Presse unter absichtlicher Verkenntnis der rein wirtschaftlichen Verhältnisse der Konsumvereine den Sachverhalt als einen politischen Hege vermerkt und die Sache so darstellt, als ob der Bezug ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse sich planmäßig gegen die deutsche Landwirtschaft richte. Es wäre selbstverständlich zu begrüßen, wenn die deutsche Landwirtschaft ihre Leistungsfähigkeit in einer Weise steigern würde, die die Einfuhr milchwirtschaftlicher Erzeugnisse unnötig macht und wenn sie dabei den inländischen Bedarf nicht nur der Menge nach, sondern auch hinsichtlich der Güte der Erzeugnisse voll zu befriedigen vermöchte, ohne noch weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Verbraucher oder Drückung des Verbrauchs durch Schutzzölle.“

Wir empfehlen der deutschen Bauernschaft, die Ausführungen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz zum ersten Studium. Die deutschnationale Hege und die des Reichslandbundes hat doch die deutsche Landwirtschaft nur davon abgehalten, die wirtschaftstechnische Limitierung beiseite vorzunehmen. Die Konsumvereine sind bereit, mit der deutschen Landwirtschaft Hand in Hand zu arbeiten, wenn diese ernstlich versucht, gute marktfähige Produkte (Standardware) zu liefern.

Landwirtschaftliche Standards

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz und der deutschnationalen Presse lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder einmal auf die landwirtschaftlichen Standards in Deutschland. Die großen Verkaufszentralen, z. B. die Konsumvereine oder die Großhändlerfirmen, müssen darauf achten, ihre Kundenschaft dauernd mit einer Ware von bester und gleichbleibender Qualität, mit sogenannter Standardware oder Markenartikeln zu beliefern. Die Schaffung solcher Standards ist ein wichtiger Teil des Nationalisierungsprozesses überhaupt.

Wenn nun der Konsumverein Leipzig-Plagwitz die Geschäftsverbindung mit einer kleinen Molkerei ablehnt und die von ihr benötigte Buttermenge aus Dänemark bezieht, so beweist das nur, daß die deutsche Landwirtschaft gegenwärtig nicht in der Lage ist, standardisierte Ware bester Qualität in genügenden Mengen zu erzeugen. Die deutsche Landwirtschaft ist, soweit Warenstandards in Frage kommen, hinter den Landwirtschaften anderer Länder, z. B. der holländischen und der dänischen Land-

wirtschaft, zurückgeblieben. Zahlen wir jährlich Hunderte von Millionen Mark für Butter aus Dänemark, so ist das kein Zufall, sondern die betrübliche Tatsache erklärt sich aus der Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft. Das ist allgemein bekannt. Als z. B. vor einigen Monaten Führer des Reichslandbundes mit den Berliner Eierfirmen über die Belieferung des Berliner Marktes mit deutschen Eiern verhandelt wollten, lehnten diese zunächst jede Verhandlung mit der Begründung ab, daß die Inlandsproduktion in ihrem Geschäft überhaupt gar keine Rolle spiele, und nur mit Wähe wären sie zu bewegen, überhaupt über den Inlandsmarkt zu verhandeln. Das ist für die Landwirtschaft betrüblich, aber im Grunde genommen doch nur ein Beweis dafür, wie stark sie produktionsstechnisch in den Hintergrund geraten ist. Das, was die Berliner Eierfirmen der Landwirtschaft gesagt haben, hat auch der Konsumverein Plagwitz betont: Die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft.

Soweit die Schaffung einer Markenbutter in Frage kommt, um die es sich ja bei dem Streite zwischen dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz und der hugenbergischen Presse handelt, muß festgestellt werden, daß die deutsche Landwirtschaft auf diesem Gebiet erst in den letzten Jahren Fortschritte in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Kommeren und in Westfalen gemacht hat. In den außerpreussischen Bezirken ist die Markenbutter, abgesehen von Eisenburg, so gut wie gar nicht eingebunden. Selbst müssen die Erzeuger in Schleswig-Holstein anerkannt werden. Sie sind hier der Einrichtung einer strengen Kontrollstelle zu verdanken, der Molkereien angegeschlossen sind, die nur beste Qualitätsbutter herstellen. Von einer Zentralfabrik, Hamburg, aus wird das Produkt streng kontrolliert. Falls die Molkereien nicht beste Ware liefern und eine Befreiung der geringsten Mängel nicht erreicht werden kann, erfolgt die Entziehung der Marke, d. h. der Molkerei wird in Zukunft keine Butter mehr abgenommen, weil sie nicht genügend leistungsfähig ist.

Mit dieser Strenge hat man schließlich in Schleswig-Holstein das erreicht, was dort heute anzuerkennen und für die ganze deutsche Landwirtschaft vorbildlich ist. Weigern sich nun die deutschen Konsumvereine, Molkereien, die nicht im europäischen das Markenprodukt herstellen, das in Schleswig-Holstein produziert wird, ihre Ware abzuschmecken, so tun die Konsumvereine nichts anderes, als die von der Landwirtschaft selbst geschaffene zentrale Butterkontrollstelle tadeln. Die Ablehnung des Geschäftsverkehrs durch die Konsumvereine sollte als Erziehungs-, als pädagogisches Mittel gewertet werden. Die deutschnationale Presse macht aber daraus ein Wahlmanöver. Wer hier den Interessen der Landwirtschaft wirklich dient, braucht nicht besonders betont zu werden. Bei den Konsumvereinen liegt das Bestreben vor.

Die Landwirtschaft produktionsstechnisch weiterzutreiben. Die Hugenbergpresse verführt die Landwirtschaft nur dazu, weiter rückständig zu bleiben.

Die Einführung einer Buttermarke setzt natürlich die Erzeugung hochwertiger Milch voraus, die, auch nach Aufhebung der landwirtschaftlichen Organisationen, nur durch strenge Milchkontrolle zu erreichen ist. Wie es mit der deutschen Milchproduktion aber steht, geht aus Ausführungen hervor, die der Reichslandbund in der Person des Dr. Brandes auf der letzten Volkerversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Stettin gemacht hat und die wie folgt lauten:

„Es muß hier ganz offen und klar zum Ausdruck gebracht werden, daß das Verständnis für die Anforderungen, die wir an eine gesunde, gute Rohmilch stellen, in weiten Kreisen der Landwirtschaft noch nicht den Grad der Vollkommenheit erreicht hat, den wir als notwendig erachten. Ich habe mich sehr vorzüglich ausgedrückt, aber ich nehme an, daß man den tiefsten Sinn durchaus erkennen kann.“

Eine Provinz in Preußen hat vor kurzem ihre Molkereien untersucht. Ueber das Ergebnis der Untersuchung sagt der eben schon erwähnte Reichslandbundsführer und Vorsitzende des Deutschen Reichslandwirtschaftsrates Dr. Brandes, daß es einfach niedererschütternd ist und daß man es kaum auszusprechen wagt. Es zeigte sich, daß in einer Vielzahl der Molkereien auch die allermodernsten Einrichtungen zu einer qualitativ guten Butterherstellung fehlen. Das sind Dinge, die von landwirtschaftlicher Seite selbst festgestellt worden sind; wir müssen gestehen, daß die Kritik, die in der Ablehnung des Geschäftsverkehrs durch den Konsumverein Leipzig-Plagwitz liegt, noch nicht annähernd so weit geht. Das übersteht die agrarische Presse. Bei ihr kommt es ja nicht darauf an, der Wirtschaft, besonders der Landwirtschaft, einen Dienst zu leisten, sondern sie reizt die Luft, sich an der Sozialdemokratie zu reiben, sie auf dem flachen Lande zu verläumdern.

Ähnlich wie auf dem Gebiet der Molkereiprodukte steht es auch mit andern landwirtschaftlichen Produkten. Die deutschen Großhändler sind heute z. B. nicht in der Lage, in irgendeinem deutschen Dorfe mehrere Waggonen Äpfel von der gleichen Beschaffenheit aufzukaufen. Dasselbe kann auch im Grunde genommen über die deutsche Streifenproduktion gesagt werden. Schlimmer liegen die Dinge in der Fleischherzeugung. Der Verbrauch fordert heute das mit Fett und Speck nur leicht durchwachsende Fleischschwein. Der deutsche Landwirt hat sich aber immer noch nicht auf die veränderten Voraussetzungen des Marktes umgestellt. Dabei ist die Produktion des Fleischschweins bei weitem wirtschaftlicher. Wenn man die Preise für die drei Zentner schweren Schweine mit denen für zwei Zentner schwere vergleicht, dann findet man, daß ein Unterschied von einer Mark besteht. Für diese eine Mark müßten die deutschen Landwirte heute noch monatlang Fett auf die Schweine; d. h. sie arbeiten so unwirtschaftlich, wie man sich das nur denken kann. Man wird aber darüber nicht staunen, wenn man erfährt, daß in der Domäne des Reichslandbundes, in Ostpreußen, heute nicht weniger als 670 000 Ferkel auf Kulturland vorhanden sind, die noch der Melioration bedürfen.

Ohne Zweifel müssen wir unsere landwirtschaftliche Produktion nach besten Kräften fördern, um unsere Handelsbilanz zu entlasten. Erforderlich ist aber, um unsere Landwirtschaft produktionsstechnisch zu stärken, zu sagen, was not tut. Man handelt nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Landwirtschaft, wenn man diese Probleme zu einer politischen Hege braucht, wie das die agrarische Presse tut. —

tonte, daß in einem Infanterie der Bürgerlichen es ablehnen, auf die Angriffe uners Flugblattes einzugehen. Auch die Versammlung möge es unter ihrer Würde halten, sich noch länger mit dem Verhalten der Bürgerlichen zu beschäftigen. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Gbeling, 2. Vorsitzender Schindler (Komm.) und Schriftführer der Genossen Kammeler und Böhnig. Zur Ausübung des Kontrollrechts wurden gewählt die Genossen Paproth, Soma und Schwab (Komm.). Die Finanzkommission wird befehligt durch die Genossen Gbeling, Hällein, Kammeler, Stollberg, die Kommunisten Steiger und Heisinger sowie Stadtv. Bischoff (Dem.).

Der Besetzung der Bahnhofspromenade wurde im Sinne des Magistratsantrags zugestimmt; die durch den Sturm beschädigten Räume werden entfernt und durch neue ersetzt. Von dem Befehlsh. Gelände von Herrn Ducho in der Feldmark „Bürgermarkt“ durch die Stadt angelaufen, wurde zurückgetreten, da sich die Situation geändert habe. Genosse Paproth betont, daß eine Notwendigkeit für den Ankauf nicht mehr gegeben sei. Die Beiträge für die gewerbliche und hauswirtschaftliche Schule,

wurden genehmigt. Es werden erhoben für jeden beschäftigten Arbeiter im Jahre 3 Mark. Von unserer Fraktion wurde der Antrag eingebracht, zur schnelleren Erledigung und Verabschiedung der Befehlsverordnung für die Beamten und Angestellten der Stadt eine viergliedrige Kommission zu wählen, an der sich der Magistrat entsprechend beteiligen möge. Der Stadtvorordnete soll dann zur nächsten Sitzung eine Vorlage unterbreitet werden. Gewählt wurden die Genossen Kammeler und Soma und die Stadtv. Bischoff und Schindler. Die festgesetzte geheime Sitzung mußte infolge Beschlußunfähigkeit ausgesetzt werden.

Zu der neuen Situation müßten wir noch bemerken, daß die Mehrheit, die das Mißtrauen gegen die Bürgermeister ausgesprochen hat, gesprengt ist. Genosse Wiegand hat nun um so mehr Ursache, den Forderungen der Bürgerlichen nach zu folgen. Die Schuldfrage in der Phönix-Angelegenheit spielt in dem Bürgerblock eine große Rolle. In den Beratungen der bürgerlichen Fraktion nimmt aber auch Dr. Schöneberg, der juristische Berater der Stadt, teil. Wir werfen nun die Frage auf: Wenn

man in den beiden Bürgermeistern die Schuldigen sieht, weshalb dann nicht auch in Herrn Dr. Schöneberg? Wurden nicht alle Verträge unter seiner Mitwirkung zustande gebracht? Ist nicht Dr. Schöneberg mit seiner ganzen Person für die Werke eingetreten? Mühte er nicht als juristischer Berater der Stadt als erster seine warnende Stimme zu erheben? Heute scheint er aber mit seinen Fraktionskollegen in das selbe Horn zu blasen. Festgestellt muß auch noch werden, daß die bürgerlichen Stadträte es ablehnten, das Theater ihrer Fraktion mitzumachen, und wohnen den Verhandlungen bis zum Schluß bei.

Prinzipielle. Stadtrat Genosse De Lor aus Forst begehrt heute seinen 70. Geburtstag. Aus Anlaß dieses Tages hat er uns 50 Mark übermitteln, um den Jnsassen im Altersheim eine Freude zu bereiten. Genosse De Lor verließ mit seinen Eltern, die Textilarbeiter waren, als Zwölfjähriger unsere Stadt. In der Lausitz wirkte er später für seine Organisation, wurde Gauleiter und ebendort Stadtrat in Forst. Wir wünschen dem Genossen an seinem 70. Geburtstag einen frohen Lebensabend.

Kreis Terschow 2 Kirchmöser

Aus der Haft entlassen worden ist der Elektriker Willi Fleischer. Er war, wie berichtet, unter Mordverdacht von der Polizei festgenommen und in Untersuchungshaft genommen worden. Es hat sich, wie wir hören, nicht der Schatten eines Beweises ergeben, daß F. die Walli Barl ins Wasser geworfen hat. Alle diejenigen, die Fleischer kennen, haben ihm von vornherein eine solche Tat nicht zugekraut, zu der auch nach Lage der Sache für den jungen Mann kein Anlaß vorlag.

Kreis Wolmirstedt Barleben

Zur Sitzung des Kulturartells waren auch die Vertreter aller dem Sportartell angeschlossenen Vereine erschienen. Nach einer Aussprache wurde beschlossen, um in Zukunft ein gemeinschaftliches Arbeiten aller im Gewerkschaftshaus tagenden Vereine zu ermöglichen, am Donnerstag den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, eine Sitzung stattfinden zu lassen, zu der alle dafür in Betracht kommenden Vorstände der Organisation oder deren Stellvertreter zu erscheinen haben.

Die Frauengruppe der Arbeiterwohlfahrt hält am Sonntag den 28. Januar ihr 3. Stiftungsfest im Gewerkschaftshaus ab. Hierzu sind auch die Frauengruppen der umliegenden Ortsteile eingeladen. Ein gut ausgewähltes Programm gelangt zur Aufführung. Programme sind bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.

Die Einwohnerzahl in unserem Orte betrug Ende 1927: 4213; davon sind 2050 männliche und 2163 weibliche Bewohner. Geboren wurden 88 Kinder, davon 48 männliche und 40 weibliche. Todesfälle kamen 60 vor (38 männliche und 22 weibliche). Esen wurden 48 geschlossen. Durch Fortzug und Zugzug ergab sich ein Mehr von 100 Personen für unsern Ort gegenüber dem Jahre 1926.

Kreis Neuhalbensleben Ammendorf

Gemeindevertreter-Sitzung. Mit einem Rückblick auf die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit der Gemeinde eröffnete Gemeindevorsteher Vogel am Sonntagabend die Gemeindevertreter-Sitzung. Hervorgehoben wurde der Neubau und die Fertigstellung der Straße nach Neu-Ammendorf. Mit diesem Straßenbau hat praktisch das Auenquartier über das von der Gemeinde erworbene Gut seinen Abschluß gefunden. Ferner seien noch genannt: die Schaffung eines Raumes für die Feuerprobe und die bedeutende Erweiterung des Wasserleitungsnetzes. Im Schulwesen ist durch den rührigen Tätigkeit des Direktors Maasbach zu verzeichnen, daß hier auf Seiten des Kreises eine Versuchsschulungsschule für junge Mädchen errichtet wird. Der Vorsteher wünscht ein weiteres gedeihliches und erfolgreiches Arbeiten für das Gemeinwohl. Die Auflösung der Gutsbezirke macht es erforderlich, daß eine bis jetzt zum Gutsbezirk Wabelben gehörige Ackerfläche in Größe von 10,4128 Hektar dem Gemeindebezirk Ammendorf angegliedert wird. Die Eingemeindung bringt einen jährlichen Grundsteuerertrag von 137,44 Talern. Die Zustimmung hierzu wurde gegeben. Zwei Landarbeitern wurden Ansprüche zur Errichtung von Landarbeiterheimen überlassen und zwar je 1/2 Morgen für 500 Mark. Einem Antrag der Stiebler der dortigen Bäckerei auf Schaffung eines befestigten Fußweges wurde stattgegeben. Sobald es die Witterungsverhältnisse gestatten, soll mit den Arbeiten begonnen werden; und zwar erhält

zunächst die Mathenastraße von der Wesenleber Straße bis zum Stiebler Weidte einen Fußweg. Den betreffenden Stieblern wurde anheim gegeben, sich in der Ausdehnung ihrer Grundstücke an den Arbeiten zu beteiligen. Gemäß dem Antrag der Anlieger der Scholle soll die Beleuchtungsanlage des Ortes zum kommenden Herbst den Wünschen der Antragsteller entsprechend erweitert werden. Ueber die Kostenfrage soll zuerst mit dem Heberlandwerk Gilsleben (Sauer) verhandelt werden. Wiederum wurde dann die Anlage eines festen Zufahrtsweges zum Friedhof in Neu-Ammendorf beraten. Ein längerer Schriftwechsel wurde verlesen. Im allgemeinen verteil der Antrag auch diesmal der Ablehnung, jedoch wurde den Antragstellern so weit entgegengekommen, daß ihnen Material zur Auffüllung des Weges aus dem Neu-Ammendorf nahegelegenen Steinbruch zum Selbstansfahren zur Verfügung gestellt wird.

Bei der Jagdverpachtung gab der Gastwirt Otto Hülsbusch mit 910 Mark das Höchstgebot ab.

Gründung eines Gemischten Chors. Diejenigen republikanischen Frauen und Mädchen, die Freude an der Pflege des Gesanges haben, werden gebeten, sich zur Gründung eines Gemischten Chors in der Gesangsgruppe des Reichsbanners beim Kameraden Werner Nubendorf zu melden, oder sich zum nächsten Übungsabend am Donnerstag im Ottoschen Lokal einzufinden.

Frauengruppe der Partei. Versammlung morgen (Dienstag) abend.

Neuhalbensleben! Neuhalbensleben!

Die Mutter

frei nach dem gleichnamigen Roman von Maxim Gorki, wird mit einem umfangreichen Programm am Mittwoch den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Schloß Lichtspielen in den

Film-Feststunden

gezeigt werden. — Eintritt im Vorverkauf 60, an der Abendkasse 75 Pf. Eintrittskarten sind zu haben bei den Gemeindevorsteherämtern, im Arbeitersekretariat und bei Fehle.

Es ladet freundlich ein **Der Arbeiter-Bildungsausschuß.**

Kreis Calbe Mendorf

Die Generalversammlung des Parteiverbands war zahlreich besucht. Den Hauptbericht erstattete Genosse Winkler, den Bericht von der Gemeindevertreter-Sitzung Genosse Escher und von der Gemeindefestung in Berlin Genosse Bachmann. Im Jahresbericht wurde erwähnt, daß eine Frauengruppe ins Leben gerufen ist und daß die Mitgliederzahl im Parteiverband 35 männliche und eine weibliche auf 47 männliche und 43 weibliche gestiegen ist. Die Zahl der Leser der „Volksstimme“ erhöhte sich auf 110 Abonnenten. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Wilhelm Escher, 2. Karl Schmidt, Kassierer Erich Winkler, Schriftführer Otto König, Beisitzer Wilhelm Schwarzlose und Anna Wallstabe, Revisoren Wilhelm Fehlig und Fritz Heimburg, Unterkassierer Karl Eschermann sowie zwei von der Frauengruppe zu wählende Genossinnen. Genosse Ernst Bachmann wurde als Delegierter zum Kreisparteitag in Stajfurt am 1. April gewählt. Parteiveteran Genosse Andreas Herrmann schilderte die Anstrengungen der Bürgerlichen, die keine Mittel unversucht lassen, um bei den kommenden Wahlen durch eine Einheitsliste des Bürgerlichen die Macht an sich zu reißen. Um das zu verhindern, muß es Aufgabe jeder Genossin und jedes Genossen sein, Aufklärung in den Massen zu verbreiten.

Kinosprengung am Dienstag den 7. Februar im Friedhofen Lokal, nachmittags für Kinder Eintritt 20 Pf., Erwachsene 50 Pf.

Frauengruppe Zusammenkunft am Freitag den 3. Februar, 20 Uhr.

Barbn

Son Arbeitsmarkt. Das anhaltende milde Wetter brachte Mitte Januar das erwartete Zurückgehen der Arbeitslosenanzahl. Vor allem wurde der Rückgang durch die zeitweilige Wiederaufnahme der Schiffahrt hervorgerufen. Der Baumarkt ruht noch fast vollständig, so daß nur ein geringer Abgang an Bauarbeitern zu verzeichnen ist. Für die nächste Zeit kann mit einem weiteren Abgang von Schiffen gerechnet werden, der aber aus-

geglichen werden dürfte durch Zugang aus vorübergehend Arbeit. Einem Zugang von 11 (6 männlichen und 5 weibliche) steht ein Abgang von 151 männlichen Arbeitsuchenden gegenüber, so daß ein Zurückgehen des Angebots um 140 Arbeitsuchenden oder um 18 v. H. zu verzeichnen ist. Mit einem weiteren wesentlichen Sinken der Arbeitsuchendenziffer kann erst mit Beleben des Baumarktes gerechnet werden. Am 19. Januar waren noch vorhanden: 588 Hauptunterstützte, davon 44 in der Kreisfürsorge mit insgesamt 778 Zuschlagsempfängern. An Arbeitsuchenden sind 822 (511 männliche und 311 weibliche) gemeldet.

Bier

Zur Erläuterung unseres Berichts über die letzte Gemeindevorsteher-Sitzung in Nr. 16 der „Volksstimme“ diene folgendes: Bei dem erwähnten Prozeß handelt es sich um den von J. Däumler gegen die Gemeinde Bierre wegen Auffüllung der Verbindungsstraße zwischen Friedrichstraße und Feldstraße angebrachten Prozeß. Durch die Auffüllung dieser Verbindungsstraße, die nebenbei bemerkt ein Schilfbürgerrecht ist, bekam D. das ganze Wasser von der Feldstraße auf seinen Hof und in seinen Garten. Daß das nicht gerade vorteilhaft für das Grundstück ist, wird wohl jeder Laie begreifen. Das Gericht aber (siehe ander Meinung zu sein. D. verlor den Prozeß. Um weitere Kosten zu sparen, stellte er den Antrag, einen Vergleich zu schließen. Wäre die Gemeinde mit ihrem deutschnationalen Gemeindevorsteher an der Spitze nur halb so entgegenkommen gegen D. gewesen wie man es gegen die Witwe des verstorbenen Gemeindevorstehers ist, der noch dazu der Sündenbock in dieser Angelegenheit ist, so wären unnötige Kosten gespart. Von unserer Seite ist immer auf einen Vergleich hingearbeitet worden; aber ohne Erfolg.

Sozialistische Kommunalpolitik. Unter dieser Überschrift bringen die „Mitteldeutschen Nachrichten“ in Nr. 12 eine Erwiderung auf unsern Artikel „Deutschnationale Gemeindepolitik“ in Nr. 244 der „Volksstimme“. In dem Artikel stellten wir fest, daß die jetzige Gemeinde-Vertretung mit ihrer bürgerlichen Mehrheit zur Beseitigung der Wohnungsnot auch nicht das geringste getan hat. Unter wirtschaftlich viel schwierigeren Verhältnissen (Nachkriegszeit und Inflation) hat die erste Gemeinde-Vertretung nach dem Kriege mit einer linksmehrheit tatkräftigen Wohnungsbau gefördert, ohne auch nur einen Pfennig Schulden zu machen, ja noch nicht einmal das Vermögen der Gemeinde ist angegriffen worden. Die „Mitteldeutschen Nachrichten“ erzählen nun folgendes: „Als die Sozialdemokratie nach der Revolution in der Gemeinde Bierre die alleinige Regierungsgewalt innehatte, ist durch zahlreiche Neubauten alles versucht worden, die Wohnungsnot in B. zu lindern; es hat sich dabei allerdings eine gewisse Schuldenaufhäufung (1) nicht vermeiden lassen. Heute dagegen werden von der bürgerlichen Führung der Gemeindevertretung nur sehr wenig (1) Häuser gebaut; allerdings hat man bisher 20 000 Mark sparen können. Es ergibt sich daraus die Frage, was ist sozialer Gedanke: viel Häuser bauen, selbst auf die Gefahr hin, große Schulden zu machen, oder den Bau neuer Häuser nach den vorhandenen Mitteln zu richten und dabei vielleicht noch Erparnisse zu machen.“ Es folgt dann eine längere Ausführung darüber, daß, wenn die Gemeinde angenommen 1 000 000 Mark Schulden machen würde, die Gemeindevorsteher auch mal wieder diese Schulden bezahlen müßte. Die Zeitung fährt dann fort: „Es kann dies (die Bezahlung der Schulden) nur geschehen, durch Steuererhöhungen, die selbstverständlich nicht die Berufsschichten der S. P. D., wohl aber alle andern (?) trifft. Auch dies ist ein Ausblick auf die nächste Wahl.“ Zunächst einmal sind wir Sozialdemokraten den „Mitteldeutschen Nachrichten“ dankbar für die Anerkennung, daß die Gemeindevertretung mit unserer Mehrheit alles versucht, nein auch alles getan hat — denn darauf kommt es an im Leben —, die Wohnungsnot zu lindern. Aber das Gerede von der „Schuldenaufhäufung“ ist ein Haufen Schwindel. Aber das sind wir ja von den Bürgerlichen gewöhnt. Aber es kommt noch schlimmer. Die jetzige Gemeindevertretung mit der bürgerlichen Mehrheit hat nach der Feststellung der „Mitteldeutschen“

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Erst mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!

Auf dem toten Gleise

Roman von Heinrich Bruno Gropper.

Verlag Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin.

Kaufdruck verboten.

Ein bergiges Land, Wälder auf den Höhen und Dörfer in den Tälern, und zwischen Wald und Dorf die Acker und Wiesen, von den vielen Feldwegen in lauter Lage, ungleiche Streifen zerhackt. Und von all den Höhen ein weiter, herrlicher Blick über die ungeländerten Gefilde bis an einen Bergwall im Süden und im Norden in die Unendlichkeit einer verästelten Ebene. — Ich kenne deine Heimat nicht, du, der sich ausstreckt, diese felsige und schwerblütige Erhebung zu lesen; aber eine schönere als ich hier da auch nicht.

Und meine Heimat ist auch die deine gewesen. Wir sind Landsleute, der „alte Andreas“ und ich, und deshalb kenne ich die Geschichte seines Lebens wohl. Und daß er, der noch heute in der Erinnerung der Menschen meiner Heimat unter jenem prägnanten Namen und in noch prägnanterer und schon ins Jagenhaft Ungeheuerlichkeit Gestalt fortlebt, wenigstens bei den Alten: daß er fast ein Menschenalter früher lebte als ich, ist für mich und für dich ohne Bedeutung.

Ja, wir haben die gleiche Heimat, er und ich; und wie weit wir auch sonst uns voneinander sind und gleichen, tief in den Gründen unserer Seelen, das weiß sie auch. Denn die Mutter Heimat kennt ihre Kinder und führt sie durchs Leben, geht ihnen nach in der Fremde, um keine zu verlieren, trägt sie dort mit der Hoffnung auf die Wiederkehr und wühlt ihnen das Herz auf und peinst sie mit dem wilden Weh und der verzehrenden Sehnsucht nach Hause.

Er hat es erfahren wie keiner. —

Auch seine Wiege — eine wirkliche Wiege noch, himmelblau und bemalt mit roten Rosen und gelben, flatternden Vögeln und einem flammenden Herzen zu Füßen — hatte im Väterlichen Bergland gefunden, in einem der großen „Oberdörfer“, die dort, eins an das andre gereiht, sich oft stundenlang in den Tälern der Wälder hingehen. Wo in den achtziger und neunziger Jahren die qualmernden Fabrikfabriken emporkamen wie vom heißen Fels die Gesteine, wo die Industrie mit ihren kahlen, vierhöckrigen Fabriken sich brutal hineinzwang zwischen die kleinen hölzernen Weberhäuschen und mit eisernen Fingern durch die Schiebefensterchen über die Klummentöpfe hinweg in die niedrigen und immer ein wenig dumpfen Stuben langte und am großartigen Handwehrt den „Eberbaum“ zerbrach und am jurenden Sprudeln die „Spille“. Fremd wie Kuckuckslager lagen die Fabriken in den friedlichen Nestern.

In dieser Zeit war Andreas Bürgert ein junger Bursche gewesen. Weiter zurück war eine seiner frühesten Erinnerungen, wie die erste Eisenbahn über den großen Wald mit zertrümmertem Geir hatte noch im Dorf und im Mühlgraben, die Hosen bis weit übers Knie aufgestrempelt, Krebse und Schmerlen gefangen. Bald freilich kochten die hellen Bäche blaugrau und überfiedelnd durchs Dorf, und die giftigen Fäbberabflüsse mordeten Krebs und Fisch. Im übrigen aber konnte ihm die Industrie wenig

anhaben, denn er war ein Bauernsohn. Sein Vater besaß ein Gut, nicht eben allzu groß, aber doch ein Bauerngut, auf dem die Bürgerliche schon seit Generationen saßen; wie denn überhaupt jene Oberdörfer im Ostwinkel Sachsens noch immer zu halben dem Bauer gehören. — Fröhlich wurde er, dem eignen Gefühl nach wenigstens, sein eigner Herr, da der Vater zeitig starb und sein Bruder, der Erbscheune, bei seinem Tode Haus und Hof bekam noch unvater, ungeachtet dem Bauernrecht. Und da der Bauern, den er erhielt, trotzdem ihm nur noch etwa zwei Jahre bis zur Volljährigkeit fehlten, natürlich auch ein Bauer war, so wurde der Jüngere in einer Weise „abgefunden“ und das Erbe so geteilt, daß auch hier kein Zweifel darüber sein konnte, welcher von beiden der Esau und welcher der Jakob wäre. Und sein Bruder war einer, dem mit einem Einverständnis nicht beizukommen war.

Über der Andreas gönnte dem „Großen“ neidlos „den ganzen Kram“, und es fiel ihm nicht in einem Gedanken ein, diese Art der Erbteilung anzuzweifeln oder zu bestritten. Das war so, weil es immer so gewesen war; wäre er der Ältere gewesen, dann gehörten ihm eben Haus und Hof und Feld und Vieh; einer konnte es nur haben. Und ebensowenig fiel es ihm ein, sich nun einen Schein des Unabhängigseins und eine trügerische Selbstständigkeit dadurch zu verschaffen, daß er sich etwa der großen Heide angeschlossen, die jeden Morgen aus allen Häusern rante und bis auf den letzten verschlungen wurde von den raselnden Ungeheuern der Fabriken, die sie dann am Mittag und am Abend wieder ausspülen — um einen unmerklichen Schein bläpfer, um einen winzigen Grad schwandlichtiger, um einen vollen verlorenen Lebenstag armer. — Andreas Bürgert blieb, was er war: ein Bauernsohn. Im Vollgefühl der Kraft seiner jungen Arme drückte er den Pflug in die braune, aufbrechende Erde, daß die Pferde schraubten und stampften und knirschend in die Baumstämme bissen. Und er sog den heißen Duft der Scholle in tiefen Zügen und freute sich an dem Muskelspiel seiner zwei starken Tiere, die vor ihm herstampften und zu jedem Schritt bald im Gleichschritt, bald in wirrem Wechsel mit den Köpfen nickten. Wie sich der Starke eben freut am Starren. Aber er schwang die Sense in weitem, schwebendem Schwung oder stemmte die Schulter unter den vollbeladenen Erntewagen, dessen Hinterräder nicht über die Scheunenabwelle wolkten, und wußte nicht, wohin — mit all seiner überquellenden Kraft.

So ward er, ein freier Knecht, in freigelegter Arbeit und in freier, harter Luft zu dem, was er nach seines Wehens Gebot hatte werden sollen.

Und wenn dann noch sechs hiernachigen Wochentagen der Sonntag kam, büßete er seinen Rod und seinen schwarzen Füllhut und feste ihn tief und gerade in die Stirn und ging den untermeißlichen Gang zur Kirche, ging ihn ohne kehrisches Wagnis und Warum, obwohl ihn nichts hinstreckte und er erst recht nichts von dort mitbrachte. Glauben hatte er natürlich viel, er glaubte alles, was nur irgend verlangt wurde, aber auf sein übriges Christentum warfen gerade die Sonntag ein schlimmes Licht. Denn da saß dann am späten Nachmittag der schwarze Gut arg auf dem linken Ohr, und dann ging's „neben die Kirche“, in den Kretscham oder wo sonst der Brummbach raunte; und wo er mit seinen drei oder vier Getreuen sich auf einem Langboden

sehen ließ, dort wohnten gewöhnlich Krieg und Frieden nahe beieinander. Nicht, daß sie gerade darauf ausgingen zu randalieren, aber sie gingen auch keinem Streit aus dem Weg und hielten sich dann auch nicht lange bei Worten auf, sondern sorgten dafür, daß ihr Ruf, die handfestesten Kreie zu sein, keinen Schaden litt. Außerdem konsumierten sie natürlich auch die gehörige Menge geistiger Getränke aus großen und kleinen Gläsern und ließen sich ab und zu sogar herab zu tanzen. Der Andreas allerdings war ein schlechter Tänzer. Zur Not brachte er ja einen holprigen Walzer zustande, nur durfte die Tänzerin nicht empfindlich sein, doch tat er es selten; und gar eine Polka zu hopfen wachte ihm an sich noch zehnmal lächerlicher erschienen als an andern. Und lieber einen Mord begehen als sich lächerlich machen! Aber einen richtigen, handfesten „Dreher“ mit Selbstgenügsamkeit und ein derbes Wädel, und wenn's auch keine Bauernrotter war, und das so richtig rangenommen! Da stellte er seinen Mann. Sie stöhnten wohl zuweilen, in Schmerz oder Lust, wenn er ihnen die Rippen und die Brust preßte und sie es nachher noch eine halbe Woche lang spürten, mit wem sie getanzt hatten. Und manche stöhnten wohl auch noch des Nachts im Traum und bis in die Rippen, wenn sie darüber erwachte. —

Einen Schatz aber hatte der Andreas Bürgert nicht. Seine gärende, ungebändigte Kraft ließ noch keine Liebe aufkommen. Er war einer von den Spätreifen, diesen seltenen Naturen, die in ihrem eifersüchtigen Menschentum meist ein schmerzliches Leben haben.

Und von draußen her war ihm Liebe auch noch nicht begegnet, daß er sie hätte im Glanz eines Auges, im Lächeln eines Mundes erkennen können. Seine ganze Kindheit war ja auch ohne Frauenliebe gewesen, ohne die Seelenlehre, die Gegenliebe reifen läßt; und der Trieb zum andern Geschlecht, der in diesen Jahren nur allzu leicht ins Maßlose wuchert, lag noch in harter Knospe. Sonne hatte ihm gefehlt.

Die Mutter, die ihn geboren, kannte er nicht. In seinem zweiten Lebensjahr war sie gestorben. Mitten im Sommer, in der Heuernte. — Da war an einem glühenden Sonntag, als die Erntewagen mit ihrer duftenden Frucht schon zwischen Hof und Wiesen hin- und hergeführt, ein schmerzliches Gemitter über Wäldern her heraufgezogen, und ein wilder Kampf hatte begonnen zwischen den Bauern und dem Wetter. — Ihren Mägden voran schaffte und raffte die Bürgert-Bäuerin. Die blühende Frau war zum drittenmal gelegenen Leibes. Aber das war für eine ordentliche Bauersfrau natürlich kein Grund, an einem solchen Tage nicht die erste und den besten Weibern voran zu sein. Wein, und auch ein Bauernkind voll schon im Mutterleib erfahren, was Arbeit ist. — Oh, wie sie schaffte, die Bürgert-Bäuerin! — Und sie zwangen es. Das Gemitter hatte eine Weile zu tun, bis es über die Berge kam. Die Männer luden das letzte Fuder, da brach's endlich los. Es war, als ob ein knackernder Blitz die Wolken aufriß, und fauchende Windstöße peitschten die schweißdurchlöcherten Menschen mit eisigen Hagelstürmen.

Und am nächsten Tage war die Bäuerin fieberwilt in ihr Bett getaumelt; und eine Woche später nahm das Bürgertische Erbverhältnis einen neuen Bewohner auf unter seine schwerlastenden, alterdunkeln Granitplatten.

(Fortsetzung folgt.)

Im Bunde mit der Zukunft

Funktionärkonferenz der Ullmarck in Stendal

Meine politischen Freunde begehen in diesem Jahre das Jubiläum der 50. Wiederkehr des Tages, an dem das Sozialistengesetz in Kraft trat. 50 Jahre hat dieses Ausnahmengesetz gewollt. Was war der Erfolg? Die Sozialdemokratie hat die Urheber des Ausnahmengesetzes überdauert, die Geächteten, die Vaterlandslosen sind die Vaterlandsretter geworden, und die Urheber des Gesetzes, meine Herren Deutschnationalen, waren Fleisch von ihrem Fleisch. Und wie ergeht es ihnen? Sie sterben aus — wir aber leben! Sie verlieren den Glauben an sich selbst — wir aber kämpfen, und wir werden siegen, weil wir im Bunde mit der Zukunft sind!

(Aus Seberings Reichstagsrede.)

Durch die Ullmarck rittet der Zug. Bis zum Rande des grauen Himmels schweift der Blick über ebenes schneebedecktes Land. Selten nur ein Gehäus oder gar ein Wald, und weithin verstreut die Dörfer und kleinen Städte. Hier muß der Friebe zu Hause sein, träumt der Reisende aus der Fremde. Im Abteil sind aber auch „Einheimische“, und die denken ganz etwas anders. Sozialdemokratische Funktionäre sind es auf der Fahrt nach Stendal zu einer Sonntagskonferenz. Ueber das Agrarprogramm der Partei soll dort gesprochen werden. Von den Wahlen des Jahres ist schon jetzt die Rede.

In der Ullmarck lebt der Kampf wie überall. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft hat hier sogar einen schwereren Stand als sonst irgendwo. Unsere Funktionäre im Lande der fetten Schweine, der vielen Kirchen und des großen Glends sind Vorposten in einem noch nicht eroberten Gebiet. Wo die Wiege so vieler Herrenhausjunker stand, da herrschen auch heute noch die Deutschnationalen. Erbittert mühen sie gegen die „Koten“, die ihnen die Macht streitig machen. Aber die altmärkischen Genossen lassen sich auch durch keine Ausnahmemaßnahmen niederbuden. Sie haben nichts und sind dennoch reich durch ihren Glauben an die Zukunft. Seberings Worte hallen nach ihrem Herzen.

*

Die im Gewerkschaftshaus in Stendal tagende Funktionärkonferenz wird pünktlich, kurz nach 11 Uhr, vom Parteisekretär Genossen Müller mit der Mitteilung eröffnet, daß der als Redner geladene Genosse Wade wegen einer schweren Unfallverletzung nicht kommen konnte, daß nun aber der Landtagsabgeordneter Genosse Heinrich Wittich (Frankfurt a. M.) erschienen ist, um über die sozialdemokratische Agrarpolitik zu sprechen. In mehr als 2 1/2 Stunden Vortrag führt Genosse Wittich aus:

Die Wirtschaft ist das Fundament des Staates. Sobald die Wirtschaft ruht, versiegt die Steuerquelle. Niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit sind das Schicksal der Werkstätten. Und Absatzstörungen, Krisen sind dem kapitalistischen System eigentümlich. Die Wirtschaft ist es, die die Politik führt. Die von der Novemberrevolution alles erschaffen, hatten sich das nicht klargemacht. Die Zeit zur Sozialisierung war 1918 noch nicht da. Mit Experimenten hätten wir nur uns selbst geschadet.

Der Redner schildert nun mit vielen Zahlenangaben die weltwirtschaftliche Situation. Amerika, das 80 bis 90 Prozent seiner Rohstoffe selbst produziert und durch das Wollermorden vom Bankier der Welt geworden ist, hat sich rasch auf alle neuen Aufgaben eingestellt. Drei Viertel unverselbbar Marktes Amerika haben wir verloren. England erhält den größten Teil seiner Rohstoffe aus den Kolonien. Deutschland muß 75 Prozent seiner Rohstoffe und Halbfabrikate aus dem Ausland beziehen. Verloren haben wir auch die Absatzmärkte in Ostasien.

Die europäische Wirtschaft hat die fortgeschrittenen Ideen noch nicht begriffen. Sie erstreckt in den Schutzkollinaren. Gefährlicherweise hat die Weltwirtschaftskonferenz den Abbau der Zölle gefordert. Auch der deutsche Vertreter hatte sich dafür ausgesprochen. Die Reichsregierung aber beschloß fast im gleichen Moment die Kartoffel- und Zuderzölle. Auf der Weltwirtschaftskonferenz waren nur drei Arbeitervertreter. Wir müssen es uns zur Pflicht machen, bei derartigen Veranstaltungen immer dabei zu sein.

Der Redner zeigt nun durch Zahlen die fortgeschrittene Industrialisierung Deutschlands und die starke Abwanderung vom Land in die Städte. Unter den Erwerbstätigen steht der Arbeiter an erster Stelle. „Hat der Bauer Geld,“ so sagen immer die Deutschnationalen, „hat's die ganze Welt!“ Die Landwirtschaft hat keine geringe Bedeutung, aber so ist das falsch, auch wenn man nicht entgegen will, daß der Bauer sein Geld immer in den Strumpf getan hat. Wenn man produziert, muß man auch Absatz haben. Wichtig ist der, der konsumiert, der verbraucht, das sind die 70 Prozent der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

In der deutschen Landwirtschaft sind 14,2 Millionen Menschen beschäftigt. Durch Druck aus den Parlamenten ist die Zahl der Wanderarbeiter zurückgegangen. Zum Gutsfruchtbar ist durchaus nicht die Veranziehung von Ausländern notwendig, und sie ist energisch zu bekämpfen, solange es so viele deutsche Arbeitslose gibt. Die Hauptkonkurrenten unserer Landwirtschaft sind Nord- und Südamerika und Australien mit ihren besseren klimatischen und Bodenverhältnissen. Auch die Einführung der Maschine spielt eine große Rolle. Die Getreideproduktion der Welt ist so

günstig, daß jeder satt werden könnte, aber das kapitalistische System verhindert eine vernünftige Verteilung, heißt lieber Dampf mit Weizen und läßt in den Äfen von Hunger die schönsten Butter verderben, nur damit der Preis nicht sinkt!

In der Zollfrage steht unsere Partei im Gegensatz zu sämtlichen bürgerlichen Parteien. Die Großagrarier wollen durch Zölle geschützt sein, um sich auf die faule Haut legen zu können. Aus der Vorkriegszeit haben wir noch die vielen Oden- und Moorlände. „Je mehr Ernte, je niedriger die Preise“, so denken die Besitzer. Durch die Zölle nun wird die Ernte in der Mitte und Kleinen zerstört. Für die Großagrarier aber bedeuten sie einen Anreiz zur Vervielfachung, eine Stärkung der Faulheit. Die deutsche Landwirtschaft hat sich auch noch nicht zum realen Kaufmann entwickelt. Oben in der Riste liegt der gute, unten der schlechte Salat, dann aber wundern man sich darüber, daß oft ausländische Ware vorgezogen wird.

Der Redner kritisiert nun Maßnahmen in veterinärpolizeilichen Maßnahmen. Dann bringt er Beispiele dafür, wie das amerikanische Gefrierfleisch verteuert wird. Der Umsatz der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1928, so fährt er fort, läßt ihre Bedeutung erkennen. Wenn die Produktion modernisiert wird, haben wir genügend Kartoffeln und genügend Milch. Als Beförderungsmittel steht das Pferd auf dem Aussterbe-Etat. In 10 Jahren wird in Deutschland nur noch der Motor in Frage kommen.

Die Landwirtschaft ist in Not, so sagt der Landbund. Wer ist schuld daran? Wer hat 1919, als im Lande noch alles fehlte, die Zwangsverwaltung aufgehoben? Die deutschnationalen Großagrarier sind Gegner des Staates, sie lehnen den Staat ab — aber Millionen wollen sie daraus haben! Kein Pfennig ihrer Verpflichtungen darf ihnen niedergeschlagen werden. Hände weg, denn das sind Steuergroschen!

Wenn wir auf der Höhe wären, dann würden wir an der Einfuhr zu sparen versuchen. Freimachen von zollpolitischen Hirngespinnsten und mehr Viehzucht sind die Parolen. Wie Dänemark und Holland müßten wir Schweine ausführen. Milch und Butter müßten die Margarine verdrängen. Brauchen wir Zwiebeln und Gurken aus Holland einzuführen? Oder Eier?

Ob Groß- oder Kleinbesitz ertragfähiger sind, darüber ist in unserer Partei oft gestritten worden. Die Verteilung ist nicht leicht, schon weil die Begriffe „groß“ und „klein“ verschieden aufgefaßt werden. Aus dem Boden muß so viel als möglich herausgeholt werden. 1 1/2 Millionen Hektar Braue sind für Deutschland zuviel. Die Landwirtschaft hat sich nicht wie die Industrie entwickelt: die Zahl der Kleinbetriebe hat sich vermehrt. Das hat in vielem einen Wandel unserer Auffassungen bedingt. Der Redner schildert nun die Entstehungsgeschichte des Agrarprogramms, das der Kieler Parteitag einstimmig beschloß.

Unsere wichtigsten Ziele sind: Enteignung der Besitzungen von mehr als 750 Hektar gegen Entschädigung nach der Steuerleistung, Vergrößerung der Anbaufläche, Förderung der Landarbeiterfiedlung und zwar Schaffung selbständiger Siedler, gründliche Erneuerung des Schulwesens, Verpfanzung vom Westen nach dem Osten, eine Nachschubordnung als Bestandteil des bürgerlichen Rechts, Verkürzung des Weges vom Produzenten zum Konsumenten, Getreidemonopol des Staates. Die Landwirtschaft, so fährt der Redner fort, zahlt die wenigsten Steuern. Die Buchmacher errechnen immer ein Nichts. Der Kleinbauer aber zahlt.

Die Lage der Land- und Forstarbeiter ist eine der wichtigsten Kapitel im Agrarprogramm. Wir fordern Gleichstellung des Landarbeiters mit dem Industriearbeiter, Befreiung des Hofgängerwesens, Erwerb der Deputat- durch Barlöhne, Schaffung gemeinnütziger Stellen zur Errichtung der Arbeiterwohnstätten, obligatorische Schadenversicherung, Wirtschaftsprüfung auch zur Prüfung von Kreditwürdigkeiten. Viele unserer Vorschläge, so schließt der Redner diese Aufzählung, sind deshalb verfaßt und inzwischen schon aufgegriffen worden. Seit 1919 sind wir die Schrittmacher gewesen.

Den Herren, die in Monaco, in Nizza oder Paris verjulen und verjubeln, was ihnen der Landarbeiter erarbeitet hat, kommt keine wichtige Rolle zu. Der Proletarier, der Arbeiter auf dem Acker, in der Fabrik, im Bergwerk und im Bureau ist der, auf den es ankommt. Er ist's ja auch, der den Zug nach Nizza führt. Er soll gesichert sein!

In der Aussprache, die nach kurzer Pause folgt, beteiligen sich die Genossen Garz (Salzweber), Spitzer (Lodstedt), Parteisekretär Müller (Stendal), Sidmann (Königsberg) und Warby und Gzermwinsky (Tangermünde). Besonders eingehend wurden die Siedlungsfragen und die Frage der Kleinbauerngewinnung behandelt. Der Parteisekretär kennzeichnete treffend die Verlogenheit der Deutschnationalen und der Reichspressen. Vor allem wurde des Herrn Schulze (Stapen) gedacht.

In seinem Schlusswort behandelte Genosse Wittich auch die Frauenfrage. Die Frau, die die neue Generation erzieht, gehört ins Leben, muß wissen, wie es dem Mann ergeht, gehört in die Partei. Die Wahlen des nächsten Jahres lassen es uns hoffentlich erleben, daß die rote Fahne groß durch die Welt geht. Der Redner schließt mit dem Worte Seberings: Wir stehen im Bunde mit der Zukunft!

Nach einige organisatorische Mitteilungen durch den Sekretär, dann ein Hoch auf die Partei und die Konferenz ist, um 15.30 Uhr, beendet. Rund 100 Delegierte, Mitglieder der Unterbezirksverbände und andre Parteigenossen aus der Mitgliedschaft hatten sie besucht.

Nachrichten“ nur sehr wenig Häuser gebaut. Ja, wenn sie man wenigstens ein Haus hätte bauen lassen, sie hat aber nicht das Geringste getan. Die Behauptung der „Mitteldeutschen Nachrichten“ ist also eine bewusste Fälschung. Und mit dem Ersparnen der 20 000 Mark hat es auch noch zwei Gaten. Zuerst sind im Rechnungsjahr 1924/25 — also schon bei der bürgerlichen Mehrheit — an Steuern ein Vierteljahr mehr erhoben worden. Dann sind in diesem Rechnungsjahr in den Monaten Dezember und Januar die doppelten Gemeindegeldsätze gezahlt, weil — man höre und staune — das Geld alle ist, demnach auch die angeblich ersparten 20 000 Mark, und gebaut ist trotzdem nicht. Es ist heute sogar so weit, daß die Gemeinde Biere für den Ankauf von Siedlungsgelände — wir berichteten in voriger Woche darüber — die 10 800 Mark an Dr. Schulze in Katen abzahlen will. Und das unter der glänzenden Führung der Bürgerlichen. Das Schönste und Gutmurvollste an dem ganzen Bericht des bürgerlichen Blattes ist die Feststellung, daß die Großagrarier alle Steuern bezahlen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: das wenigste zahlen die Agrarier. Das erste Wert der jetzigen Verteilung war die Aufhebung der Zweiteilung, und zwar in bebauten und unbebauten Land, bei der Festsetzung der Gemeindegeldsätze. Auch das ist eine Begünstigung der Agrarier. Die Bevölkerung muß bis zu den Wahlen unablässig aufgeklärt werden.

Stendal

Der Frauenabend war gut besucht. Genosse Stiller (Magdeburg) sprach über „Die Frau und die Kirche“. An zahlreichen Beispielen wies er nach, daß die Kirche, ganz gleich ob katholische oder evangelische, alles daransetzt, die Frau unter geistlicher Herrschaft zu halten. Die christliche Lehre spricht die geistige Minderwertigkeit der Frau aus. Im Kampfe gegen den 8 1/2 spielt die Kirche eine große Rolle. Trotzdem hat die Kirche gerade unter den Frauen die größte Anhängererschaft. Die Frau muß den Kampf gegen diese Reaktion aufnehmen und der Kirche den Rücken wenden. Beifall lohnte den Redner. Öffentlich ziehen recht viele Frauen den Schluß und erklären ihren Austritt aus der Kirche. Die Vorstandswahlen ergaben: 1. Vorf. M. Seiler, 2. Vorf. und Schriftführerin E. Klängenstein, Kassiererin G. Meier. Als Beisitzer wurden die Genossinnen J. Mecher, E. Hempel und E. Mecher gewählt.

Schönebeck

Auf der Gummiabrik war am Sonnabend durch Kurzschluß ein Schwefelstief in Brand geraten. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden.

Auf der Saline ertönte abends um 6 Uhr die Sirene. Man glaubte, es sei wieder Feuer ausgebrochen. Einige Bädermeister gaben die Sirenen Signale als Feuer Signale weiter. Es war aber kein Feuer, sondern die Sirene, die der Torwächter auf der Saline zum Arbeitschluß einschaltet, heute etwa 10 Minuten lang, weil der Ausschalter versagte.

Ein großer Fabrikneubau mit den neuesten Anlagen ist in der staatlichen Saline (Barthel Straße) projektiert und soll baldigst in Angriff genommen werden. Der Neubau wird 20 Siedepfannen enthalten und somit das größte Salzfiedehaus auf dem Kontinent werden.

Die Generalversammlung der Partei war sehr stark besucht. Der Vorsitzende, Genosse Buß gedachte ehrsnd unserer im letzten Vierteljahr verstorbenen Parteigenossen (Lahert, Döhler, Schapitz). Der Tätigkeitsbericht zeigte, daß der Vorstand zu jeder Zeit sehr rührig und kraftig die Partei ausgebaut hat, so daß sie in jeder Hinsicht schlagkräftig ist. Der Mithilfe unserer tätigen Funktionäre ist es zu danken, daß wir bei allen Unternehmungen gute Erfolge erzielen konnten. Die Agitation in der Werbewoche für Partei und Zeitung beweist dies deutlich. Unsere Veranstaltungen hatten sehr guten Zuspruch durch die gemeinsame Arbeit des Kulturkarikells mit der Partei. Pflicht ist es, alles zu tun, um Aufklärung bis in die kleinste Hütte zu tragen. In allen drei Orten, Schönebeck, Bad Salzelmen und Großjeßnitz müssen wir bei der nächsten Wahl die Mehrheit bekommen. Auf die Kommunisten ist kein Verlaß, das hat die Praxis bewiesen; sie sind den Reaktionsären gleich zu achten, denn sie schädigen die Arbeiterkraft. Unser Mitgliederzuwachs betrug 196, die Mitgliederzahl 968. 740 Männer und 228 Frauen. Täglich werden Neuaufnahmen gemacht. In der Aussprache wünschten die Genossen Blumenthal und Lubranjich mehr Unterstützung und Berücksichtigung der Jugendlichen durch den Vorstand und durch die Parteigenossen und Genossinnen. Genosse Rastner schilderte die innenpolitischen Vorgänge und sprach über die Kommunalpolitik am Orte. Er kritisierte dabei treffend die Politik der Einheitsliste. Dabei erwähnte er auch den zukünftigen Turnhallenbau in der Felgeleber Straße. Die Jugend muß sich natürlich als ein Glied der Gesamtpartei fühlen. Schaffung von Räumen für die Jugend ist das Nützlichste. Wir gehen mit den besten Hoffnungen in den Wahlkampf. Der Vorsitzende beantwortete alle Anfragen und versprach, daß der Vorstand zur Jugendpflege Stellung nehmen wird. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Buß; 2. Vorsitzender Rastner; Kassierer Hoher; Schriftführer Sartung und sieben Beisitzer. In den Bildungsausschuss wurde gewählt die Genossen Bar daune, Hermann Schneider und Genossin Schöne; in die Pressekommission Hermann Schneider, Hoher, Wilhelm Kellge. Für die Vorbereitung zur Wahl wurde ein Ausschuss eingesetzt, um Richtlinien festzusetzen und dann gemeinsam mit dem Vorstand zu arbeiten; ihm gehören an aus Schönebeck: Sellge, Schneider; aus Bad Salzelmen: Michaelis, Schmalbe; aus Felgeleben: Kresse; aus Gnadau: Gähler. Es entspann sich dann eine lebhafteste Debatte über die Einrichtung einer weltlichen Schule am Orte. In dieser Angelegenheit sprachen die Genossen Lubranjich, Rastner, Sark, Lindede, Schneider, Sartung und Buß. Die Genossen Sark und Schneider werden dazu bestimmt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Von Parteigenossen aus Gnadau wurden Klagen vorgebracht gegen die Gemeindebehörde und die Herrnhuter Gemeinde. Ueber die Werbegatigkeit im Industriegelände wurde gesprochen; es soll nochmals eine Agitation in Angriff genommen werden. Genossin Lahert wies auf die morgigen (Dienstag) stattfindende Frauenversammlung um 20 Uhr im Wiener Restaurant hin. Genossin Bierstedt wünschte mehr Sexualziehung der Frauen zur Partei- und Wahlarbeit. Die Genossinnen Klapperstück und Pohle schilderten, wie sehr die Kommunisten versuchen, sich Eingang in der Invalidenrentner-Organisation zu verschaffen. Jetzt, einige Monate vor der Wahl also, erinnern sich die Kommunisten der Sozialrentner und wollen im Rentnerverband der Arbeitsinvaliden auf Stimmenfang ausgehen. Der Vorstand des Rentnerverbandes hat das Ansuchen der Kommunisten abgelehnt, sie als Vorwand zu gebrauchen, denn die Organisation ist selbst stark genug, und hat mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei ohne die Kommunisten ihre Wünsche und Forderungen durchgebracht.

Aus der Ullmarck

Ein 70jähriger Rentner erschießt sich. Ein nahezu 70 Jahre alter Rentner hat sich am Freitag vormittag in seinem Holzstall erschossen. Man fand ihn, nachdem man einen Schuß vernommen hatte, mit zerstücktem Schädel in einer großen Wutlache auf. Neben ihm lag ein Jagdgewehr. Durch die Infektion hatte der greise Mann sein Geld verloren. Als sich die Versprechungen der Deutschnationalen im Reichstage als Wahlschwindel erwiesen hatten, verzweifelte er ganz. Im kommenden Wahlkampf, Volk der Arbeit, gilt es Blut und Tränen zu führen!

Ferkelmarkt. Auf dem Ferkelmarkt waren angetrieben 250 Ferkel und acht Kühe. Die Preise hielten sich in denselben Preislagen wie das letztmal, und zwar kosteten Ferkel bis sechs

Osterburg

Wochen alt 6 bis 8 Mark, von 6 bis 8 Wochen alt 8 bis 10 Mark, von 8 bis 10 Wochen alt 9 bis 12 Mark und von 10 bis 12 Wochen alt 12 bis 15 Mark. Kühe kamen mit 15 bis 25 Mark in den Handel. Der Markt wurde bei stottem Handel geräumt.

Neue Kraftfahrzeugnummern. Gemäß einer Verfügung erhalten die Kraftfahrzeuge im Kreise Osterburg neue Nummern von 70 801 bis 72 800.

Ullmarck

Die Erwerbslosenziffer geht zurück. Nach der letzten Feststellung wurden noch 135 Erwerbslose gezählt, davon 100 männliche und 35 weibliche Personen. Es wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet.

Bismark

Die Leberegelkrankheit hat Eingang in die Viehbestände der hiesigen Landwirte gehalten. Einem Landwirt sind bereits 5 Kühe eingegangen. Die Krankheit muß noch weiter verbreitet sein.

Rahlrohr-Bettstellen
Erzeugnisse der deutschen Industrie mit
Kleinstmengen zugänglicher Matrizen, weiß, schwarz,
oder braun emailiert, mit ohne Verzierung.

Auflegematrizen
in allen Qualitäten und großer
Auswahl bei konstanten billigen Preisen.

BETTEN-INDUSTRIE
WILHELM CORNETH
in der Kaiserstr. Ravensberg, Landwehrstr. 3 gegenüber d. alt. Frankh.

Suchen Sie eine preiswerte
Camera?
Dann nur meine Special-Moodel!
Mod. A. 89. Mod. B. 60.
OPTIK 4,5 METALLGEHÄUSE
VERSCHL. 1,5 sec. 1/100
RAHMENSUCHER
DOPPEL-AUSZUG

Photohaus Wienrich
Victoriastr. 1 neben dem „Fali“

**Rundfunk-
geräte**

erster Firmen, wie Siemens & Halske, Dr. Georg
Selbst, Telefunken, Schneider-Opel u. a., sowie
Einzelteile

In bester Ausführung kaufen Sie am günstigsten unter
fachmännlicher Beratung bei

Funk-Stutz, Magdeburg
Kölner Straße 9, Eingang Bahnhofstraße
1 Minute vom Bahnhof (Hauptportal),
Bettendorfer. Akkumulatoren-Ladestation 5. Amp.-Std. 5 Pf.

Otto Wolters
Kölner Straße 15
(2 Minuten v. Bahnhof)

Bürgerliche Gaststätten
Siechenbier-Spezialausschank
Brauerei J. G. Reif, Nürnberg
verbunden mit

Fleischereibetrieb
Pakete werden kostenlos aufbewahrt

denn bei Schlachtungen von Kindern werden die Lebern bis zur Hälfte verrotten. —

Glühende Asche! Durch unvorsichtigen Umgang mit glühender Asche wird hier bald ein Brand bei einem Geschäftsmann entzündet. Man glaubte nicht, daß die Asche noch Glut habe und legte darauf Holz. Diese fing an zu glimmen und verbrannte das ganze Gebäude. Darauf aufmerksam geworden, löschte man in der Eile und entdeckte die Beschädigung. —

Zangermünde

Generalversammlung der Partei.

Der Vorsitzende, Genosse Flizikowski, gab den Jahresbericht. Besondere örtliche Ereignisse hat uns das vergangene Jahr nicht gebracht. Unschicklich gab der Kassierer, Genosse Saage, den Kassierbericht. Die Beitragskassierung und -zahlung ist befriedigend; im letzten Quartal wurde ein Durchschnitt von 11,1 Beiträgen pro Mitglied erreicht, wobei berücksichtigt werden muß, daß eine ganze Anzahl Mitglieder erwerbslos sind. Die internationale und die 14. Beitragsmarke wurden noch nicht von allen Mitgliedern geklebt. Da beide Pflichtmarken sind, schädigen die Säumigen sich selbst. Die Mitgliederzahl ist gestiegen, wenn auch bei der Neuaufstellung der Kartei 27 Männer und 11 Frauen als Papierrollen gestrichen werden mußten. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder um 24 höher ist als die der männlichen. Der jetzige Mitgliederbestand ist stabil, doch darf in der Agitation nicht nachgelassen werden. Auf Antrag der Kommission wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Die Vorstandswahlen brachten die Bestätigung der bisherigen Funktionäre. Für den Schriftführer, der sein Amt wegen Arbeitsüberlastung abgibt, wurde Genosse C. Köhler gewählt. Die Genossen wurden ersucht, den Berichterstatter mehr als bisher zu unterstützen.

Auf die Jugendweiche der Freidenker wurde besonders hingewiesen. Die Unterassistenten werden bei der Beitragskassierung Listen mitführen, in denen jeder sein Kind, das die Jugendweiche empfangen soll, eintragen kann. Eine lebhaft ausgesprochene Überzeugung über die Durchführung der diesjährigen Reise ist vorhanden, um Vorkehrungen wie im letzten Jahre zu treffen. Es wurde beschlossen, daß sich eine Funktionärskommission, zu der auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre eingeladen werden sollen, näher mit der Verwaltung befassen soll.

Die kommenden Wahlen werden schon ihre Schatten voraus. Auch örtlich müssen wir uns jetzt schon vorbereiten, soll uns ein voller Erfolg beschieden sein. Eine Kommission, der die Genossen Hoffmann, Sander, Glasse und die Genossen Köhler angehören, wird gemeinsam mit dem Vorstand die ersten Vorbereitungen dazu treffen.

Heber die Auflösung der Ortsgruppe, soweit der Landkreis Stendal dabei in Frage kommt, sprach dann Genosse Marx. Der Landkreis Stendal hat ungefähr 40 Ortsgruppen. Für Zangermünde kommt keine Eingemeindung eines Ortsbezirks in Betracht. Von der Genossin Straube wurde auf den Weg der „Frauenwelt“ hingewiesen. Die Genossen wurden ersucht, darauf hinzuwirken, daß in ihrem Heim als Frauenzeitschrift nur die „Frauenwelt“ gelesen wird. Eine Anfrage der Genossin Straube wegen Beitragszahlung erwerbsloser Mitglieder wurde von den Genossen Saage, Marx und Flizikowski beantwortet. Heber die Frauengruppe entstand eine äußerst lebhaft, zeitweise sogar sehr hitzige Aussprache. Darauf wies der 1. Vorsitzende, Genosse Flizikowski, die Versammlung mit der Ermahnung, daß es Pflicht jedes Parteimitgliedes ist, für die Partei und deren Freie zu werden. —

Erwerbslose wurden in der letzten Woche gezählt 730 (513) männliche und 265 (259) weibliche, insgesamt 1004 (1072). —

Die Säumerliste ist für Radfahrer jetzt für dauernd gesperrt worden. —

Polizeibericht. Gefunden wurden beim Gastwirt Rohmann („Reißer Schwan“) aus einem unverschlossenen Zimmer Wäsche und andre Gegenstände im Werte von 140 Mark. — Wegen Diebstahl wurde ein Mann in der Arneburger Straße festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. — In der Herberge zur Heimat wurde von der Polizei ein Mann festgenommen, der Berner Schmidt heißen und aus Chemnitz stammen will, jedoch keine Papiere bei sich hat. —

Salzedei

Generalversammlung des Rangewerksbundes.

Nach Eröffnung der Versammlung, gedachte Kollege Bernhard der verstorbenen Kollegen. Darauf gab er den Jahresbericht. Nach seinen Ausführungen kann die Ortsgruppe auf ein befriedigendes Jahr zurückblicken. Die Distrikten war eine rechte. Den Kassierbericht gab der Kassierer Kollege Puma. Er wurde von der Versammlung entlassen. Dann schritt man zur Wahl des Vorstandes. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Jugendleiter wurde Kollege Ringlan. Zu Revisoren wählte man die Kollegen Wenz und Wolff. Als Delegierte

zum Ortsauschuß wurden gewählt die Kollegen Bernhard, Scheibner, Müdiger und Planl. Zu Unterassistenten wurden bestellend die Kollegen Puma und Pech. Der Vorsitzende gab bekannt, daß im März eine Urabstimmung im Dachdeckerverband stattfinden, die eine Verschmelzung mit dem Rangewerksbund herbeiführen soll. Kollege Bernhard schilderte einige Mißstände auf einzelnen Baustellen. Leider konnte eine Klage nicht angefragt werden, da kein Baudelegierter vorhanden war. Weitere Aufklärung gab Kollege Scheibner über das Arbeitslosenversicherungsgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz und Organisationsfragen. In der nächsten Zeit sollen außerhalb mehrere Zahlstellen eingerichtet werden, da uns im Frühjahr allem Anschein nach große Kämpfe bevorstehen.

Auf die weitem Bildungsabende des Ortsauschusses, die in der Aula der Mädchen-Volksschule am 1., 8., 15. und 28. Februar stattfinden, wurde hingewiesen. Der Kassierer, Kollege Puma, regte an, daß die Erwerbslosenunterstützung der Gewerkschaft von jetzt an nur freitags ausgezahlt werde. Kollege Scheibner sprach noch weiter über die Baukontrolle und wünschte, daß eine solche durch den Magistrat eingerichtet werde. Es soll eine Hauptpolizeivorrichtung beschafft werden. Kollege Koch betonte, daß die Spanne von 17 Prozent in jetziger Zeit zu groß sei. Es wurde weiter angeregt, eine Fachgruppe für die Bauhilfsarbeiter zu gründen. Die Schritte dazu sollen in nächster Zeit getan werden. Der Vorsitzende leitete noch eine Nachricht des Arbeiter-Samariterbundes mit, daß dessen Mitglieder sich bei allen Unglücksfällen und Krankheiten ohne Beanpruchung von Vergütung zur Verfügung stellen. Dem Arbeiter-Samariterbund wurden zur Anschaffung von Geräten 50 Mark überwiesen. Nachdem noch einige weitere Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung. —

Öffentliche Volksbücherei Zangermünde

Anabenstraße Lindenstraße. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr

Stadtkreis Stendal

Große öffentliche Versammlung.

Die Ortsgruppe Stendal im Verband für Freidenkertum und Gewerkschaften hatte zum Sonntag nachmittag zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Der geräumige Saal des „Edenms“ war voll besetzt. Das ist der beste Beweis gegen die Behauptung der hiesigen bürgerlichen Zeitungen, daß immer größere Scharen zur Kirche zurückkehrten. Obwohl Pfarrer und Seitenprediger besonders eingeladen waren, erschienen von den Vertretern Gottes keiner.

Nachdem Genosse Otto Baars sie begrüßt, wurde die Versammlung durch Gesangsvortrag der Freien Sängergesellschaft eingeleitet. Wichtig erklarte er: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Dann behandelte Professor Hartwig (Wien) das für jede Arbeiterfrau und jeden Arbeiter wichtige Thema „Christentum in Theorie und Praxis“. Es war das keine Agitationsrede, sondern eine rein sachliche Schilderung. Im Christentum besteht zwischen Theorie und Praxis ein großer Zwiepsalt. Die Kirche ist zu einer politischen Macht herangewachsen, und darum bekämpfen wir sie. Wäre die Kirche noch eine Glaubensgemeinschaft, in der es weder Herren noch Knechte gibt, hätten wir als Sozialisten keinen Grund dazu. Die Kirche steht heute im Dienste des Kapitalismus. Vertrauen wir nicht auf ein Jenseits, erkämpfen wir dafür das Diesseits, den Sozialismus! Karl Marx sagte einmal: „Der Sozialismus kann nur das Werk der Proletarier selbst sein.“ Reichlich Beifall dankte den Ausführungen des Redners.

Der gemischte Chor der Freien Sängergesellschaft warierte noch mit dem Liede „Brot und Frieden“ auf. Dann schloß sich eine Diskussion an, in der der Rotfrontkämpfer Köhr aus Wahrenburg das Wort ergriß und — ausgelacht wurde. Im Schlußwort behauptete Genosse Hartwig unsere Stellung zur Schule. Selbstverständlich haben wir die weltliche Schule anzuerkennen. Sie gibt uns die Gewähr, daß die Jugend zu wehrhaft brauchbaren Menschen herangebildet wird. Auch in Stendal muß das begonnene Werk vollendet werden.

Genosse Baars gab zum Schluß noch bekannt, daß Anmeldungen für die weltliche Schule im Parteisekretariat der Sozialdemokratischen Partei und bei den Freidenker-Funktionären gesammelt werden können. Ebenfalls forderte er auf, Schulleistungen zur Jugendweiche schon jetzt anzumelden. Damit fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende. Der Erfolg für die Freidenkerbewegung wird nicht ausbleiben. —

Auf dem Wochenmarkt am Sonntagabend wurden folgende Preise gezahlt: Schweinefleisch 90 Pf. bis 1,10 Mk., Karbonade 1,10 Mk., Rindfleisch 1,20 Mk., Kalbfleisch 1,20 Mk., Hammelfleisch 1,20 Mk., Schinken 1,80 bis 1,50 Mk., Speck 1,40 Mk., Kochwurst 1,20 Mk., Schmalz 1,50 Mk., Fettwurst 1,50 bis 1,60 Mk., Schmalz 1,20 Mk., Salz 50 Pf., Eier Stück 15 Pf., Butter Pfund 1,90 Mk., Käse Rolle 90 Pf., Braten Pfund

50 bis 60 Pf., grüne Heringe 20 Pf., Blumenohl Stück 20 Pf., Weißkohl Pfund 20 Pf., Kollohl 30 Pf., Wirsing 20 Pf., Mohrrüben 10 Pf., Kohlrüben 10 Pf. —

Auf dem Fundbüro sind abgegeben worden: ein Zylinder, ein Koffer, ein Schäferhund, zwei Hühner, ein Kleinfund, eine Kinderbrille, ein Fahrrad und eine Pelzboa. —

Verstärkter Einbruch ins Stationsgebäude. In der Nacht zum Sonntag stahlte ein Dieb dem Stationsgebäude des Bahnhofs vor Stendal einen Besuch ab. Der Dieb schloß Scheiben aus einem Fenster heraus. Zu seinem Erstaunen fand er jedoch kein Geld im Innern vor, wie er erhofft hatte. In Wut darüber warf er Freifahrtstheine u. a. auf dem Fußboden umher. Schließlich nahm er noch Bleistifte und mehrere Schachteln Streichhölzer mit. Dann schrieb er auf eine Schmalztafel die Worte: „Sch bin dumm.“ Vor einigen Tagen bei Einbruch in die Tierzuchtinspektion hatte der Dieb allerdings mehr Klugheit an den Tag gelegt, sich vorher nach den Verhältnissen erkundigt. —

Für die Ergreifung des Einbrechers in die Tierzuchtinspektion steht eine namhafte Belohnung aus. —

Sportartellistik am Mittwoch den 25. Januar, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Der wichtigen Tagesordnung wegen mühen alle Vereine vertreten sein. —

Stadtkreis Uchersleben

Die Jahreshauptversammlung der Partei war außerordentlich gut besucht. Genosse Preßler gab einen Bericht über Vorstandsgeschäfte im letzten Jahre. Die Zahl der Mitglieder hat zugenommen. Die Einnahme an Beiträgen betrug um 2200 Mark. Genossin Seife berichtete über die Frauengruppe. Diese hielt 14 Versammlungen ab. Jede dieser war von einem 95 Genossinnen besucht. Die Aussprache über die Berichte war sehr lebhaft. Auf der Parteisekretär Genossin Peter (Magdeburg), der zu längeren Ausfahrten wiederholt das Wort ergriß, beteiligten sich an der Aussprache die Genossen Uebel und die größere Sachlichkeit und Kameradschaftlichkeit wünschte. Harke, Probst, Koch, der sich ausführlich über falsche Parteifrager äußerte, Leeis, der zu der Frage der weltlichen Schule sprach, Genossin Schulte, welche die Einrichtungen der Frauengruppe erläuterte usw. Genosse Loh zeigte das Ergebnis der Aussprache zusammen. Er zeigte den Kurs der Partei im Jahre 1928, die Arbeit der Partei und des Vorstandes. Es wurde in den Vorstand wiedergewählt die Genossen Preßler als 1. und Loh als 2. Vorsitzender, Jenke als Schriftführer und Herlinger, Koch und Genossin Schulte als Beisitzer. Der langjährigsten verdienten Kassierer Max Müller, der wegen Krankheit sein Amt niederlegte, wurde Genosse Krause gewählt. Der Punkt Vertriebes brachte wieder eine Fülle von Anregungen. Es sprachen u. a. die Genossen Loh, Larisch, Probst, G. Müller, Henneberg, Schuboth und Koch. Erörtert wurde hierbei die Kalenderverbreitung, die Wichtigkeit einer weiteren Turnhalle, die frühzeitige Öffnung der Freibäder, die Grabenfrage, die Berichterstatterung für die „Volksstimme“ usw. Erst gegen 12 Uhr fand die Versammlung ihr Ende. —

Briefkasten

G. B., Ummendorf. Vorsitzender ist Willi Raufut, Magdeburg, Anabenstraße 18, Eingang Königsweg. —

Wasserstände

+ bedeutet über, — unter Null.

Ort	Stunde	Wasserstand	Ort	Wasserstand
Alenburg	23. 1.	+ 0,22	Düben	23. 1. + 0,80
Brandeburg	—	+ 0,44	Unstrut und Saale	—
Melitz	—	+ 0,10	Gröblich	23. 1. + 1,09
Lehrteritz	—	+ 0,16	Trötha Wp.	+ 2,62
Lehritz	—	+ 0,48	Bernburg Wp.	+ 1,93
Dresden	—	+ 0,58	Calbe Oberpeg.	+ 1,54
Forgan	23. 1.	+ 1,28	Calbe Unterpeg.	+ 1,08
Sittenberg	—	+ 2,84	Gröblich	+ 1,72
Köhlau	—	+ 3,21	—	—
Alten	—	—	—	—
Barby	—	+ 2,54	Brandenburg	—
Magdeburg	—	+ 2,06	Oberpegel	22. 1. + 2,89
Zangermünde	—	+ 3,28	Brandenburg	—
Sittenberg	—	+ 3,02	Unterpegel	+ 1,88
Uenzen	—	—	Kathenow	—
Dömitz	—	+ 2,48	Düben	+ 1,74
Dalchau	—	—	Kathenow	+ 1,82
Boizenburg	—	—	Unterpegel	+ 1,82
Hohnstedt	—	+ 2,44	Savelbera	+ 3,04

Wettervorhersage

Ausichten für Dienstag: Zunächst noch mehr trübes Wetter mit Neigung zu Sprühen. Später zeitweise aufklarend. Temperaturen im Nachlande etwas über Null in höheren Gebirgslagen leichter Frost. — In U. ist noch vielfach neblig-trübes Wetter mit erneut aufkommender Niederschlagsneigung und gegen den Sonntag wenig veränderten Temperaturen wahrscheinlich. —

Hier kaufen Sie günstig ein!

Moritz Bry
Aschersleben
Das größte Spezialgeschäft für Herren- u. Knaben-Garderobe Arbeiter- und Berufskleidung

CONITZER & Co
ASCHERSLEBEN/CALBE a. d. S.
GRÖSSTES KAUFHAUS AM PLATZE

Kurt Matthes, Aschersleben
Breite Straße 30
Spezialgeschäft für Handschuhe
Krawatten — Hosenträger — Kragen
Dauerwäsche — Oberhemden
Meys Stoffkragen

F. HIRSCH & Co.
ASCHERSLEBEN
Modhaus
Bestes Einkaufshaus für Stadt und Land

W. Schmücker, Vaethen-Tangerhütte
Manufakturwaren — Modewaren
Grosses Lager in Inletten und Bettfedern — Gardinen in Engl. Tüll u. Madras, abgepaßt und Stückware, stets Neuheiten — Linoleum — Kurzwaren
Streng reelle Bedienung Solide Preise. Streng reelle Bedienung.

Herm. Zinke
Aschersleben, Taubenstraße 6
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturwerkstatt mit Kraftbetrieb, Autogene Schweißerei.

Baum & Jacobsen
Tangermünde
Bestes Einkaufshaus für Stadt und Land

Peter Teut, Tangerhütte
Inhaber: Leo Ratzker
Manufakturwaren
Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung
Berufskleidung / Woll- und Kurzwaren
Gute Qualitäten! Spotbillige Preise! Aussteuer-Artikel

Café - Restaurant
Bestehornhaus
Aschersleben.
Täglich von 4 Uhr an:
Künstler-Konzert Künstler-Konzert

Richard Hurb Zangerhütte
Bismarckstraße 54
Schuhwaren für jeden Beruf
Spezialität:
Helfschuhwaren m. der Ständehilfe

Kaufhaus Conitzer & Co., Tangerhütte
Bismarckstraße 20
Fernsprecher Nr. 28
Größtes Kaufhaus am Platze und Umgegend
Billigste Bezugsquelle für: Manufakturwaren, Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion, Kurzwaren, Weisswaren, Wollwaren, Damen-Putz

Nestor Fabisch
Tangermünde
Fernsprecher 422.
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion, Manufakturwaren, Aussteuer-Artikel, Hüte und Mützen. —